



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

18. Wahlperiode

Drucksache 18/4811

2016-11-01

## Bericht

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zum Antrag „Stand der Umsetzung parlamentarischer Beschlüsse durch die Landesregierung in der 18. Wahlperiode“ – Drucksache 18/4589**

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten

## Vorbemerkung

Mit der Drucksache 18/4589 wird die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag zur 47. Tagung schriftlich über den Stand der Umsetzung sämtlicher parlamentarischer Beschlüsse der 18. Wahlperiode, in denen die Landesregierung zum Handeln aufgefordert wird, zu berichten. Hierbei soll jeweils insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

Welche konkreten Maßnahmen sind seit der jeweiligen Beschlussfassung des Landtages ergriffen worden? Bitte jeweils einzeln mit Zeitangabe anführen.

Welche Maßnahmen sind zur Umsetzung der Beschlüsse in der laufenden Wahlperiode noch geplant bzw. erforderlich?

In der folgenden Tabelle sind die betroffenen Beschlüsse des Landtages nach Beschlussdatum geordnet. Es findet sich jeweils eine Darstellung der bereits erfolgten oder noch anstehenden Umsetzungsschritte.

## Bericht zum Stand der Umsetzung parlamentarischer Beschlüsse durch die Landesregierung in der 18. Wahlperiode

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
1	18/511	22.02.2012	Umsetzung und Zwischenbilanz des Bildungs- und Teilhabepaktes im Zweiten Sozialgesetzbuch	Berichtslegung mit Drucksache 18/697 vom 09.04.2013.		
2	18/128	23.08.2012	Neuordnung der Lehramtsstudien-gänge	Das Lehrkräftebildungsgesetz Schleswig-Holstein (LehrBG) trat zum 01. August 2014 in Kraft.	Die Einführung des neuen Konzeptes der Lehramtsstudien-gänge an der CAU ist für das Wintersemester 2017/18 geplant.	
3	18/111	23.08.2012	Planung aller Teilabschnitte der A20 auf schleswig-holsteinischem Gebiet ohne Verzögerung fortsetzen	Abschnitt 3) Wittenborn: Planfeststellungsbeschluss (PFB) vom 30.4.2012 wurde am 6.11.2013 vom BerVG in Leipzig für rechtswidrig und nicht vollziehbar erklärt. Vom Gericht bemängelte Fehler werden im Rahmen von 2 Fehlerheilungsverfahren (FHV) nachgearbeitet.	Abschnitt 3) . FHV-Linie: Beteiligung erfolgt FHV- Artenschutz: Erstellung und Auswertung der Unterlagen Abschnitt 4) Auslegung der Planunterlagen vom 21. Sept.- 21.Okt. 2016. Anschließend Auswertung der Einwendungen Abschnitt 5) Überarbeitung der Planfeststellungsunterlagen. Neukartierungen insbesondere der Brutvögel und Fledermäuse Abschnitt 6) Überarbeitung der Planfeststellungsunterlagen.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			lungsverfahren. Abschnitt 6) L 114 – A 23: Im Planfeststellungsverfahren.	Abschnitt 7) B 431 - A23: Vorbereitung 3. Planände- rungsverfahren aufgrund des Adlerhorstes Abschnitt 8) Westliche Elbquerung. PFB für Abschnitt in SH 30.12.2014, in Niedersachsen 30.03.2015 ergangen. Beklagt und 2016 vor dem BVerG verhandelt. PFB SH wurde für rechtswidrig erklärt, da Fachbeitrag Was- serrahmenrichtlinie nicht öf- fentlich ausgelegt wurde. Die Verhandlung vor dem BVerG für den Abschnitt in Nds fand am 25.10.2016 statt.	Neukarterungen insbesondere der Brutvögel Abschnitt 7) Aktualisierung der Verkehrsprognose für das Jahr 2030 und Neukarterungen Abschnitt 8) Erstellung der Ergänzungsumverlagen zum Fachbeitrag Wasserrahmen- richtlinie. (voraussichtlich bis Ende Nov. 2016) Anschließend öffentliche Aus- legung	
4	18/132	23.08.2012	Fortentwicklung des Meldewesens	Das Bundesmeldegesetz (BMG) ist am 1.11.2015 in Kraft getreten.		Im Vermittlungsausschuss wurden bei Werbung und Adresshandel die Einwilligung der Bürgerinnen und Bürger in das BMG eingebracht.
5	18/116	23.08.2012	Verbesserte För- derung der allge- mein bildenden Schulen in freier Trägerschaft	AG hat von Nov. 2012 bis Juni 2013 in 6 Sitzungen beraten. Mit Entwurf zu Art. 6 HHBglG 2014 wurde Gesetzentwurf vorgelegt; vgl. Drs. 18/2016.		
6	18/80 (neu)	24.08.2012	Subsidiarität – Verordnung des Europäischen Par- laments und des Rates über die	Schleswig-Holstein hat dazu mit Brandenburg einen ge- meinsamen Antrag im Bundes- rats Verkehrsausschuss im Sinne des Landtags-		Der Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission wurde in eine Richtlinie geän- dert. Die Richtlinie 2009/40/EG ist am 29.04.2015 verkündet

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/40/EG (COM (2012) 380 endg.)	Beschlusses gestellt (Niederschrift des 630. BR-Vk). Der Bundesrat hatte sich am 21. September 2012, trotz gemeinsamer Empfehlung des Verkehrsausschusses, lediglich für die Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen des politischen Dialogs und gegen die Abgabe einer begründeten Stellungnahme gem. Art. 6 des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit entschieden.		worden (AbI. L 127 vom 29.4.2014, S. 51).
7	18/112	24.08.2012	Ausbau des Schienennahverkehrs (SPNV) in Schleswig-Holstein	S 4 Ost in 2016 teilweise im Entwurf des Bundesverkehrswegeplans, in der Kategorie "potenzieller Bedarf" aufgenommen; Planung der Leistungsphasen 3 – 4 durch DB Netz AG in 2014 aufgenommen, regelmäßige Gespräche mit BMVI über Finanzierung S 21. In 2014 AKN mit Planung Leistungsphase 3 und 4 beauftragt, BMVI zur GVFG-Bundesförderung regelmäßig eingebunden <u>Stadtregionalbahn:</u> Stadt Kiel hat Abstand von Projekt genommen.	<u>S 4 Ost:</u> Planung und Planfeststellungsverfahren weiter führen, Realisierung <u>S 21:</u> Planfeststellungsverfahren abschließen, Realisierung Stadtregionalbahn: keine.	
8	18/113	24.08.2012	Bäderregelung in Schleswig-Holstein		Erarbeitung einer neuen Bäderverordnung in Verhandlungen mit Vertretern von Kirchen,	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			Kammern, Gewerkschaften und Verbänden. Die Verordnung wurde am 30. Mai 2013 verkündet und ist am 15. Dezember 2013 in Kraft getreten.			
9	18/185	26.09.2012	EU-Meeres- und Fischereifonds für eine an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Fischerei in Schleswig-Holstein nutzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inkrafttreten der EU-Verordnung zum EMFF im Mai 2014. Im Anschluss Verhandlung mit Bund und Bundesländern über die Verteilung der für Deutschland zur Verfügung stehenden Mittel; Ergebnis: 24 Mio. € EMFF-Geld für SH, davon 1,5 Mio. € für Integrierte Meerespolitik</li> <li>- Aufstellung des deutschen operationellen Programms für den EMFF unter aktiver Beteiligung von SH; Genehmigung durch die EU-Kommission am 22.08.2015</li> <li>- Strukturierung eines „Landesprogramms Fischerei und Aquakultur“ unter Berücksichtigung der im Landtagsbeschluss genannten Zielsetzungen</li> <li>- Entwurf, Abstimmung, Anhörung und Erlass entsprechender Förderrichtlinien (02/2016)</li> <li>- Beginn der aktiven Umsetzung erster EMFF-Vorhaben ab Frühjahr</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abschluss der Designation der EMFF-Behörden in SH auf Basis der Beschreibung der Verwaltungs- und Kontrollsystme zur Umsetzung der EMFF-Förderung</li> <li>- Abschluss der Entwicklungs- und Programmierarbeiten für das elektronische Datenerfassungssystem zum EMFF („EMFF-Berichtssystem“) fortlaufende Umsetzung der EMFF-Förderung bis zum Ende der aktuellen EU-Förderperiode</li> </ul>	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
10	18/186	26.09.2012	Knickschutz verbessern	2016.  1.) Landesverordnung zur Änderung der Biotopverordnung vom 11.06.2013 (GVÖBl. Schl.-H. S. 264)  2.) Erlass von Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz vom 13. Juni 2013 (Amtsblatt Schl. H. S. 468)  3.) Änderung LNatschG mit Artikelgesetz (Artikel 1) vom 27.5.2016 (GVÖBlatt Nr. 7, 23.6.2016): § 21 Abs. 4 und 5 (neu)  4.) Änderung der Landesverordnung über gesetzlich geschützte Biotope (Biotopverordnung) mit Artikelgesetz (Artikel 7 vom 27.05.2016, GVÖBl. Nr. 7, 23.6.2016); § 1 Nr. 10 (neu)	Anpassung der bestehenden Durchführungs-bestimmungen für den Knickschutz an die gesetzliche Neuregelung des LNatschG 2016.  (Noch in 2016).	
11	18/183 18/321	26.09.2012	Pflegeausbildung zukunftssicher machen	1. Errichtung einer Schleswig-Holsteinischen Pflegeberufekammer: 16.Juli 2015: Verabschiebung des Pflegekammerberufegesetzes und des Errichtungsgesetzes für die Pflegeberufekammer Dezember 2015: Bestellung der Mitglieder des Er-	Zu1: Erlass der Wahlverordnung durch das MSGWG Durchführung der Wahl zur ersten Kammersammlung konstituierende Sitzung der ersten Pflegekammerversammlung bis 30.08.2018 Zu 2. Fragen der Finanzierung sind noch ungeklärt. Es soll eine Fondslösung geben. Die	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			richtungsausschusses Januar 2016: konstituie- rende Sitzung des Errich- tungsausschusses	Struktur und Ausgestaltung dieses Fonds sind noch nicht entschieden.		Zu 2. Es gibt für die zweite Lesung im Bundestag immer noch keinen Termin. Geplant war diese Lesung eigentlich noch vor der Sommerpause.
12	18/180	26.09.2012	Atomausstieg ver- bindlich umsetzen	Ein Entwurf einer Ausbildungs- und Prüfungsverordnung liegt noch nicht vor.	2. Generalisierte Pflegefach- ausbildung: Das MSGWG unterstützt das Vorhaben der generalisierten Pflege- ausbildung. Das Pflegebe- rufereformgesetz steht formal vor der zweiten Le- sung im Bundestag.	3. Schnelle Anerkennung auständischer Berufsab- schlüsse: Die Gutachten- stelle für ausländische Bil- dungsabschlüsse im Ge- sundheitswesen hat am 1.09.2016 ihren Betrieb (zentral in Berlin) aufge- nommen. Diese Gutach- tenstelle nimmt die Aufga- be für alle Bundesländer wahr. Ab 2017 wird die Gutachtenstelle über das fachlich inhaltliche Instru- mentarium für die Pflege- berufe verfügen und ab dann auf dieser Grundlage für diesen Bereich Gutach- ten fertigen können. Sie muss im Einzelfall be- auftragt werden.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				ve fand Ende 2012 im Bundesrat keine Mehrheit. Allerdings haben die Betreiber der Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel inzwischen Stilllegungsanträge gestellt, auch ohne dass es hierfür gesetzliche Fristen gab.		
13	18/162 (neu)	27.09.2012	Stand der Umsetzung des Schutzes von NATURA-2000-Gebieten in Schleswig-Holstein	2012-12-13 Bericht der Landesregierung Stand der Umsetzung des Schutzes von Natura-2000-Gebieten in Schleswig-Holstein Drucksache 18/414	Die beiden Arbeitsschritte 'Auswahl/Meldung der Gebiete' und 'rechtliche Sicherung' sind abgeschlossen. Der aktuelle Arbeitsschwerpunkt der Umsetzung liegt auf der 'Festlegung der nötigen Erhaltungsmaßnahmen (Managementplanung)' für die einzelnen Schutzgebiete. Es ist vorzusehen, diesen in wesentlichen Teilen bis Ende 2017 abzuschließen. Parallel bzw. im Anschluss an die Festlegung von Maßnahmen erfolgt deren operative Realisierung.	
14	18/177 (neu)	27.09.2012	Stand und Perspektive der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie	2012-11-28 Bericht der Landesregierung Stand und Perspektive der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie Drucksache 18/336	Öffentlichkeitsarbeit (Infobrief, Fachtagung, Bericht über den chemischen Zustand der Gewässer, Interner Bericht über die Evaluierung der Zielvereinbarung schonende Gewässerunterhaltung...)	- Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen der WRR an

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>die EU-KOM - 22.12.2012</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Veröffentlichung von „Zeitplan und Arbeitsprogramm“ zum 2. Bewirtschaftungsplan - 22.12.2012</li> <li>- Anhörung der Öffentlichkeit zu „Zeitplan und Arbeitsprogramm“ - 22.06.2013</li> <li>- Aktualisierung der Bestandsaufnahme zum Gewässerzustand von 2004 - 22.12.2013</li> <li>- Veröffentlichung „wichtiger Bewirtschaftungsfragen“ für den 2. Bewirtschaftungsplan - 22.12.2013</li> <li>- Anhörung der Öffentlichkeit zu den „wichtiger Bewirtschaftungsfragen“ - 22.06.2014</li> <li>- Erstellung und Veröffentlichung des Entwurfes des 2. Bewirtschaftungsplanes, Maßnahmenprogramms, einschließlich Strategischer Umweltprüfung - 22.12.2014</li> <li>- Anhörung der Öffentlichkeit zu den „Berichtsentwürfen“ - 22.06.2015</li> <li>- Veröffentlichung der Endfassungen der Berichte (Bewirtschaftungspläne, Maßnahmenprogramme für die drei Flusgsgebietsseinheiten in SH) - 22.12.2015</li> <li>- Umsetzung von Verbesserungsmaßnahmen an Fließ-</li> </ul>		10

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>gewässern, Seen, Küstengewässern und Grundwasser - 2012-heute</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Digitale Berichterstattung über den Bund an die EU-KOM - Bis 15.11.2016</li> <li>- Novellierung LWG: Aufnahme gesetzlicher 1m-Randstreifen mit Verbot der Anwendung von Düng- und Pflanzenschutzmitteln - 2013</li> <li>- Im Rahmen der Allianz für den Gewässerschutz zwischen MELUR und Bauernverband wurde eine Kampagne gestartet, um freiwillige, breite Gewässerrandstreifen zu bewerben - 2014</li> <li>- Vorbereitung der Novellierung der Düng-Verordnung (Zuständigkeit BMUB/BMELV) - erfolgt derzeit</li> <li>- Zielvereinbarungen zur schonenden Gewässerunterhaltung zwischen MELUR und Wasser- und Bodenverbänden getroffen - 1. Quartal 2014</li> <li>- Vorlage der Unterhaltungskonzepte der WBV im Rahmen der Zielvereinbarung zur schonenden Gewässerunterhaltung - Juni 2015</li> <li>- Verabschiedung Außenprogramm - 04.10.2016</li> </ul>		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
15	18/184	27.09.2012	Frauenhäuser, -beratungseinrichtungen und Mädchearbeit sichern und konsequent unterstützen	- in 2013 wurde die durch die Vorgängerregierung beschlossene Kürzung der Haushaltssumme (553.000 T€), wieder rückgängig gemacht: die Förderung der Frauenhäuser Wedel und AWO Lübeck - mit neuem Konzept - wieder aufgenommen und Kürzungen der Frauenberatungsstellen ausgeglichen. - seit 2014 fließen aufgrund einer Ländervereinbarung auch Erstattungsmittel aus Hamburg für hamburgische Frauen, die in einem schleswig-holsteinischen Frauenhaus unterkommen, zusätzlich in die Förderung der Frauenhäuser - im Jahr 2015 wurde die Erhöhung der Haushaltssumme für die Jahre 2016 und 2017 um jeweils 3% angemeldet, um den Standard für die Frauenfacheinrichtungen aufrecht zu erhalten - die konstant hohe Auslastung von Frauenhäusern und Beratungsstellen zeigt, dass die geplante Erhöhung in		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
16	18/207	27.09.2012	Umsetzung des	Erstellung LT-Bericht	Siehe Anmerkungen	Es handelt sich um einen Be-

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			Bundeskinder- schutzgesetzes in Schleswig- Holstein	DR 18/418 vom 9.1.2013	Umsetzungsschritte im Bericht ausführlich dargestellt. Ansonsten: Umsetzung ist kon- tinuierlicher, viele verschie- ne Arbeitsbereiche und Zu- ständigkeiten umfassender Prozess	richt zum Umsetzungsstand zum damaligen Zeitpunkt. Alle im Antrag aufgeführten Punkte wurden behandelt.  Zum Thema präventiver Kin- derschutz, Frühe Hilfen, Fami- lienhebammen siehe auch DS 18/711  Zum Thema Prävention sex. Missbrauchs siehe auch aktu- eller Landeskinderschutze- richt, DS 18/3045
17	18/173	27.09.2012	Digitale Gesell- schaft ermöglichen – Haftungsrisiken begrenzen		Die Landesregierung hat mit einer Stellungnahme zur 854. Sitzung des Wirtschaftsaus- schuss des Bundesrates am 22.10.2015 (Bundesrats Drucksache 440/15) sowie mit der Unterstützung von Län- deranträgen zur beschlosse- nen Umsetzung beigebracht.	
18	18/228	27.09.2012	Ausstellerbefra- gung zu Husum WindEnergy ver- anlassen230		Wie aus dem Antrag bereits ersichtlich, hat die Landes- regierung keine unmittelbare Einflussnahme auf die Ham- burger Messegesellschaft. Stattdessen wurde mit der im April 2014 vertraglich fixierten Kooperation der Messegesell- schaften in Hamburg und Husum - als Veranstalter der Wind-Energy Hamburg - und der HUSUM Wind - eine ge-	Die WindEnergy Hamburg bie- tet in 2jährlichem Turnus Un- ternehmen der Onshore- wie der Offshore-Branche weltweit eine führende Innovations- und Dialog-Plattform.  Die HUSUM Wind stellt im Jahr darauf einen starken Be- zug zur Praxis im deutsch- sprachigen Windenergiemarkt her. Dank der traditionell un- verwechselbaren Atmosphäre,

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			meinsame Branchenlösung zur Gestaltung der Windenergiemessen erarbeitet.			findet nicht nur der internationale Hersteller, sondern auch das innovative Unternehmen des Mittelstands in Husum sein repräsentatives Schaufenster.
19	18/151	27.09.2012	Wohnverhältnisse der Seniorinnen und Senioren in SH	Erbettener Bericht wurde in der 6. Tagung gegeben (Drs. 18/335).		
20	18/313 (neu)	15.11.2012	Bauliche Situation an den Hochschulen	Berichterstattung der Landesregierung in der 14. Sitzung des Landtages am 13.12.2012.		
21	18/217	16.11.2012	Soziale Ungleichheiten und Bildungsbemachteilungen durch Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung für alle Kinder ausgleichen!	Zur Antwort wird auf den Bericht (Drs Nr.18/693) verwiesen.	Es ist beabsichtigt, den Zugang zu Kindertagesbetreuung bis zum Eintritt in die Schule kostenfrei zu gestalten. Ein erster Schritt ist mit der Einführung des Kita-Geldes zum 01.01.2017 unternommen.	§ 132e SGB V, Abs. 2: „In den Verträgen nach Satz 1 sind Vereinbarungen zur Sicherstellung einer rechtzeitigen und bedarfsgerechten Versorgung der Versicherten mit Impfstoffen zur Schutzimpfung vorzusehen. Für die Versorgung der Versicherten mit Impfstoffen sind Verträge nach Satz 1 mit mindestens zwei pharmazeutischen Unternehmern innerhalb eines Versorgungsgebie-
22	18/295 (neu)	16.11.2012	Saisonale Impfstoffe - Grippeimpfung	Mit Schreiben im März 2015 an das BMG wurden folgende Ziele angemahnt: - bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Grippeimpfstoffen, u.a. Berücksichtigung medizinischer Versorgungssaspekte in der Ausschreibung, d.h. Verfügbarkeit von unterschiedlichen Impfstoffen für unterschiedliche Altersgruppen		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				- Überprüfung und Evaluierung der Praxis zur Beschaffung von saisonalen Impfstoffen  Den Anliegen des Landtags und der Landesregierung ist im Rahmen der Änderung des § 132e, Absatz 2 SGB V Rechnung getragen worden.		tes zu schließen. Durch Verträge mit zwei Unternehmen soll die Lieferfähigkeit gewährleistet werden. Die Krankenkassen können grundsätzlich neben Impfstoffen für alle Altersgruppen auch Impfstoffe mit Zulassung für bestimmte Altersgruppen aufnehmen.
23	18/309	16.11.2012	Sicherstellung des Rechts auf Fotokopien und Digitalisieren wissenschaftlicher Werke	Mündlicher Bericht am 22. November 2012 im Bildungsausschuss, Vorlage der Open Access Strategie am 18. November 2014		Für eine grundlegende Änderung der Beschaffung saisonaler Impfstoffe ohne Ausschreibungspraxis wäre eine weitergehende Änderung des § 132e SGB V erforderlich.
24	18/268	16.11.2012	Zustimmung gemäß Artikel 34 Landesverfassung (Aufsichtsrat Flughafen HH)	30. Oktober 2012: Beratung der KV im Kabinett; nach Art. 34 der Verfassung SH bedarf die Übernahme eines Aufsichtsrats-Sitzes eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens der Zustimmung des Landtages. Beratung im Landtag in der November-Sitzung 2012.	Keine, Verfahren ist abgeschlossen	
25	18/129	16.11.2012	Integrierter Westküstenplan für regionale Stärken	20.11.2012: Kabinettsbeschluss zur Westküsteninitiative,		

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
				20.02.2013: Einrichtung des Westküstenbeirates.		
26	18/131	16.11.2012	Perspektiven für die Anbindung der festen Fehmarnbeltquerung	Mai 2014: Abschluss Raumordnungsverfahren, dessen Ergebnis (raumverträgliche Trasse) Bund und DB AG anerkannt haben. Oktober 2014 dazu Letter of Intent von Land und DB Netz AG, Aufnahme der „Raumordnungstrasse“ in den BWWP, bzw. den Entwurf des BSchWAG (Kategorie „vordringlicher Bedarf“) im Sommer 2016.	DB Netz AG plant in enger Abstimmung mit den Kommunen und dem Land die Details der Schienenhinterlandbindung, u.a. in den 2016 neu eingerichteten „Runden Tischen“.	
27	18/231	16.11.2012	Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlichen Tätigkeiten und Kulturschaffenden ermöglichen		Minister Meyer hat 2012 die GEMA, das Deutsche Patent- und Markenamt als Aufsichtsbehörde und das BMJ schriftlich aufgefordert, die Interessen der Musikveranstalter, ehrenamtlich Tätiger und Vereine ausreichend bei der Tarifgestaltung zu berücksichtigen.	
28	18/304	16.11.2012	Struktureller Abbaupfad bis 2020	Erledigt –	Bericht der Landesregierung Drs. 18/338; Kenntnisnahme durch LT am 23.01.2013 Plenarprotokoll 18/16 (neu) S. 1118ff.	
29	18/280	16.11.2012	Bericht zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Wohnraum		Erbettener Bericht wurde in der 9. Tagung gegeben (Drs. 18/563).	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
30	18/284	16.11.2012	Stand der technischen Verbesserungen bei den kooperativen Regionalstellen Nord und West in SH	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Digitalfunk für Sprache / Anbindung Kommunikationstechnik ist erfolgt Q4/2013 Polizei Q4/2015 Kommunen</li> <li>- Verknüpfung Digitalfunk mit Einsatzleitsystem (Status, GPS, u.a.) Test und Freigabe ist im Februar 2016 abgeschlossen worden</li> <li>- Aktualisierung Kartenmaterial: Straßendaten, mit Stand Q3/2014, ist erfolgt Ein Gesamtupdate der GIS-Anzeigelayer mit Stand Q4/2015 ist erfolgt, weitere Teilaaktualisierungen wurden zuletzt in Q2/2016 im Bereich West umgesetzt</li> <li>- Aktualisierung der Orthofotos mit Stand 2013 / 2014 / 2015 / 2016, damit sind die Orthofotos auf dem aktuell seitens LVerMGeo übermittelten Stand</li> <li>- Aktualisierung der Seekarten mit Stand Q2/2015 ist in Q3/2015 erfolgt</li> </ul>	nächste Aktualisierung ist in Q4/2016 vorgesehen	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einführung neuer Headsets ist für den polizeilichen Teil in Elmshorn und Harrislee im Q3/2014 erfolgt</li> <li>- Die sog. Notrufstandortdatenanzeige zur Visualisierung des Standortes von Notrufenden wurde gemeinsam mit den kommunalen Partnern in 09/2016 beauftragt</li> <li>- Umstellung des Bereichsbezogenen Notrurouting von Ortsnetzkennzahlen (ONKz) auf amtliche Gemeindeschlüssel (AGS), Beginn der technischen Umrüstung Q1/2016, Abschluss der Maßnahmen erfolgte in Q3/2016</li> <li>- GKOPL Abschluss in Q1/2013</li> <li>- Störungsstatistik Durchschnittliche Anzahl Tickets pro Monat: Nord: 2015: 34 pM; total 410 2016: 23 pM; total 205</li> </ul>	<p>Für den kommunalen Teil der Leitstelle Nord im Rahmen des Reinvests bis Q2/2017 vorsehen.</p> <p>In der RLS Nord ist durch die Systemlieferantin die technische Umsetzung im Rahmen des Reinvests bis Q2/2017, in Elmshorn in der Altunggebung nach Verfügbarkeit durch ein gesondertes Servicepack angekündigt.</p>	<p>West: 2015: 29 pM; total 352 2016: 32 pM; total 291</p>

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>Dabei ist der Anteil von Störungen mit erheblicher bzw. betriebsrelevanter Auswirkung insgesamt deutlich gesunken.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Geodatenimportschnittstelle</li> </ul> <p>Durch die Systemlieferantin wurde im Jahre 2013 die geforderte Importschnittstelle geliefert. Mittlerweile wurden nachgebesserte Versionen der Geodatenimportschnittstelle bereitgestellt. Die zuletzt in Q2/2016 in der Version 1.9 bereitgestellte Version arbeitet allerdings nach Erkenntnissen aus einem aktuellen Importtest noch nicht fehlerfrei und liefert in Teilen inkonsistente Datensätze. Diese können – nach vorheriger Identifizierung durch die Zentrale Koordinierungsstelle im LPA – derzeit nur „händig“ durch die Systemlieferantin beseitigt werden.</p> <p>Die Suche und Auswahl von Einsatzorten und im weiteren die automatische Disposition von Einsatzmitteln auf Basis der Routingdaten ist in allen Regionalleitstellen gegeben. Damit können für ausgewählte Einsatzorte systemseitig auto-</p>	<p>Bereinigung noch vorhandener Fehler ist seitens der Systemlieferantin aktuell im Zuge der Vorarbeiten zum Umstieg auf das neue System GEO im Rahmen des Reinvests der Regionalleitstellen ab Q1/2017 zugesagt</p>	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
31	18/193	16.11.2012	Bundesratsinitiative zur Änderung des Aufenthalts gesetzes	matisiert Einsatzmittel disponiert werden.	Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat am 17. Juni 2014 dem Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) zugeleitet, mit dem § 16 Abs. 5 Aufenthalts gesetz geändert werden sollte. Der Gesetzesantrag wurde in den zuständigen Ausschüssen (IN – AS – FJ – Fz – K) beraten. Es wurde weiterer Erörterungsbedarf festgestellt und die Beratungen bis zum erneuten Aufruf durch das antragstellende Land vertagt.	Keine. Die erforderliche Mehrheit für eine Unterstützung des Gesetzesantrags ist nicht erkennbar.
32	18/234	16.11.2012	Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft	Umsetzung mit Drs. 18/1216.		
33	18/386	12.12.2012	Keine Genehmigung für Fracking in Schleswig-Holstein	Mit Veröffentlichung des Teil aufstellungsbeschlusses zur Teillortsbeschreibung des Landesentwicklungsplans 2010 für Untergrundnutzungen vom 26. Februar 2014 wird bekanntgegeben, dass zukünftig auch Nutzungen des schleswig-holsteinischen Untergrundes raumordnerisch gesteuert werden. Der Entwurf legt das		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>raumordnerische Ziel fest, dass Kohlenwasserstoffe nicht unter Einsatz der „Fracking-Technologie“ abzubauen sind. Auf der Grundlage von § 14 Absatz 2 ROG kann die Genehmigung von Betriebsplänen, die die Fracking-Technologie beinhalten, befristet für einen Zeitraum von zwei Jahren untersagt werden. Eine Verlängerung der Untersagung um ein Jahr ist möglich. Nach Inkrafttreten der Teilforschreibung gilt das Ziel, den Abbau von Erdöl und Erd-gas mit Hilfe von Fracking auszuschließen, unmittelbar.</p> <p><u>Darüber hinaus auf Bundes- ebene</u></p> <p>BR-Initiative „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesberggesetzes“ (BR-Drs. 285/13; Einbringung 16.04.2013))</p> <p>Mehrere Anträge im Rahmen der BR-Ausschussberatung des Fracking-Pakets der Bundesregierung, BR-Drs. 142/15, 143/15; u.a. die Ziffern 3 und 4 der Beschlussdrucksache 143/15(B).</p>		

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
34	18/323	12.12.2012	Bemerkungen 2012 des LRH	Nr. 25 der Voten erledigt durch Umdruck 18/1123 (16.04.2013)		
35	18/323	12.12.2012	Bemerkungen 2012 des LRH	Nr. 26 der Voten erledigt durch Umdruck 18/1058 (17.04.2013)		
36	18/370	12.12.2012	Schutz der Vertraulichkeit und Anonymität der Telekommunikation			s. Drs. 18/730 (neu)
37	18/373 (neu)	13.12.2012	Abschaffung der Extremismusklausel	Hinsichtlich der Abschaffung der Demokratieerklärung/Extremismusklausel als eine Bedingung für die Mittzuweisung im Rahmen des Bundesprogramms des BMFSFJ erfolgte die Umsetzung der geänderten gesetzlichen Maßgaben des Bundes durch die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus mit sofortiger Wirkung. Seitdem werden alle geförderten Projekte gemäß der Richtlinien des Bundesprogramms durch ein Begleitschreiben zum Zuwendungsbescheid darauf verpflichtet u.a. zu „prüfen, ob im Hinblick auf den Inhalt der beabsichtigten Maßnahme mit der Möglichkeit zu rechnen ist, dass sich bei deren Durchführung eine Betätigung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben kann“.		
38	18/367	14.12.2012	Stellungnahme in	2012-11-21		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
			dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betreffend Verfassungsbeschwerden gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts sowie der Verwaltungsgerichte und Regierungsbehörden in Sachsen-Anhalt und Bayern zum Ruhelassen von Jagdrevieren	Beschluss LT. Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit der oben bezeichneten Sache in seiner Sitzung am 21. November 2012 befasst. Einstimmig empfiehlt er dem Landtag, wie folgt zu beschließen: Der Schleswig-Holsteinische Landtag gibt in dem oben genannten Verfahren keine Stellungnahme ab.		
39	18/368	14.12.2012	Stellungnahme in dem Verfahren zur Erhebung der Filmförderungsabgabe	Das FF Gesetz hat jeweils eine dreijährige Laufzeit. Die jetzt anstehende Novellierung soll zum 1. Januar 2017 in Kraft treten	2. Lesung Bundestag am 21.10.16 Im Anschluss Befassung im Bundesrat	Beteiligung des Bundesrates
40	18/357	14.12.2012	Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013	Schriftlicher Bericht in 8. Tagung des Landtages (Drs. 18/478)	vgl. Antwort zur Drs. 18/628	
41	18/378	14.12.2012	Diabetes in Schleswig-Holstein	Der Bericht (Drucksache 18/694) – Zum Stand der Diabetes-Erkrankungen in Schleswig-Holstein sowie zu den präventiven und nachhaltigen Maßnahmen zur Krankheitseindämmung wurde dem Landtag im April 2013 vorgelegt.	Daran anknüpfend hat der Landtag den Beschluss gefasst, eine Landes-Präventionsinitiative Diabetes Typ 2 (Drucksache 18/1597 - vom 13.02.14) zu erarbeiten (s. Nr. 42)	
42	18/379	14.12.2012	Initiative für einen	Initiative für die Umsetzung		Die Diabetes-Typ 2-Prävention

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
		Nationalen Diabetesplan	eines Nationalen Diabetesplans durch die Bundesländer Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Thüringen. Beschluss des Bundesrates am 11.7.2014		wird als eines von acht Gesundheitszielen im Präventionsgesetz bearbeitet werden. Zudem besteht in der „Nationalen Diabetes-Surveillance“, durch das Bundesgesundheitsministerium beschlossen und durch das Robert-Koch-Institut aufgebaut, eine wichtige Basis, um mit einem zukünftigen Diabetes-Register besser Prävalenzen, Komorbiditäten, Komplikationen und die Nachhaltigkeit medizinischer Maßnahmen wie auch Kosten zu monitoren.	
43	18/387	14.12.2012	Situation der Tagesspflege	Vorlage des gewünschten Berichtes mit Drucksache 18/476 am 25.1.2013. Überweisung an den SoZA über die Sammeldrucksache am 22.2.2013. Abschließende Kenntnisnahme des Berichtes durch den Sozialausschuss am 12.09.2013		
44	18/230	14.12.2012	Bestehendes Modell zum Erhalt der Beratungsstellen „Frau & Beruf“ umsetzen	Fortführung in der neuen ESF-Förderperiode 2014-2020, inhaltliche Weiterentwicklung (u.a. Stärkung der individuellen Beratung) zum 1.7.2014, Projektbegleitende Evaluierung im März 2016, Entscheidung über weitere Förderung zunächst bis 30.6.18 im Juni 2016, Erweiterung der Zielgruppen (z.B. geflüchtete Frauen) zum	Übergabe der Zuwendungsbescheide (Bewilligungszeitraum bis 30.6.2018) Anfang 2017.	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
45	18/323	14.12.2012;	Bemerkungen 2012 des LRH; hier: Tz. 20 „Mehrergebnisse der Betriebsprüfer: mehr Schein als Sein“	1.1.2017.	Bei der Steigerung der Qualität der Außenprüfungen handelt es sich um einen laufenden Prozess, an dem ständig gear- beitet wird. Durch das Projekt „Anforderungsorientierte Au- ßenprüfung“ (AOAp) wurden eine Vielzahl von Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Außendienste ermittelt und umgesetzt bzw. befinden sich noch in der Umsetzung.	Entlastung der Landesregie- rung für das Haushaltsjahr 2010
46	18/323	14.12.2012	Bemerkungen 2012 des LRH	Zu Ziff. 1 der Drs. 18/323 er- folgte eine Veröffentlichung im Amtsblatt SH	Keine ausstehend	Die Umsetzung der Voten liegt in der Verantwortung der be- troffenen Ressorts.
47	18/323	14.12.2012	Bemerkungen 2012 des LRH	Zu Ziff. 2 der Drs. 18/323 er- folgte entspr. Aufforderung an Ressorts.	Keine ausstehend	Betr. Flächendeckender KLR- Einsatz
48	18/323	14.12.2012	Bemerkungen 2012 des LRH	Zu Ziff. 18 der Drs 18/323 er- folgte ein Bericht der Landes- regierung im Finanzausschuss	Keine ausstehend	Betr. Sporthallen in Justizvoll- zugsanstalten.
49	18/323	14.12.2012	Bemerkungen 2012 des LRH	mit Ziff. 11 der Drs. 18/323 Kenntnisnahme durch Finanz- ausschuss.	Keine ausstehend	
50	18/323	14.12.2012	Bemerkungen 2012 des LRH	mit Ziff. 10 der Drs. 18/323 Kenntnisnahme durch Finanz- ausschuss.	Keine ausstehend	Betr. „Doch kein Personalab- bau in der Landesvertretung“ Bereits zu Beginn der 17. Wahlperiode hatte sich die Landesregierung im Rahmen ihrer Organisationshoheit dafür entschieden, in der Landesver- tretung die Stelle des Dienst- stellenleiters wieder einzurich- ten. Die funktionelle und auf-

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
						gabenorientierte Kombination aus Bevollmächtigtem / Bevollmächtigter und Dienststellenleiter / Dienststellenleiterin in der Landesvertretung hat sich seitdem außerordentlich bewährt. Gerade die Erfahrungen aus der Zeit der Zusammenlegung dieser Positionen unterstützen diesen Befund.
51	18/354	14.12.2012	Novellierung des FAG	Das „Gesetz zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs“ wurde am 13.11.2014 vom Landtag verabschiedet und ist zum 01.01.2015 in Kraft getreten (GVObI. Schl.-H. S. 473).		
52	18/372 (neu)	14.12.2012	Kommunale Integrationsarbeit	Erbetener Bericht wurde in der 12. Tagung gegeben (Drs. 18/888) umgesetzt.		Das MIB setzt zudem seit dem Haushaltsjahr 2015 die Förderung von Strukturmaßnahmen im Bereich der Partizipation/kommunalen Integration aus Landesmitteln um. Veranschlagt sind die Kosten für die Umsetzung einer landesweit tätigen Servicestelle für Partizipationsgremien von Zugewanderten in schleswig-holsteinischen Kommunen. Darüber hinaus hat sich das Land freiwillig verpflichtet, den Kreisen und Kreisfreien Städten ab 2015 für die Einrichtung und den Betrieb von Koordinie-

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
53	18/438	25.01.2013	Greening-Maßnahmen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ökologisch vernünftig und sozial gerecht durchsetzen	Bundesrat: Einbringung der Positionen in die Beratung des Gesetzes zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungen-Durchführungsgesetz-DirektZahlDurchfG BR-Drs. 82/14, 210/14 (Fassen einer Entschließung) sowie der dazugehörigen Verordnung (BR-Drs. 406/14)) Beschluss der Agrarministerkonferenz 12.4.2013 TOP 3 a/b/c/d/e und 4	Beteiligung bei der Diskussion zur kommenden Evaluierung des Greenings auf EU-Ebene	rungsstellen Mittel zur Verfügung zu stellen.
54	18/382	25.01.2013	Schleswig-Holstein lehnt Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit durch neues Leistungsschutzrecht für Presseverlage ab	Das 8. Gesetz zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes (17/1140) wurde am 22.03.2013 im Bundesrat (162/13) beraten. Ein dem LT-Antrag entsprechender Antrag von SH auf Anrufung VA (162/113) fand keine Mehrheit.		
55	18/312	25.01.2013	Umsetzung der Resolutionen des 10. Forums der Parlemente der Südlichen	Unterrichtung im Rahmen des Europaberichts 2013-2014 (Drs. 18/1841), 21. Tagung des Landtages		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			Ostsee in Kiel und der 21. Ostseepar- lamentarierkonfe- renz in St. Petersburg			
56	18/440	25.01.2013	Konzept für Fami- lienzentren ge- meinsam entwi- ckeln	Sowohl die geforderte IST- Analyse als auch das Konzept sind mit Bericht (Ds Nr.18/2026) vorgelegt worden		
57	18/437 (Ziff. 2, 3)	25.01.2013	Vereinbarung zur Finanzierung des Krippenausbaus	Es wird auf den Bericht (Ds Nr. 18/695) verwiesen. In den ent- sprechenden Ausschuss- und Sozialausschusses wird der Ausbau der Kindertages- betreuung thematisiert. Inzwischen ist die Vereinbarung im Juni 2015 aktualisiert worden.		
58	18/430	25.01.2013	Steuerrechtliche Gleichbehandlung eingetragener Le- benspartnerschaf- ten	Gesetzesinitiative der Länder HB, HH, NW und SH (BR-Drs. 137/13)	Gesetz zur Änderung des EStG in Umsetzung der Ent- scheidung des BVerfG vom 07. Mai 2013 vom 15. Juli 2013, BGBl. I S. 2397 Inkrafttreten 19. Juli 2013	Gesetz zur Anpassung steuer- licher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundes- verfassungsgerichts vom 18. Juli 2014, BGBl. I S. 1042 Inkrafttreten 24. Juli 2014

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
59	18/423	25.01.2013	Neuberufung des Verwaltungsrates der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten	Berufungsschreiben durch MELUR sind erfolgt (Amtszeit bis 31.12.2017)		Zuständigkeit Bund / Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV).
60	18/494	20.02.2013	Höchste Priorität für den Nord-Ostsee-Kanal	Schreiben in diesem Sinne durch Minister Meyer am 06.03.13 an BM Ramsauer.	Begleitung des Themas „Ausbau NOK“ durch die Landesregierung.	
61	18/491	21.02.2013	Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen und umsetzen	Der Bericht „Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen und umsetzen“ (18/4587) wurde dem Landtag in der 45. Tagung vom 21.-23.09.2016 vorgelegt und in den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen.	2. Runder Tisch ; Fachtagung	
62	18/493	22.02.2013	Entwicklungen im Kleingartenwesen in Schleswig-Holstein	2013-04-10 Bericht der Landesregierung Situation des Kleingartenwesens in Schleswig-Holstein Drucksache 18/696	Der von der Landesregierung vorgelegte Bericht wurde am 30. Oktober 2013 vom Umwelt- und Agrarausschuss abschließend beraten und zur Kenntnis genommen.	
63	18/380	22.02.2013	Chronisch kranken Kindern helfen – Kinderrehabilitation stärken!	Der im Antrag geforderte Runde Tisch wurde am 5.6.2013 im Sozialministerium durchgeführt.	Der im Antrag geforderte Bericht für den Landtag wurde noch nicht fertig gestellt.	
64	18/453	22.02.2013	Kinderschutz in	Erarbeitung Handlungsempfehlungen wer-	Umsetzung Handlungsempfehlungen Handlungsempfehlungen wer-	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
		Schleswig-Holstein	fehlungen zu Qualitätskriterien insoweit erfahrener Fachkräfte nach §8a SGB VIII, 15.2.2015 <a href="http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/KinderJugendhilfe/Downloads/Jugendliche_Landesjugendamt_Landesjugendhilfeausschuss_Empfehlung.html">http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/KinderJugendhilfe/Downloads/Jugendliche_Landesjugendamt_Landesjugendhilfeausschuss_Empfehlung.html</a>	den von freien Trägern der Jugendhilfe als fachliche Arbeitsgrundlage in entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen/Fortbildungen(Ausbildung genutzt.  Zu den Berichten: Siehe Anmerkungen	Drs. 18/711 beschreibt den Umsetzungsstand der Bundesinitiative Frühe Hilfen (§ 3 KKG) zum damaligen Zeitpunkt. Aktualisierung im aktuellen Landeskindschutzbericht gem. § 14 Kinderschutzesetz SH – DS 18/3045	lungen auf kommunaler Ebene
65	18/519(neu) 2. Fassung	22.02.2013;	Das Ehrenamt als Grundlage der aktiven Zivilgesellschaft stärken	Ehrenamtsstärkungsgesetz vom 21. März 2013, BGBI. I S. 556 Inkrafttreten am 1. Januar 2013	SH ist dem GE-Antrag BW für ein Gesetz über die Zulassung der Mehrstaatigkeit und die Aufhebung der Optionsregelung im Staatsangehörigkeits-	Die Optionsregelungen gelten nur noch für einen kleinen Kreis junger Menschen und führen in der Praxis zu keinerlei Problemen.
66	18/431 (neu)	22.02.2013	Aufhebung des Optionszwangs			

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
				recht als Mitantragsteller beigetreten. Nachdem diese BR-Initiative keine Mehrheit im BR erhielt, hat SH gemeinsam mit RP und BW am 28.02.2014 eine erneute BR-Initiative mit dem Ziel der Abschaffung der Optionsregelung gestartet. Auf Bundesebene fand der GE-Antrag keine Mehrheit und wurde in den Ausschüssen vertragen. Zustimmung erhielt dagegen der GE der BReg, mit welchem die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Menschen – und damit weitgehend – abgeschafft wurde.		
67	18/558	22.02.2013	Trinkwasser darf nicht zum Spekulationsobjekt werden – Wasserversorgung in öffentlicher Hand sichern!	Der Bundesrat hat im Beschluss vom 30.03.2012 mit den Stimmen Schleswig-Holsteins (BR-Drs. 874/11 (Beschluss) (2)) die Ausnahme der Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der durch die EU-Kommission im Dezember 2011 als Entwurf vorgelegten Konzessionsrichtlinie (KOM (2011) 897 vom 20.12.2011) gefordert.	In der Folge haben Vertreter des Europäischen Parlaments und des Ministerates sich im Juni 2013 unter Einbeziehung	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				der Europäischen Kommission auf die Ausnahme des Wasserbereichs aus dem Anwendungsbereich der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie geeinigt.	In seinem Beschluss (BR-Drs. 111/14 (Beschluss) am 23.05.14 zur Mitteilung der Kommission über die Europäische Bürgerinitiative: "Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut, keine Handelsware" (COM(2014) 177 final) hat der Bundesrat mit den Stimmen Schleswig-Holsteins bestätigt, dass die Trinkwasserversorgung als wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge nicht dem grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr zugänglich ist und begrüßte nochmals, dass die Kommission den Wassersектор aus dem Anwendungsbereich der EU-Konzessionsvergaberrichtlinie herausgenommen hat.	Der Bericht liegt zur Befassung im Sozialausschuss vor.
68	18/584 18/1736	05.03.2013 09.04.2014	Betriebliche Wie- dereingliederung stärken	LT-Bericht (LT-Drs. 18/3686) im Februar 2016	Weiterhin diverse Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen der Vereinbarung nach § 59 Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein für ein be-	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
69	18/627	20.03.2013	Equal Pay: Entgeltgleichheit – ein wichtiges Thema für Schleswig-Holstein	91. ASMK 26./27.11.2014: Unterstützung eines Beschlussvorschlags zur Entgeltgleichheit und Transparenz der Entgeltstruktur in Unternehmen.		
70	18/618 (neu)	21.03.2013	Bericht über die Verhandlungen zur Strompreisbremse	2013-04-16 Bericht der Landesregierung Bericht über die Verhandlungen zur Strompreisbremse Drucksache 18/699		
71	18/581 (neu)	21.03.2013	Völlige Gleichstellung eingetragener Lebenspartner-schaften	Von Schleswig-Holstein mitinitierter Gesetzentwurf des Bundesrates zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts vom 25.09.2015 (BR-Drucksache 273/15); ein entsprechender Vorläufigerentwurf des Bundesrates vom 22.03.2013 (BR-Drucksache 196/13) – ebenfalls von Schleswig-Holstein mitinitiiert – hatte sich durch Ablauf der letzten Wahlperiode des Bundestags erledigt	Verhandlung und Beschlussfassung des Bundestags	
72	18/616	21.03.2013	Bericht über die	Zuleitung des Gesetzentwurfs an den Bundestag am 11.11.2015 (BT-Drucksache 18/6665).	Der geforderte Bericht wurde	Die Stadt Schleswig will die

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
			Sicherung der schleswig-holsteinischen Theater und ihrer Standorte	mit Drucksache 18/698 am 16.04.2013 vorgelegt. In ihm wird dargelegt, welche Effekte mit der Wiedereinführung der Dynamisierung der FAG-Zuweisungen für die öffentlichen Theater erwartet werden und wie der Theaterstandort Schleswig gesichert werden soll. Die Wiedereinführung der Dynamisierung wurde 2015 bei der Novellierung des FAG vollzogen.	angekaufte Liegenschaft „Heimat“ Auf der Freiheit, in Schleswig zu einer Theaterstätte umbauen. Hierzu stehen Konzept und Kostenkalkulation bisher aus. Die Anmietung des Slesvighus als Interimsspielstätte für Schauaufführungen des Landestheaters in Schleswig wurde durch die Stadt verlängert.	
73	18/617 (neu)	21.03.2013	Bericht über die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Kulturförderung	Umsetzung des Beschlusses ist erfolgt, der Kulturbereich wurde im August 2013 veröffentlicht.	Ein zweiter Kulturbereich ist zur Veröffentlichung im November 2016 vorgesehen.	
74	18/628	21.03.2013	Europabericht der Landesregierung	Zu a) erstmals in 2014 umgesetzt (schriftlicher Bericht in 17. Tagung des Landtages – Drs. 18/1431). Schriftliche Beichte in 31. Tagung (Drs. 2715) und 39. Tagung (Drs. 18/3721) Zu b) Vorlage des jährlichen Europaberichts seit den 90er Jahren		
75	18/629	21.03.2013	Mehr Zeit für Pflege	a. Der Bericht „Mehr Zeit für Pflege“ (18/1213) wurde dem Landtag in der 15. Tagung vom 20.-22.11.2013 vorgelegt. Der Bericht wurde am 16.01.2014 im Sozialaus-	Die Umsetzung im Bereich der Tages- und Kurzzeitpflege hat begonnen, das Bundesprojekt wurde bis zum Ende der Legislaturperiode Bund verlängert.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				a) schuss abschließend bera- ten. b. Mit Stand vom 02.09.2016 haben sich in SH rd. 38% der Einrichtungen der am- bulanten und stationären Pflege für die Teilnahme am bundesweiten Entbüro- kratisierungsprojekt regist- rieren lassen, die Umset- zung läuft. c. Die Prüfrichtlinie nach dem SbStG wurde auf der Grundlage der wissen- schaftlichen Begleitfor- schung überarbeitet.		
76	18/667	21.03.2013	Der Nord-Ostsee- Kanal funkt SOS – Masterplan für den NOK	Schreiben der Küstenländer an Bundeskanzlerin Merkel vom 12.04.13.	Begleitung des Themas „Aus- bau NOK“ durch die Landesre- gierung.	Zuständigkeit Bund / Wasser- straßen- und Schifffahrtsver- waltung(WSV)
77	18/279	21.03.2013	Europäischer Radweg „Iron Cur- tain Trail“	Optimierung der bestehenden Fahrradroute und Aufnahme als 13. Radfernweg in Schles- wig-Holstein.		
78	18/573	21.03.2013	Wachstumslücke schließen	Erledigt –	Bericht der Landesregierung Drs. 18/793; Kenntnisnahme durch LT am 29.05.2013 Plenarprotokoll 18/27 S. 2153 ff.	
79	18/750	24.04.2013	Energiewende- und Klimaschutz in Schleswig-	a) jährliche Energiewende- und Klimaschutzberichte: Drucksache 18/889 vom 5.6.2013, b) Auch zukünftig jährlich im Juni Energiewende- und Kli- maschutzberichte vorlegen		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
		Holstein	Drucksache 18/1985 vom 6.6.2014 Drucksache 18/3074 vom 4.6.2015 Drucksache 18/4389 vom 6.7.2016	b) Eckpunkte und Zeitplanung Energiewende- und Klima- schutzgesetz: Drucksache 18/2580 vom 17.12.2014	b) Abschluss des Gesetzge- bungsvorfahrens liegt beim Landtag	
80	18/751 (neu) 2. Fassu- ng	24.04.2013	Erfolgreicher Atomausstieg: Endlagersuche beginnen – Ener- giewende konse- quent umsetzen	Erster Kabinettbeschluss Entwurf Energiewende- und Klimaschutzgesetz: 18.12.2015	Zweiter Kabinettbeschluss Entwurf Energiewende- und Klimaschutzgesetz Drucksache 18/4388 vom 6.7.2016	Die Landesregierung hat auf verschiedenen Ebenen inten- sive Gespräche im Sinne der vom Landtag geforderten fai- ren Lastenverteilung geführt. Mitte 2015 legte Bundesum- weltministerin Dr. Hendricks ein Konzept vor, das die Auf- nahme von Kernbrennstoff aus der Auslandsweideraufarbei- tung auf vier Bundesländer

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				verteilt. Nähere Einzelheiten können erst bewertet werden, wenn die Kernkraftwerksbetreiber konkrete Anträge gestellt haben. Aufgrund internationaler Verträge ist mit einer Aufnahme solchen Kernbrennstoffs in einem schleswig-holsteinischen Standortwissenschaftlager nicht vor 2018 zu rechnen		
81	18/778	24.04.2013	Verfahren zur Zwischenlagerung	Siehe hierzu die Ausführungen zu Drs. 18/751 (neu), auf die sich diese Drs. bezieht		
82	18/381 18/718	24.04.2013	Für eine dritte Programmphase des Hochschulpa-ktes 2020	Zielvereinbarungen abgeschlossen am 4. April 2016		
83	18/742	25.04.2013	Gesetzliche Frau-enquote umsetzen	Am 27. März 2015 billigte der Bundesrat das Gesetz zur Frauenquote in Führungsposi-tionen unter Zustimmung Schleswig-Holsteins.		Auch landesintern wird eine paritätische Gremienbesetzung angestrebt. Weichenstellende Maßnahmen hat das Kabinett 2014 beschlossen. Bei der Besetzung von Aufsichtsman-daten in öffentlichen Unter-nehmen konnte der Frauenan-teil bereits auf 45,65% (Beteili-gungsbericht 2016) gesteigert werden.
84	18/631	25.04.2013	Steuerhinterzie-hung bekämpfen – Steuergerechtig-keit fördern		Einsetzung einer Bund-Länder AG unter Beteiligung S-H auf Grundlage des Beschlusses der FMK vom 07.04.2016:	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerumge-

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
85	18/623	26.04.2013	Für einen starken und ausgewogenen EU-Haushalt	hung mithilfe von Domizilsellschaften (in Bearbeitung)		
86	18/735	26.04.2013	Lokale Bündnisse für Familie in Schleswig-Holstein	Die Landesregierung hatte sich bereits in 2011/2012 in den Beratungen zum „Menüjahrigen EU-Finanzrahmen 2014-2020“ über die ihr zugänglichen Gremien für die landespolitischen Interessen eingesetzt.	<p>Keine, die Berichtsaufforderung wurde beantwortet. Siehe Antrag zu TOP 33 der 26. Sitzung vom 26.04.2013 (Drs. 18/735) und Bericht der Landesregierung (Drs. 18/887 vom 04. Juni 2013, Juni-Landtagstagung (v. 18. und 20. Juni 2013, – 21.6.2013).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklung der lokalen Bündnisse für Familie,</li> <li>- Struktur der lokalen Bündnisse für Familie in Schleswig-Holstein,</li> <li>- zu den Beteiligten an den lokalen Bündnissen für Familie in Schleswig-Holstein,</li> <li>- zu Aktivitäten der lokalen Bündnisse für Familie in Schleswig-Holstein und zu Maßnahmen der Landesregierung zur Förderung oder Reaktivierung lokaler</li> </ul>	<p>Der Bericht verdeutlicht die Arbeit und die Entwicklung der Lokalen Bündnisse für Familie in Schleswig-Holstein und stellt die Wirksamkeit ehrenamtlichen und lokalbezogenen Engagements der Bürgerinnen und Bürger zur Unterstützung der Familien in einem Gemeinwesen dar.</p>

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
				Bündnisse für Familie.		
87	18/745	26.04.2013	Fachkräftebedarf aufgrund des Krippenausbaus	In der Sache wird auf die Antwort auf die GA (Drs. 18/3504) verwiesen.		
88	18/495	26.04.2013	Familienpolitische Leistungen reformieren!	Mit dem Beschluss wurde die Landesregierung aufgefordert, sich bundespolitisch verstärkt für bestimmte familienpolitische Ziele einzusetzen. Die bundespolitischen Aktivitäten der Landesregierung sind vielfältig und die genannten Ziele wurden in dieser Legislaturperiode kontinuierlich in verschiedenen bundesweiten Arbeitsgruppen eingebracht. Konkrete Umsetzungsschritte können hier nicht umfassend dargestellt werden. Die Familienministerin hat sich mehrfach öffentlich gegen das Betreuungsgeld und für den Ausbau der Kinderbetreuung eingesetzt. Ebenso fordert sie die Abschaffung des Ehegattensplittings, setzt sich für eine Kindergutschutzsicherung ein und hat die Anhebung des steuerlichen Entlastungsbetrages für Alleinerziehende forciert.		Zuständigkeit Bund / Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV).
89	18/777	26.04.2013	Resolution Nord-Ostsee-Kanal	Resolution des Landtags		
90	18/781	26.04.2013	Hinterlandanbindung der Festen	Die Fehmarnsundquerung wurde im Sommer 2016 in den	DB Netz AG plant in enger Abstimmung mit den Kommu-	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			Fehmarnbelt- Querung	Bundesverkehrswegeplan bzw. den Entwurf des BSchWAG aufgenommen. Ebenso wurde die Schienenanbindung für die Fehmarnbeltquerung auf Basis des Ergebnisses des Raumordnungsverfahrens in den Entwurf des BSchWAG, Kategorie „vordringlicher Bedarf“ eingestellt	nen und dem Land auf Basis des Raumordnungsverfahrens die Details der Schieneinhhinterlandanbindung. Über die Ausgestaltung der Fehmarnsundquerung wird u.a. in den „Kommunalkonferenzen“ diskutiert.	
91	18/729 (neu)	26.04.2013	Kommunales Wahlrecht für alle Nichtdeutschen einführen	Voraussetzung für die Gewährung eines umfassenden Kommunalwahlrechts für Ausländer ist eine Verfassungsänderung. SH ist mit Beschluss vom 04.03.2014 einem entsprechenden Gesetzesantrag von RP Änderung von Art. 28 Abs. 1 GG beigetreten. Der Antrag wurde aber noch nicht eingefügt, weil zurzeit eine realistische Aussicht auf die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht besteht. Mit Blick auf Art. 79 Abs. 3 GG wird die Zulässigkeit einer solchen GG-Änderung kontrovers beurteilt.	Weitere Schritte zur Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen sind derzeit nicht vorgesehen.	
92	18/730 (neu)	26.04.2013	Passwörter und Anonymität im Internet schützen, Gesetz zur Be- standsdatenaus- kunft im Bundesrat ablehnen		Der Bundesrat hat am 03.05.13 bei Enthaltung von SH dem Gesetzesbeschluss des Bundestages v. 21.03.13 zugestimmt (BR-Drs. 251/13, Beschluss, 03.05.13).	s. Drs. 18/370

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
93	18/737 (neu)	26.04.2013	Wahlrecht für Unionsbürger zur Landtagswahl	Für ein Unionsbürgerwahlerrecht zur Landtagswahl ist eine Änderung von Art. 28 Abs. 1 GG erforderlich, die jedoch zurzeit nicht durchgesetzt werden kann (s. Drs. 18/729 (neu)).	Weitere Schritte sind derzeit nicht vorgesehen; zunächst bleibt die weitere politische/rechtliche Diskussion über ein umfassendes Kommunalwahlrecht für Ausländer abzuwarten (s. Drs. 18/729 (neu)).	
94	18/833	30.05.2013	Aktionsplan „Integration“ konsequent umsetzen!	Umgesetzt und abgeschlossen.		Die letzten Teilhabeprojekte zum Aktionsplan Integration sind im Haushaltsjahr 2015 ausgelaufen. Der Aktionsplan wurde durch den Flüchtlingspakt abgelöst.
95	18/819	30.05.2013	Prüfung der Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein	Berichterstattung mit Drs. 18/1371; beinhaltet landesweite Abfrage aller Kreise und kreisfreien Städte. Diesen Bericht hat der Landtag mit der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 18/2510) im Dezember 2014 zur Kenntnis genommen	Siehe Drs. 18/2404; darüber hinaus Einführung der Gremienstruktur gemäß Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Übergang junger Menschen von der Schule in Ausbildung und Arbeit.	
96	18/747 (neu)	30.05.2013	Für eine moderne, vielfältige Verwaltung in Schleswig-Holstein (Diversity)	1. LT-Bericht (LT-Drs. 18/1290) im November 2013 2. LT-Bericht (LT-Drs. 18/3573) im November 2015	Die Umsetzung der im Bericht aufgelisteten Maßnahmen erfolgt in einem kontinuierlichen Prozess.	Künftig Begleitung der landesinternen Umsetzungsmaßnahmen durch eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe; nächster LT-Bericht im Herbst 2017.
97	18/554	31.05.2013	EEG erhalten – Haushalte entlasten	Bericht der Landesregierung Bericht über die Verhandlungen zur Strompreisbremse vom 16.04.2013, LT-Drucksache 18/699		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Ausführliche Stellungnahme des MELUR in Abstimmung mit MWAVT zum EEG 2014 wurde am 12.03.2014 ans BmWI übersandt.		
98	18/622	31.05.2013	Lebens- und Futtermittelkontrollen wirksam gestalten!	Sitzung Runder Tisch „Stromsperrn verhindern“ hat am 21.04.2016 stattgefunden. Erarbeitung eines Leitfadens zum v. g. Thema beschlossen sowie Abstimmung mit den Teilnehmern des Runden Tisches erfolgt.	2016-1-1 Um das hohe Niveau der Futtermittelsicherheit aufrecht zu erhalten, werden Gebühren für amtliche Regel-Futtermittelkontrollen in Schleswig-Holstein eingeführt. 2016-11 Bericht der Landesregierung zum gesundheitlichen Verbraucherschutz	
99	18/621	31.05.2013	Hofabgabeklausel abschaffen!	Behandlung auf der Agrarministerkonferenz am 04.04.2014 mit Protokollerklärung von SH (TOP 39).	Zum 1.1.2016 ist die vom Bundestag beschlossene Neuregelung in Kraft getreten. Die Hofabgabeklausel wurde	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
100	18/851	31.05.2013	Berichtsantrag über Gespräche mit den muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde	zwar nicht gänzlich abgeschafft, aber doch weitgehend entschärf't.		
101	18/822	31.05.2013	Zielvereinbarungen mit den Hochschulen	Zielvereinbarungen abgeschlossen im Dezember 2013		
102	18/412	31.05.2013	Duales Pflegestudium in Schleswig-Holstein ermöglichen	In enger Abstimmung mit dem MSGWG hat die Universität Lübeck ein Konzept für die Einrichtung eines ausbildungsintegrierenden dualen Studiengangs erarbeitet und dem MSGWG am 9. Januar 2014 vorgelegt. dem Wintersemester 2014 ist der Studiengang Pflege an der Uni Lübeck mit 40 Studienplätzen pro Wintersemester eingerichtet		
103	18/853	31.05.2013	Resolution zum Nord-Ostsee-Kanal	Resolution des Landtags.	Begleitung des Themas „Ausbau NOK“ durch die Landesregierung(en)	Zuständigkeit Bund / Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung(WSV)
104	18/841	31.05.2013	Aktionärsrechte stärken – Vorstandsvergütungen durch Hauptversammlung festlegen			Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 20.09.2013 mit den Stimmen Schleswig-Holsteins beschlossen, zu dem „Gesetz zur Verbesserung der Kontrolle der Vorstandsvergütung und zur Änderung weiterer aktien-

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
105	18/439 (18/857)	31.05.2013	SH – Land der Horizonte, der Weltöffnenheit und des Respekts. Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung	Das erarbeitete Landesprogramm zur Demokratiestärkung und Rechtsextremismusbekämpfung wurde im Juni 2013 gestartet. Durch zivilgesellschaftliche Träger wird seitdem in Schleswig-Holstein ein flächendeckendes Beratungsangebot vorgehalten.		rechtlicher Vorschriften“ (VorstKoG/Aktienrechtsnovelle 2012) den Vermittlungsausschuss anzurufen. Ein Vermittlungsverfahren wurde in der Legislaturperiode nicht mehr durchgeführt, sodass das Gesetzesvorhaben verfiel.
106	18/847	20.06.2013	Bienen nachhaltig schützen!	14-03-06 Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses	Verbesserung der Lebensbedingungen von Bienen und anderen pollen- und nektarsammelnden Insekten Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/922	Der Ausschuss hat den Antrag, der ihm durch Plenarbeschluss vom 20. Juni 2013 überwiesen worden war, in zwei Sitzungen, zuletzt am 5. März 2014, beraten.

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				Im Hinblick auf den von der Landesregierung gegenüber dem Ausschuss erteilten Bericht „Bestandsaufnahme der Bienenzucht in Schleswig-Holstein“, Umdruck 18/2451, empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit Zustimmung der Antragstellerin einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.		
107	18/904	20.06.2013	Ausgleichsflächenkataster	Änderung LNatSchG mit Artikelgesetz (Artikel 1) vom 27.5.2016 (GVÖBI Nr. 7, 23.6.2016): § 9 Abs. 6 Nr. 4 (neu)	Änderung Natur- und Landschaftsbehörden zu den technischen Einzelheiten der raumbezogenen Fachdaten (Geometrien). (Erlass im Oktober/November)	
108	18/951 (neu)	20.06.2013	Sommerferienterraine entzerren – Tourismusstandort SH stärken		Mit Beschluss vom 12. Juni 2014 hat die Kultusministerkonferenz der langfristigen Sommerferienregelung 2018 bis 2024 zugestimmt. Damit wurde eine Lösung gefunden, die auch den Belangen der Tourismusbranche Rechnung trägt. Daraüber hinaus unterstützt die Landesregierung im Tourismusbereich gemeinsam mit	Permanente Aufgabe

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				den Akteuren vor Ort auf vielfältige Weise Angebote, die die Saison über die Ferienzeit hinaus verlängern können.		
109	18/950	20.06.2013	Bedeutung des Kreuzfahrt- und Fährtourismus für Schleswig-Holstein	Im September 2013 wurde der gewünschte schriftliche Bericht der Landesregierung (Drucksache 18/1104) „Bedeutung des Kreuzfahrt- und Fährtourismus für Schleswig-Holstein“ vorgelegt.		
110	18/902	21.06.2013	Erklärung des Reformationstages 2017 zum einmaligen gesetzlichen Feiertag	Laut Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz wird der Reformationsstag 2017 einmalig in allen Ländern zum Feiertag erklärt.		
111	18/510 18/892	21.06.2013	Aktionsplan Politische Jugendbildung	Erstellung LT-Bericht DS 18/1214 vom 05.11.2013; ergänzend LT-Bericht DS 18/4722 vom 04.10.2016	Siehe Anmerkungen Fortführung der Umsetzungsschritte im Bereich der außerschulischen politischen Bildung und in Kindertages-Einrichtungen im Rahmen der Demokratiekampagne SH wie im LT-Bericht DS 18/4722 dargestellt.	Es handelt sich um einen Bericht u.a. zum Umsetzungsstand der außerschulischen politischen Bildung und in Kindertageseinrichtungen zum damaligen Zeitpunkt. Alle im Antrag hierzu aufgeführten Punkte wurden behandelt. Die Maßnahmen wurden weitergeführt.
112	18/907	21.06.2013	Ausschreibung des Netz West (Hamburg – Westerland/Sylt)	Bei der Ausschreibung des „Netz West“ (Hamburg-Altona-Westerland/Sylt) wurde der Bahnhaltelpunkt Glückstadt als optionaler Haltepunkt berücksichtigt.		Die Landesregierung hatte im Dezember 2014 über den eigentlich geplanten Fahrplan hinaus für eine Testphase von zwei Jahren vier zusätzliche Verbindungen zwischen Hamburg und Glückstadt bestellt. Diese Kosten pro Jahr rund 1 Mio. €.

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
113	18/654	21.06.2013	Entschießung der Landesregierung, HSH Nordbank AG- Erhöhung des Garantievolumens,	Umsetzung erfolgt (Erhöhung in 2013 und durch formelle Entscheidung der EU- Kommission am 02.05.2016 genehmigt)		
114	18/726	21.06.2013	Fraktionsübergrei- fender Antrag: kein Wertpa- vierankauf durch den hsh finanz- fonds	Umsetzung erfolgt (keine Handlung notwendig)		
115	18/806 und 18/906	21.06.2013	Antrag der FDP- Fraktion: Vorbild sein – Steueroa- sen bekämpfen	Entsprechend der Beschluss- empfehlung des Finanzaus- schusses Drs. 18/906 hat die Landesregierung darauf hin- gewirkt, dass die HSH Nord- bank ihre Offshore- Beteiligungen weiter konse- quent reduziert		
116	18/924 und 18/939 (neu)	21.06.2013	Ehegattensplitting auf für eingetra- ne Lebenspartner- schaften	Gesetzesinitiative der Länder HB, HH, NW und SH (BR-Drs. 137/13)	Gesetz zur Änderung des EStG in Umsetzung der Ent- scheidung des BVerfG vom 07. Mai 2013 vom 15. Juli 2013, BGBl. I S. 2397 Inkrafttreten 19. Juli 2013	Drs. nimmt Bezug auf Drs. 18/2803.
117	18/666	21.06.2013	Kleine Grund- schulstandorte in ihrer Existenz si- chern	Auslotung der EU- Förderprogramme gemeinsam mit MELUR; zu flexiblen Lö- sungen im Einzelfall vgl. Drs. 18/2803. Die Prüfung schulrechtlicher	Lfd. Prüfung der EU- Förderprogramme, s. auch Drs. 18/2803	Drs. nimmt Bezug auf Drs. 18/2803.

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
118	18/903	21.06.2013	Bürokratieaufwand halbieren	Vorgaben ergab keine Änderungsnötwendigkeit. LT-Bericht (LT-Drs. 1103) im September 2013	Umsetzungsschritte erfolgen im Rahmen der E-Governmentstrategie und der Digitalen Agenda.	s. auch Drs. 18/4151
119	18/1059	13.08.2013	Unser Modernisierungsprogramm: Fortschritt für SH	Verschiedene Sondervermögen sind eingerichtet bzw. aufgestockt worden, um die Infrastruktur des Landes zu verbessern (2013 – 2016).	Die bestehenden Sondervermögen sind mit Maßnahmen belegt und werden in den kommenden Jahren planmäßig zu Ende geführt und abgewickelt.	
120	18/1068	21.08.2013	Kinder und Familien stärken – Politische Priorität für Schleswig-Holstein	Mit dem Beschluss wurden abstrakte Zielsetzungen formuliert, die für die Aktivitäten der Landesregierung in dieser Legislaturperiode handlungsleitend waren. Zum Ausbau und der qualitativen Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung wurde der Landtag fortlaufend umfassend informiert, u.a. in der Antwort auf die Große Anfrage „Kindertagesstätten und Tagespflege“ (Drs. 18//3504). Ebenso wurde der Ausbau des präventiven Kinderschutzes und der frühen Hilfen im Zentralen Landeskinderschutzbericht (Drs. 18/711 und 18/3910) detailliert dargestellt. Umsetzungsstand und weitere Planungen ergeben sich weiterhin aus dem Kinder- und Jugendaktionsplan der Landesregie-		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
121	18/1069	21.08.2013	Feste Fehmarn- beltquerung muss soziale und ökolo- gische Belange berücksichtigen	rung (Drs. 18/3045)  Mai 2014: Abschluss Raum- ordnungsverfahren, dessen Ergebnis (raumverträglichste Trasse) Bund und DB AG an- erkannt haben. Oktober 2014 dazu Letter of Intent zwischen Land und DB Netz AG, Auf- nahme der „Raumordnungs- trasse“ in den BVWP, bzw. den Entwurf des BSchWAG (Kate- gorie „vordringlicher Bedarf“) im Sommer 2016.	DB Netz AG plant in enger Abstimmung mit den Kommu- nen und dem Land auf Basis des Raumordnungsverfahrens die Details der Schienenhinter- landanbindung	
122	18/1029	21.08.2013	Jütlandroute zu- kunftsicher ent- wickeln	Mehrheitliche Annahme des Antrages im Plenum am 21.8.2013  Zu Punkt 1(kombinierte Kanal- querung Straße/Schiene) /2 (zukunftssichere Gestaltung des Verkehrsknotens Rends- burg)  Schreiben VII M vom 4.10.2013 an BM Ramsauer mit Vorschlag für eine ver- kehrsirtschaftliche Untersu- chung(VU) im Raum Rends- burg mit kombiniertem Tunnel Straße/Schiene. Am 22.10.2013 hat Land formalen Antrag auf VU gestellt. Mit Schreiben vom 7.11.2013 hat der Bund ein kombiniertes Bauwerk abgelehnt und auch keine Notwendigkeit für das	Planung des Ersatzbauwerkes Rader Hochbrücke durch die DEGES (beauftragt Anfang 2015)  Ziel: Beginn der Bautätigkeiten in 2023	Keine Aufnahme des Ersatz- bauwerkes in den BVWP, da kein Engpass im Verkehrsnetz Es wird kein Ausbaubedarf für die A7 zwischen dem AD Bor- desholm und der Landesgren- ze D/DK gesehen

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Ersatzbauwerk Rader Hochbrücke gesehen. Mit Schreiben vom 28.5.2014 hat Bund die VU abgelehnt. Allerdings hat er der Aufnahme der Planungen für ein Ersatzbauwerk zugestimmt. In 2014 wurde eine Machbarkeitsstudie „Tunnel Nord-Ostsee-Kanal (Straße/Bahn)“ durch die Ingenieurgesellschaft Böger+Jäckle im Auftrag des LBV-SH erstellt.		
123	18/949	21.08.2013	Finanzierung der westlichen Elbquerung optimieren	Rede vom VII M in der 14. Tagung des LT vom 25. bis 27. September 2013. Beauftragung der IB-SH mit einem Gutachten über die Entwicklung eines Konzeptes zur Realisierung der WEQ durch eine staatliche Projektgesellschaft; Gutachten liegt seit 30.10.2013 vor. Gutachten wurde dem BMVI übersendet.	Aussage des BMVI steht weiterhin aus.	
124	18/1084	22.08.2013	Nachhaltige Fischerei entwickeln	Aufgrund der Ergebnisse des intensiven Beteiligungsvorfahrens und der Gespräche wurden gegenüber der Entwurfsfassung der KüFO noch umfangreiche Änderungen vorgenommen. Die geänderte KüFO wurde am 4.12.2013 durch Minister Dr. Habeck unterzeichnet. In der Ostsee wurde	laufende Begleitung der fV durch das MELUR zum Verbot der Stellnetzfischerei im Walschutzgebiet des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattmeer in der Nordsee; siehe Nr. 062	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				auf rechtliche Regelungen zur Verbesserung des Schutzes von Schweißwälchen und Seevögeln verzichtet und stattdessen noch im Dezember 2013 eine freiwillige Vereinbarung (fV) mit der Fischerei abgeschlossen. Die fV wurde im Nov. 2015 frühzeitig bis Ende 2019 verlängert.		
125	18/1070	22.08.2013	Faire Verteilung von Lasten für unser Gemeinwohl	Gesetzesantrag des Landes Brandenburg zur Erhöhung des Spitzstenuersatzes vom 12. März 2013 (BR-Drs. 192/13); wurde in der 908. Sitzung des BR am 22. März 2013 zu TOP 24 an die Ausschüsse überwiesen; ein Be schluss liegt nicht vor. Zur Erhöhung des Aufkommens aus der Erbschaftsteuer siehe Ifd. Nr. 008	Wiederaufnahme der Beratungen.	Wiedereinführung der Vermögensteuer wurde seitens der A-Länder zunächst nicht weiterverfolgt, da angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag seit der Bundesratswahl 2013 eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögensteuer keine Aussicht auf Erfolg hätte.  Der Steuersatz bei der Grund-

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				erwerbsteuer in Schleswig-Holstein wurde mit Wirkung zum 01.01.2014 durch Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2014 vom 13. Dezember 2013 (GVObI, S. 494) auf 6,5 % erhöht.		
126	18/1073	23.08.2013	Angebot vegetarischer Gerichte in öffentlichen Kantinen	Ansonsten fand der Beschluss bei der Aufstellung der Haushalte Berücksichtigung.	Wird bei der Aufstellung von Haushalten weiter berücksichtigt.	
127	18/318 (neu)	23.08.2013	Rechtliche Rahmenbedingungen für Assistenzhunde schaffen		Siehe Stellungnahme der Ministerin vom 24.04.2013 (Umdruck 18/1131)  Schreiben an Bundesgesundheitsminister Gröhe am	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				07.07.2015, aus der Antwort geht hervor, dass der Bund derzeit nicht plant, weitere Assistenzhunde (neben dem Blindenhund) in das Hilfsmittelverzeichnis der Krankenkassen aufzunehmen.		
128	18/824 bzw. 18/1039	23.08.2013	Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen veröffentlichten öffentlichen Unternehmen veröffentlich	Die Veröffentlichung erfolgt auf der Online-Plattform des FM seit dem 29.07.2016. Näheres ergibt sich aus der Pressemitteilung des FM gleichen Datums. Die Veröffentlichung erfolgt sukzessive nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Unternehmen.		
129	18/744	23.08.2013	Finanzielle Handlungsspielräume sichern: Altschuldenentilgungsfonds für Land und Kommunen	Die Vertreter der Landesregierung haben den Themenkomplex Lösung der Altschuldenproblematik in den Verhandlungsprozess zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs eingebbracht. Im Rahmen der Gespräche geschah dies entlang der vom Landtag skizzierten Eckpunkte. Eine Mehrheit für eine nachhaltige Lösung der Altschuldenproblematik zeichnet sich bisher nicht ab.	Die Landesregierung wird sich auch weiterhin für eine Lösung der Altschuldenproblematik einsetzen.	
130	18/1088	23.8.2013	Kein Eingriff in die Pensionen	Gesetzliche Eingriffe in die Pensionen fanden nicht statt; insbesondere wurden die Beoldungserhöhungen auf die Versorgungsempfängerinnen		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen	
131	18/959	23.08.2013	Chancen für mehr Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen	Entwicklung von Kriterien zur Bewertung der Qualität der eingereichten Aufgaben und zur Sicherung der Vergleichbarkeit der Korrektur sowie der Bewertung von Abiturprüfungsaufgaben.	Weiterentwicklung von Kriterien zur Bewertung der Qualität der eingereichten Aufgaben und zur Sicherung der Vergleichbarkeit der Korrektur sowie der Bewertung von Abiturprüfungsaufgaben.	Über die in den Bildungsstandards enthaltenen Vorgaben für die Abiturprüfung hinausreichende Regelungen zur Arbeitszeit und Bewertungskriterien werden voraussichtlich im Dezember 2016 von der 356. KMK beschlossen und spätestens in der Abiturprüfung 2021 gelten (letzter Beschluss: 404. Sitzung des Schulausschusses am 22./23.09.2016).	Fortsetzung des Austausches über den gemeinsamen Aufgabenserver für die anderen Bildungsabschlüsse.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			vereinbart und eingerichtet, auf dem die Länder ihre zentralen Abschlussarbeiten nach den Prüfungen zur gegenseitigen Verwendung zur Verfügung stellen.	Die regelmäßige Überprüfung der Bildungsstandards durch das IQB ist Beschlusslage der KMK. Sie erfolgt parallel zu den Erhebungen für PISA alle drei Jahre.	Aktuell ist die Berichtslegung zum Ländervergleich 2015 (sprachliche Fächer) Ende Oktober 2016 vorgesehen. Das IQB unterstützt die Länderaktivitäten zur Unterrichtsentwicklung durch die jährliche Bereitstellung von Testmaterialien für Lernstandserhebungen und didaktischen Materialien (VERA 3, 6, 8).	Die von der KMK beschlossenen „Regelungen und Verfahren zur Erhöhung der Mobilität und Qualität von Lehrkräften“ („Mobilitätsbeschluss“) der KMK vom 07.03.2013 i.d.F. vom 10.10.2013) werden umgesetzt: Soweit die Lehrkräfte mindestens ein Unterrichtsfach/eine Fachrichtung nachweisen können, das/die zu den Lehrplänen der jeweiligen Lehrämter passt, werden sie uneingeschränkt zum Online Bewerbungsverfahren zugelassen. Darauf hinaus werden die unter den Bundesländern vereinbarten Regularien ein-

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
132	18/1126	25.09.2013	Berichtsantrag – Herausforderungen der Sparkassen	gehalten. Erbetener Bericht wurde in der 15. Tagung gegeben (Drs. 18/1215).		
133	18/1142 (neu)	25.09.2013	Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein	Programm zur „Dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden“ (Inkrafttreten Richtlinie am 01.04.2015), Fördervolumen insgesamt 7,2 Mio. €. Bislang 257 Maßnahmen mit Fördervolumen von rd. 6,7 Mio. € für rd. 3.700 Wohnungen/ bis zu 7.300 Asylsuchende gefördert.  Das Land unterstützt ange-sichts des Anstieges der Asyl-bewerberzahlen in Revision der Vereinbarungen des Flüchtlingspaktes weiterhin anerkannte Gemeinschaftsun-terkünfte der Kreise und kreis-freien Städte für Asylsuchende (AGU). Nach Erlass v. 25.02.2004 i. d. Fassung v. 24.02.2014 erstattet das Land den Kreisen und kreisfreien Städten 70 % der notwendigen Kosten für die Herrichtung, Einrichtung und des Betriebes einschließlich der Personalkos-ten für Sozialarbeiter und Hausmeister. Derzeit 12 AGU mit 709 Unter-bringungsplätzen.	s. Drs. 18/3003	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>Die frühere Betreuungskostenpauschale wurde zum 01.07.2015 zur Integrationspauschale weiterentwickelt und ab 01.01.2016 zur Integrations- und Aufnahmepauschale erweitert (zunächst 1.000 €, seit 01.03.2016 2.000 €).</p> <p>Des Weiteren hat die Landesregierung dem Landtag wie aufgefordert Bericht erstattet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>26.08.2014 (Drs. 18/2190)</li> <li>03.03.2015 (Drs. 18/2776)</li> </ul> <p>Seit dem Flüchtlingspakt vom Mai 2015 erstattet die Landesregierung dem Landtag halbjährlich schriftlich Bericht über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>08.09.2015 (Drs. 18/3340)</li> <li>26.02.2016 (Drs. 18/3906)</li> <li>08.09.2016 (Drs. 18/4319)</li> </ul>		<p><b>Verbesserung Arbeitsmarkt-zugang:</b>  <u>Zum Arbeitsverbot:</u>            Arbeitsmarktverbote werden in SH nicht als „Sanktionsmittel“ angewendet. Die „Ist-Regelungen“ der Bundesnormen (jetzt: § 60a Abs. 6 AufenthG für Geduldete und § 61 Abs. 2 S. 4 AsylG für Asylbewerber) enthalten zwingende Versagungsgründe, bei deren Vorliegen eine Ermessensaus-</p>
134	18/1162	25.09.2013	Asylrecht weiterentwickeln – Teilhabe und Chancen verbessern – Ressentiments bekämpfen	<p>Asylrecht weiterentwickeln – Teilhabe und Chancen verbessern – Ressentiments bekämpfen</p>	<p><b>Verbesserung Arbeitsmarkt-zugang:</b>            18.04.2013: SH hat im Verfahren zur VO zur Änderung des Ausländerbeschäftigungsgrechts beim BR-In gemeinsam mit NI und RP einen Antrag zur Streichung des Arbeitsverbots für Geduldete (damals § 33 BeschV) eingereicht, der keine Mehrheiten gefunden hat</p> <p>06.11.2014: Verkürzung der</p>	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>Wartefrist für den Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber (von neun Monaten) als auch für Geduldete (von einem Jahr) auf drei Monate mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer</p> <p>22.01.2015: im Verfahren zum Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung unterstützte SH im BR-In den Antrag von RP und NI zur Streichung des Arbeitsverbots für Geduldete (damals § 33 BeschV). Der Antrag fand erneut keine Mehrheiten</p> <p><b>Kein Vorrang von Sachleistungen nach AsylbLG:</b> Am 1. März 2015 trat die novellierte Fassung des AsylbLG in Kraft. Seitdem orientieren sich die Grundleistungen grundsätzlich an den Leistungen nach SGB II und XII und damit auf Basis des für SGB II- und SGB XII-Leistungen maßgeblichen Regelbedarfsermittlungsgesetz RBEG. Mit dem ebenfalls am 1. März</p>		übung der Ausländerbehörde von vornherein ausgeschlossen ist.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>2015 in Kraft getretenen Rechtsstellungsverbesserungsgesetz wurde im Rahmen des zwischen Bundesregierung und den Ländern ausgehandelten Asylkompromisses die weitgehende Aufhebung des Sachleistungsvorrangs in § 3 Abs. 2 AsylbLG vorgenommen. Die grundsätzlich vorrangige Auszahlung von Geldleistungen für den notwendigen und persönlichen Bedarf nach Verlassen der Aufnahmeeinrichtung ist damit eingeführt worden.</p> <p>Die Gesundheitsvorsorgeleistungen auf Basis des AsylbLG werden ab dem 1. Januar 2016 bei allen Leistungsbeziehern nach AsylbLG, die nicht mehr in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnen, über eine entsprechende elektronische Gesundheitskarte abgerechnet.</p> <p>Mit der Neufassung des AsylbLG ab März 2015 ist auch die Frist zur Gewährung von Leistungen nach § 2 AsylbLG, den Analogleistungen, von 48 Monaten auf 15 Monate verkürzt worden. Damit ist die auf vier Jahre angelegte Ungleichbehandlung von</p>		60

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>AsylbLG-Beziehern und Leistungsempfängern nach dem SGB XII aufgehoben worden. Die Leistungen auf Grundlage des § 2 AsylbLG analog zu den Leistungen nach SGB XII sind grundsätzlich als Geldleistung zu erbringen. Grundlage ist § 10 Abs. 3 SGB XII, die für Analogberechtigte anwendbar ist.</p> <p>Zusätzlich zu den Regelbedarfssätzen werden gemäß SGB XII Leistungen für die Wohnung, bei Bedarf Beihilfen für Haurat, bei Schwangerschaft und Geburt sowie das „Bildungspaket“ erbracht.</p> <p>Leistungsberechtigte nach § 2 AsylbLG erhalten von einer Krankenkasse nach Wahl eine vollwertige Gesundheitskarte, über die sie medizinische Leistungen im gleichen Umfang wie gesetzlich Krankenversicherte beanspruchen können.</p>	<p><b>Räumliche Beschränkung des Aufenthaltes:</b></p> <p>Mit dem am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern ist die räumliche Beschränkung des Aufenthaltes von Personen mit</p>	61

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
135	18/1192 18/1148	26.09.2013	Attraktivität der Landespolizei er- halten	Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung, die nicht mehr ver- pflichtet sind, in einer Aufnah- meeinrichtung zu wohnen, ab einem drei Monate andauernden Aufenthalt praktisch auf- gehoben worden. Zur Siche- rung der Abschiebung und nach Begehung von Straftaten kann die räumliche Beschrän- kung wieder angeordnet wer- den.	Dieser Themenkomplex wurde im Wesentlichen in einem Pro- jekt (10/2012-2/2014) bearbei- tet – Facetten: <ul style="list-style-type: none"><li>- Nachwuchsgewinnung</li><li>- Harmonisierung der Schü- lerpraktika bei Polizei</li><li>- Zwei Einstellungstermine pro Jahr</li><li>- Employerbranding (Internet- auftritt, Werbefilme)</li><li>- Online-Bewerbung</li><li>- Senkung der Einstellungs- voraussetzungen</li><li>- Veränderte/erleichterte Einstellungsverfahren</li><li>- Umgang mit/Integration von Spezialisten (S/KWSP)</li><li>- Wissenstransfer</li><li>- Verbesserung der Unter- bringung</li><li>- Verkürztes Aufstiegsstudium</li><li>- Entwicklung einer „Arbeitige-</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>- Prüfung der Anerkennung von besonderen gesundheit- lichen Belastungen des Poli- zeidienstes durch<ul style="list-style-type: none"><li>- Verkürzung der Lebens- arbeitszeit für Wechsel- schnicht- und Schwer- punkt dienstleistende (ge- plante Änderung des LBG-SH)</li><li>- Gestaffelte Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Wechselschichtdienstleis- tende (geplante Änderung der AZVO)</li><li>- Pilotierung/Evaluierung weniger belastender Schichtmodelle</li></ul></li><li>- Prüfung eines Teilzeitstu- ums (FHVVD) für Berufsauf- steiger/innen</li></ul>

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				bermarke Polizei SH“		
136	18/1141 18/1187	26.09.2013	Planungen der Landesregierung: Neuordnung der Ersatzschulfinan- zierung	- Hebung des Einstiegsamtes von A7 auf A8 (01.01.2015) - Umkehrung des Einstellungsverhältnisses der Laufbahnguppe 1.2 zur LG 2.1 von 60-40 auf 40-60 (%) - erhöhte Einstellungszahlen (u.a. doppelter Abiturjahrgang 2016) - Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie - Verstärkte Maßnahmen im Gesundheitsmanagement	Mit Drs. 18/1216 wurde zu den Drs. 18/1141 und 18/1187 berichtet. In der November-Tagung 2013 wurde die Drs. 18/1216 zur abschließenden Beratung an den Bildungsausschuss überwiesen und dort in der 32. Sitzung (09.01.2014) abschließend zur Kenntnis genommen. Mit Drs. 18/2358 wurde der 1. Bericht über die Entwicklung der Schülerkostensätze nach Neuordnung der Ersatzschulfanzierung abschließend zur Kenntnis genommen.	Bis Ende 2016: Übersendung des 2. Berichts über die Entwicklung der Schülerkostensätze nach Neuordnung der Ersatzschulfanzierung.
137	18/1143	27.09.2013	EU-Strukturfonds	Schriftlicher Bericht in 15. Tagung des Landtages (Drs. 18/1217)		
138	18/1152	27.09.2013	Bericht zur psy-	Die in diesem Berichtsantrag		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			chosomatischen Versorgung in Schleswig-Holstein	gestellten Fragen wurden mit dem Bericht der Landesregierung zur psychosomatischen Versorgung in Schleswig-Holstein (Drs. 18/1218) beantwortet.		
139	18/1153	27.09.2013	Erlass eines Förderprogramms zur Ansiedlung von Ärztlinnen und Ärzten im ländlichen Raum	Befassung im Gemeinsamen Landesgremium nach §90a SGB V. Bericht des MSGWG vom 15.09.2014 (Umdruck 18/3317) über das Ergebnis der Befassung.		
140	18/1154	27.09.2013	Kinderschutz in Schleswig-Holstein	- Die Empfehlung des Sozialausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages floss ein in die 2013 von allen Bundesländern beschlossene Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung. Derzeit werden die Fragestellungen zur „Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung“ im Rahmen einer Reform des SGB VII auf Bundesebene diskutiert. - Prof. Wabnitz hat in einer Sondersitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 26.08.2013 zentrale Erkenntnisse des 14. Kinder- und Jugendberichts vorge stellt.		Zu SRB Kiel: Nachdem der Kreistag Rends-
141	18/1127	27.09.2013	Planungsstand der S4, der AKN (S21)	Bericht wurde am 29.09.2013 im Landtag vorge stellt und		64

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			Elektrifizierung und der Stadtregionalbahn	beschluss - vgl. Plenarprotokoll 18/38, Seiten 3106 ff.		burg-Eckernförde im Dezember 2014 entschieden hat, sich aus den Verhandlungen über die Planung einer StadtRegionalBahn (SRB) zurückzuziehen, hat die Stadt Kiel in einer PI vom 12.05.2015 verkündet, dieses Vorhaben nicht weiterzuverfolgen..
142	18/1140	27.09.2013	Englischunterricht an Grundschulen	03.12.2013 Vorlage des Berichts: „Englischunterricht an Grundschulen“ (Drs. 18/1341) 13.12.2013 Überweisung an den Bildungsausschuss 09.01.2014 Beratung im Bildungsausschuss: kein weiterer Handlungsbedarf.		Weiterhin kritische Prüfung der befristeten Verträge im Einzelfall.
143	18/926 18/1074	27.09.2013	Verträge von Lehrkräften nicht mit dem Ferienbeginn enden lassen	Bericht der Landesregierung „Konzept zur Reduzierung der befristeten Beschäftigung von Lehrkräften/Verträge nicht mit dem Ferienbeginn enden lassen“ - Drs. 18/1361; Bericht des Bildungsministeriums an den Bildungsausschuss - Umdruck 18/3296.		Auswahl der Naturwaldflächen ist erfolgt; die größeren Naturwaldflächen wurden durch die Änderung des LWalG gesichert. Die Sicherung der übrigen ausgewählten Flächen wird durch Erlass im Jahr 2016 abgeschlossen.
144	18/1271	20.11.2013	Naturwald sichern und Anteil in öffentlichen Wäldern erhöhen	2015-2-25 Bericht von Frau Stein Dr. Schneider im UAA/Finanzausschuss zum TOP „Naturwald“ 2016-5-27 Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein Gesetz zur Änderung des Landnaturschutzgesetzes und		

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
145	18/1284 (neu)	20.11.2013	Waldanteil in Schleswig-Holstein weiter vergrößern	anderer Vorschriften Verankerung im LEP	Neuwaldbildung als kontinuierlicher Prozess	
146	18/1299	20.11.2013	Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes – Festhalten an der Zielvorstellung Wald	Verankerung im LEP	Neuwaldbildung als kontinuierlicher Prozess	
147	18/1329 Ziff. 2	20.11.2013	Berichte zum A20-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts	Die Landesregierung nahm am 6.11.2013 Stellung zu dem Urteil des BVerfG. Zu den Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der Bundesautobahn A 20, Teilstrecke Wittenborn bis Weede berichtete die Landesregierung nach Vorliegen der schriftlichen Begründung des Gerichts im Wirtschaftsausschuss am 26.3.2014.	Keine, da Berichte erledigt.	
148	18/1293	20.11.2013	Weiterbau der A20 mit westlicher Elbquerung	Die laufenden Planfeststellungsverfahren werden weiter vorangetrieben. Zum aktuellen Stand siehe Antwort zu Drucksache 18/111.		
149	18/1146	22.11.2013	Bei der Reform des EU-Saatgutrechts Vielfalt sichern!	Kritischer Beschluss des Bundesrates am 08.11.2013 sowie Ablehnung des Kommissionsvorschages durch das EU-Parlament am	Kommission hat ihren Vorschlag inzwischen zurückgezogen und arbeitet an einem grundlegend neuen Vorschlag	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
150	18/961	22.11.2013	Mehr Klarheit bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln mit tierischen Bestandteilen schaffen!	Die 11. VSMK beschloss mit den Stimmen von SH in ihrer Sitzung vom 08. Mai 2015, sich für die Kennzeichnung von allen Lebensmitteln einzusetzen, bei denen im Laufe des Herstellungs- und Weiterverarbeitungsprozesses keine Bestandteile tierischen Ursprungs verwendet wurden.		
151	18/1296	22.11.2013	Freie Nachnutzung von Werken des Landes Schleswig-Holstein	Eine urheberrechtliche Prüfung ist abgeschlossen, das Ergebnis (=Geplante Änderungen sind derzeit nur mit großen rechtlichen Schwierigkeiten umsetzbar, zu berücksichtigen sind insbesondere beamtenrechtliche und tarifrechte Fragestellungen) wurde seitens II St mit dem MdL Torge Schmidt und dem CdS erörtert.		
152	18/1308	22.11.2013	Aktionsplan für Menschen mit Behinderung erarbeiten - Umsetzung der UN-Konvention voranbringen	Der Entwurf des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK wurde im 1. Quartal 2016 vorgelegt. Danach begann der öffentliche Beteiligungsprozess. Neben schriftlichen Stellungnahmen hatten alle Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Vereine und Institutionen auch die Möglichkeit, sich persönlich an dem Diskussionsprozess zum Aktionsplan in 6 Dialogforen in Husum, Kiel, Rends-	Auswertung der schriftlichen Stellungnahmen und der Ergebnisse der Dialog-Foren. Prüfung der Ergebnisse auf Übernahme in den Landesak- tionsplan. Überarbeitung des Entwurfs des Aktionsplans zu einem Landesaktionsplans zur Um- setzung der UN-BRK	Veröffentlichung des Landes- actionsplans ist für diese Legislaturperiode vorgesehen.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
153	18/216 (neu) 18/1234	22.11.2013	Drogenpolitik braucht Prävention und Innovation	<p>- Prävention ist Schwerpunkt der Drogenpolitik Schleswig-Holsteins (siehe Landtagsbericht über die Maßnahmen zur Suchtkrankenhilfe Drucksache 18/3607 vom 01.12.2015).</p> <p>- Niedrigschwellige Hilfsangebote für Drogenkonsumenten und -konsumentinnen werden bedarfsgerecht in Flensburg, Kiel und Lübeck angeboten.</p> <p>- Es wird ein flächendeckendes, gut strukturiertes und vertnetzes Angebot für Suchtkranke und deren Angehörige vorgehalten. (LT-Bericht, Drs. 18/3607, Seite 31ff.)</p> <p>- Die in der Zuständigkeit des MIB und Justizministerium liegende Strafverfolgung von kriminellen Dealern und organisiertem Drogenhandel wird befürwortet.</p> <p>- Das sehr erfolgreiche Partyprojekt „Odyssee“ soll weiterhin gefördert werden, Der Evaluationsbericht liegt dem Landtag vor.</p> <p>- Eine MSGWG initiierte Abfrage bei den Suchthilfeeinrichtungen in S-H hat ergeben, dass die vorgehaltenen Angebote zur Versorgung des Klien-</p>	<p>Nach wie vor hält das Fachreferat des MSGWG die Prävention für das oberste Ziel einer wirksamen Drogenpolitik und räumt der Information und Stärkung des Problebewusstseins junger Menschen einen hohen Stellungswert ein. Daher werden auch die bestehenden Präventionsangebote kontinuierlich begleitet, ggfs. modifiziert und weiterentwickelt.</p> <p>Auch werden weitere Gespräche mit Experten, der Justiz aber auch der kommunalen Seite geführt, um mögliche Anpassungen in der aktuellen Drogenpolitik einzuleiten.</p> <p>Das MSGWG wird sich weiterhin um die bundeseinheitliche Umsetzung der Richtlinie zur Umsetzung des § 31a Betäubungsmittelgesetz bemühen.</p> <p>- Die Mittelvergabe über das Indikatorenmodell an die Kommunen im Rahmen des „Rahmenstrukturvertrages soziale Hilfen“ wird evaluiert. Hierzu gehört die Überprüfung der sachgerechten Zuweisung der Mittel unter Berücksichtigung der veränderten Bedarfs-</p>	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
154	18/1043	22.11.2013	Psychiatriepla- nung in Schleswig- Holstein	tels ausreichen, so dass aktuell kein Bedarf an Drogenkonsumräumen gesehen wird.	Aug/Sep 2013: Bildung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung verschiedener Organisationen, Institutionen und Verbände (AG Psychiatriebericht). Erarbeitung eines Zwischenberichts über geplante Schritte zur Weiterentwicklung und Umsetzung (Drs. 18/1518). - Feb/Mrz 2014: Befassung des Landtags und Kenntnisnahme. Vorbereitung der Bestandsaufnahme und Ausschreibung. Dez 2014: Auftragsvergabe. Ab Jan 2015: Datenerhebung und Aufbereitung der Ergebnisse durch Auftragnehmer. Frühjahr/Sommer 2016: Berichtserstellung (Darstellung der Versorgungssituation von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen sowie Herausarbeitung von Feldern mit besonderem Handlungsbedarf). Sep 2016: Versand des Berichtsentwurfes an die Mitglieder der AG Psychiatrie-bericht, Sitzung der AG Psychiatriebericht mit Erörterung des Berichts und Durchführung von zwei Workshops.	lagen in ländlichen Regionen. (Abschluss Mitte 2017)

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
155	18/1328	22.11.2013	Mittelstandspolitik durch qualitatives Wachstum und gute Rahmenbedingungen	Die Umsetzung ist ein laufender Prozess im Rahmen der Wirtschafts- und Mittelstands-politik des Landes. Bericht zur Evaluierung des Tariftreue und Vergabegesetzes wird dem Landtag im November vorgelegt.		
156	18/746	22.11.2013	Die Entsendung von Arbeitnehme-rinnen und Arbeit-nehmern wirksa-mer kontrollieren – Lohndumping bekämpfen	Unterstützung der Einführung eines flächendeckenden ge-setzlichen Mindestlohns im Bundesrat: Gesetzentwurf des Bundesrats über die Festsetzung des Mindestlohns (Bundesrats-Drs. 136/16 (Beschluss) vom 01.03.13) – Mit antragstellung SH)	Tarifautonomiestärkungsgesetz – Art. 1 Mindestlohnge-setz – MiLoG (BR-Drs. 147/14 (Beschluss) vom 23.05.14; Drs. 288/14 (Beschluss) vom 11.07.14).	Keine. Alle Gremien tagen regelmä-ßig.
157	18/1292	22.11.2013	Regionale Kompe-tenz erhalten und nutzen!	Die bisherigen Beteiligungs- und Beratungsstrukturen wur-den für die EFRE-Förderperiode 2014-2020 teil-weise verändert. Die Beglei-tung des Operationellen Pro-gramms für den EFRE wird weiterhin durch einen Begleitausschuss wahrgenommen. Aus dem Kreis der Mitglieder des Begleitausschusses wurde		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>für die Begleitung der Erstellung sowie der Umsetzung des Programms bereits 2012 eine Lenkungsgruppe geschaffen. Die Regionalbeiräte des Zukunftsprogramms Wirtschaft der Förderperiode 2007-2013 und deren Geschäftsstellen wurden abgelöst durch ein Landesweites Empfehlungsgremium für das Operationelle Programm EFRE. Die erste Sitzung des Landesweiten Empfehlungsgremiums fand am 11.02.2015 statt. In den genannten Gremien ist die regionale Ebene vertreten; die regionale Kompetenz wird dadurch auch weiterhin einbezogen.</p>		
158	18/1246	22.11.2013	Inklusion an Schulen	<p>Dem Landtag wurde mit dem Bericht "Inklusion an Schulen" (Drs. 18/2065) im August ein Inklusionskonzept vorgelegt. Dieses wurde in der August-Tagung 2014 beraten.</p> <p>Im Januar 2016 wurde ein „Arbeitspapier“ vorgelegt, das dem Bildungsausschuss zur Kenntnis gegeben wurde und das den bis dahin erreichten Stand beschreibt und die geplanten nächsten Schritte benennt.</p>	<p>An der Umsetzung des Inklusionskonzepts wird kontinuierlich gearbeitet. Der Prozess wird von einem intensiven Dialog mit den Beteiligten begleitet.</p>	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
159	18/1280	22.11.2013	Gesundheitliche Belastungen von Schülern und Lehrern in Schleswig-Holstein	Drs. 18/1517 wurde in der Februar-Tagung 2014 beraten. 2015 Einrichtung einer Arbeitsgruppe BGM im MSB zur Planung und Umsetzung weiterer Maßnahmen.		
160	18/1355 (neu)	11.12.2013	Bemerkung des LRH	Zu Ziff. 24 der Drucksache 18/1355 (neu)  Betr.: Wirtschaftliche Aus- und Fortbildung Chance vertan (Umbau des Bildungszentrums der Steuerverwaltung (BIZ))	Die Sanierung der Altbauzimer wird im Dez. 2016, die Sanierung des Bettenhauses im April 2017 abgeschlossen sein.  Der dritte Bauabschnitt (u.a. Neubau von 13 Zimmern, Renovierung der Küche, Aufzug) ist eingeplant für 2019 – 2021.  Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten erfolgt der Bericht an den Fz.	
161	18/1355 (neu)	11.12.2013	Bemerkungen des LRH	Zu Ziff. 1 der Drs. 18/1355 (neu) erfolgte eine Veröffentlichung im Amtsblatt SH	Keine ausstehend	Zusätzlich ist beabsichtigt, Ende 2016 dem Fz einen Zwischenstand zu geben.  Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2011
162	18/1355 (neu)	11.12.2013	Bemerkungen des LRH	Zu Ziff. 2 der Drs. 18/1355 (neu) erfolgte entspr. Aufforderung an Ressorts		Die Umsetzung der Voten liegt in der Verantwortung der betroffenen Ressorts.
163	18/1355 (neu)	11.12.2013	Bemerkungen des LRH	Zu Ziff. 6 der Drs. 18/1355 (neu) erfolgt ein jährlicher Bericht des FM jeweils im ersten Quartal	Keine ausstehend	Betr. Teilnahme des UKSH an dem Betriebsmittelverfahren
164	18/1355 (neu)	11.12.2013	Bemerkungen 2013des LRH	Zu Ziff. 13 der Drs. 18/1355 (neu) ist das Votum erledigt.	Keine ausstehend	Betr. „IT-Projekte im Bildungsministerium – gegen alle

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Das MSB hat die Forderung erfüllt, keine Mittel in die Weiterentwicklung des IT-Bewerbungsverfahrens "Personal-Bewerbungsverfahren Online" (pbOn) zu investieren und die ihm möglichen Vorbereitungen für eine Migration in ein Ko-Pers-Bewerbungsmanagement getroffen.		Regeln
165	18/1355 (neu)	11.12.2013	Bemerkungen 2013des LRH	Zu Ziff. 17 der Drs. 18/1355 (neu) lag der Schwerpunkt der Prüfung eindeutig im Bereich der Schulträger und einzelnen Schulen. Nicht Gegenstand der Prüfung war die Forderung von Mensabauten durch das Bildungsministerium in den vergangenen Jahren. Vor diesem Hintergrund wurde dem LRH seinerzeit mitgeteilt, dass keine förmliche Stellungnahme abgegeben wird. Zugleich wurde gegenüber dem LRH ausgeführt, dass die vom LRH entwickelten baulichen Kennzahlen zu Kosten für Grundfläche, Bruttorauminhalt und je Sitzplatz als plausibel und hilfreich für die Schulträger angesehen werden.	Keine ausstehend	Betr. „Mensen an Gymnasien: Noch kein Erfolgskonzept“
166	18/1355	11.12.2013	Bemerkungen 2013 des LRH		Nr. 16 der Voten erledigt durch Umdruck 18/6497 (27.07.2016)	Beratung im Finanzausschuss vorauss. am 24.11.2016
167	18/1412	12.12.2013	12. Trilaterale Regierungs- konferenz zum Schutz des		Die 12. Trilaterale Regierungs- konferenz zum Schutz des	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
			zum Schutz des Wattenmeeres	Wattenmeeres hat Anfang Februar 2014 in Tønder / DK stattgefunden. Anliegen Schleswig-Holsteins einschließlich der Hinweise aus der regionalen Abstimmung mit den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen konnten erfolgreich in der Ministererklärung verankert werden. Minister Dr. Habeck hat dem Landtag in seiner 50. Sitzung am 21.02.2014 von den Ergebnissen der Konferenz berichtet. Alle auf der Konferenz verabschiedeten Dokumente sind unter <a href="http://www.waddensea-secretariat.org/trilateral-governmental-conference-2014">http://www.waddensea-secretariat.org/trilateral-governmental-conference-2014</a> zugänglich.		
168	18/1411	12.12.2013	Verhältnis zwischen Kirche und Staat evaluieren		Die Landesregierung hat abgesehen von ersten Gesprächen mit möglichen Beteiligten im Vorwege im ersten Quartal 2014 keine weiteren Aktivitäten unternommen, um den Landtagsbeschluss "Verhältnis zwischen Kirche und Staat evaluieren" vom 12.12.2013 (Drs. 18/1411) umzusetzen.	
169	18/1409	12.12.2013	Pflege und Pflegerberufe zukunftsweisend gestalten		Im Bereich Altenpflege wurden weitere landesgeförderte schulische Ausbildungsplätze geschaffen. Seit 2015 ist die schulische Altenpflegeausbil-	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				dung kostenfrei.	Zu 3. Es gibt für die zweite Lesung im Bundestag immer noch keinen Termin. Geplant war diese Lesung eigentlich noch vor der Sommerpause.	
170	18/1385	12.12.2013	Absicherung der Geburtshilfesituation in Schleswig-Holstein	Die Landesregierung hat die in der Drucksache geforderten Änderungen bundesgesetzlicher Grundlagen sowohl in einer Bundesratsinitiative wie		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
171	18/1386	13.12.2013	Strategie für mehr heimische Eiweiß- pflanzen entwi- ckeln!	auch bei verschiedenen Ge- setzesvorhaben des Bundes eingebracht. Im Detail darge- stellt im Bericht der Landesre- gierung „Versorgung von Schwangeren und Neugebore- nen in Schleswig- Holstein“ (Drs. 18/3338)	Die Umsetzung wird durch das Greening der EU- Direktzahlungen erleichtert. Ferner hat MELUR das EIP- Projekt „Heimische Eiweiß- pflanzen“ (Fördersumme: ~ 460 Tsd. €, Laufzeit: 2015 – 2018) bewilligt mit dem Schwerpunkt „Konzept wirt- schaftlicher Fütterungseinsatz von Körnerleguminosen bei Rindern, Schweinen und Hüh- nern in Schleswig-Holstein im ökologischen und konventio- nellen Landbau“  Außerdem werden Eiweiß- pflanzen gefördert im Rahmen Agrarumwelt- und Klimamaß- nahme „Vielfältige Kulturen im Ackerbau“ (Förderfläche: ~ 11.000 ha im Antragsverfahren 2016 (3.600 ha im ökologi- schen Landbau, 7.400 ha im konventionellen Landbau mit mind. 10 % Körnerlegumino- sen)	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
172	18/1071	13.12.2013	Energiewendebrei- rat	2016-03-21: 3. Sitzung des Energiewendebreichrates  2015-03-13 2. Sitzung des Energiewendebreichrates	2017-03-13: 4. Sitzung des Energiewendebreichrates	
173	18/1384	13.12.2013	Bericht zur Situati- on kulturelle Bil- dung	2014-03-07 1. Sitzung des Energiewendebreichrates  Mdl. Bericht zur Situation kultu- relle Bildung, 23.01.2014		
174	18/1382	13.12.2013	Umsetzung der Resolutionen des 11. Parlamentsfo- rums Süddliche Ostsee in Schwei- zin und der 22. Ostsee- parlementarierkom- mission in Pärmu	Unterrichtung im Rahmen des Europaberichts 2013-2014 (Drs. 18/1841), 21. Tagung des Landtages		
175	18/1259	13.12.2013	Antrag auf Zu- stimmung des Landtages zu der Vereinbarung der Zuweisungen an die Hochschulen über mehrere Jah- re gem. § 11 Abs. 1 Hochschul- gesetz	Zielvereinbarungen abge- schlossen im Dezember 2013		
176	18/1319	13.12.2013	Einwilligung in die Veräußerung des ehemaligen Lan- deskulturen-	Vertragsrücktritt des Landes wegen Nichterfüllung des Käu- fers.	Die Liegenschaft steht zum Verkauf.	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
177	18/1378	13.12.2013	Bericht der LR zur aktuellen Situation und zur weiteren Entwicklung des Digitalfunks in SH	Bau der letzten Basisstation auf der Insel Sylt im Rahmen der Errichtungsphase / Inbetriebnahme Mai 2014. Die Landespolizei funkt seit Ende 2013 ausschließlich digital.	Bau einer weiteren Basisstation in Lübeck als erste Feinjustierungsmaßnahme/Inbetriebnahme Oktober 2014	Erklärung des Wirkbetriebes / Ende 2016 / 1. Quartal 2017
178	18/1470	21.01.2014	Arbeitnehmerfreiheit: Perspektiven bieten, Chancen ergreifen, Missbrauch verhindern, antieuropäischem Populismus keine Chance lassen	Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes /EU und weiterer Vorschriften (BGBl I Nr. 56 (08.12.2014) / BR-Zustimmung am 28. November 2014 mit Zustimmung Schleswig-Holsteins. Auslaufen der Übergangsmaßnahmen zur Arbeitnehmerfreiheitigkeit von Staatsangehörigen aus Kroatien nach der ersten Phase (1.7.2013-30.6.2015). Volle Arbeitnehmerfreiheitigkeit seit 1.7.2015.		
179	18/1504	22.01.2014	Verlust der Staatsangehörigkeit infolge des Optionszwangs verhindern	Die Einbürgerungsbehörden (EBH) wurden bereits am 30.12.2013 aufgefordert, angesichts der auf Bundesebene vereinbarten Abschaffung des OptVerfahrens aktuelle Verfahren im Rahmen des rechtlich		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
180	18/625	22.01.2014	Detektoren an Schulen untersagen	Zulässigen nicht zu beschleunigen und vorliegende Beibehaltungsanträge nicht negativ zu bescheiden. Mit Erlass vom 14.02.2014 wurden die EBH zudem aufgefordert, die überschaubare Zahl der vom Verlust der dt. Sta konkret bedrohten Personen über 21 Jahre nochmals über die Möglichkeit der Beantragung einer Beibehaltungsgenehmigung zu informieren, soweit ein solcher Antrag noch nicht gestellt wurde, und so den Verlust zu verhindern.	Für den Einsatz von Detektoren fehlt die Rechtsgrundlage. Dementsprechend wurde die Schulleitung aufgefordert, den Einsatz eines entsprechenden Ortungsgerätes zu unterlassen. Thematisierung des Themas gegenüber den Schulleitungen durch die Schulaufsicht - unter anderem auf regionalen Schulerdienstversammlungen; siehe auch Drs. 18/3932.	
181	18/1189	22.01.2014	Rechtsbeschreibung an Grundschulen		Bericht an den Bildungsausschuss (Umdruck 18/2580).	
182	18/1473 18/1508	22.01.2014	Teilzeit-Ausbildung - ein wichtiger Baustein im dualen System	Drs. 18/1473 und 18/1508 wurden in der Januar-Tagung 2014 beraten.	Das MWAVT bietet über das Projekt „Frau und Beruf“ Beratung u.a. zur Teilzeitausbildung an. Die Ausbildungsberater der	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
183	18/1476	23.01.2014	Chancen der Arbeitnehmerfreizügigkeit nutzen	Kein direkter Auftrag an die Landesregierung		Kammein stellen ein geschlechterübergreifendes Be-ratungsangebot sicher.
184	18/1334 (neu)	24.01.2014	Einrichtung eines Landesbergamtes prüfen	2014-03-05 Bericht der Landesregierung zur Prüfung der Einrichtung eines Landesbergamtes Drucksache 18/1629		
185	18/1514	24.01.2014	Netzausbau in Schleswig-Holstein voran-bringen	<b>Ostküstenleitung:</b> Am 14. August 2014 hat die Landesregierung mit den Netzbetreibern Schleswig-Holstein Netz AG und TenneT eine Realisierungsvereinbarung zur Ostküstenleitung abgeschlossen. Es wurde ein Zeitplan sowie ein frühzeitiges Dialogverfahren unter Federführung des MELUR vereinbart. Die betroffenen Kreise haben dies in einem Letter of Intent im November 2014 unterstützt. Das MELUR hat die Realisierungsvereinbarung mit einem umfangreichen Dialogverfahren in der Region zur Korridorfindung von Herbst 2014 bis Juli 2015 umgesetzt. Der Dialog wurde von März 2016 bis Juni 2016 zur Ermittlung von Erdkabel-abschnitten fortgeführt, nach-	<b>Ostküstenleitung:</b> Kontinuierliche Begleitung des Planungsprozesses des Vorhabenträgers Fortschreibung der Realisierungsvereinbarung zur Ostküstenleitung  <b>SüdLink:</b> vgl. zu Nr. 50	
					<b>Westküstenleitung:</b> Fortschreibung der Realisierungsvereinbarung im Abstimmung mit den Kreisen Dithmarschen und Nordfriesland seit Juni 2016 (Zustimmende Kreistagsbefassung Dithmarschen am 15.9.2016; Kreistagsbefassung in Nordfriesland am 7.10.2016)	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				dem die Ostküstenleitung Ende 2015 als Pilotstrecke für Teilverkabelung nach § 3 BBPIG aufgenommen wurde. Die Ergebnisse der Dialogprozesse sind in Ergebnisberichten auf der Website des MELUR dokumentiert ( <a href="http://www.schleswig-holstein.de/ostkuestenleitung">www.schleswig-holstein.de/ostkuestenleitung</a> ). <b>Westküstenleitung:</b> Fachkonferenzen zum Netzausbau in Heide (Dithmarschen) und Husum (Nordfriesland) am 6.7.2016 und 7.7.2016 <b>SüdLink:</b> Regionalkonferenz zur Planung des SüdLink am 4. September 2014	Auf der Grundlage des im Jahr 2014 erstellten Aktionsplanes gegen Homophobie wurden in 2015/2016 landesweit verschiedene Initiativen gefördert.	Die erfolgreiche Vernetzungsarbeit der zahlreichen schleswig-holsteinischen Initiativen wird bei der Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplanes in den kommenden Jahren fortgesetzt.
186	18/1459 (neu)	24.01.2014	Miteinander stärken, Homophobie und Diskriminierung bekämpfen	Im Einzelnen wurden Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit (Veranstaltungsreihe „Westküste denkt Queer, CSD Kiel und Lübeck) unterstützt, Qualifizierungsmaßnahmen zur Flüchtlingshilfe von HAKI und weitere Vernetzungstreffen.		
187	18/1496	24.01.2014	Frei werdende Mittel der Frauen-Helpline für Frauenhäuser verwenden	Die Frauenhelpline wurde zum 01.05.2013 im Zuge der Einführung des Bundehilfetelefons abgeschaltet. Die dadurch freigewordenen Mittel sind im Haushaltsansatz für die Frauenanlagenverbünden und in voller Höhe den		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
188	18/1478	24.01.2014	Gesamtstrategie für mehr Fairness und Sicherheit im Straßenverkehr	Frauenfacheinrichtungen zu-gutegekommen.  Schriftlicher Bericht der Landesregierung „Gesamtstrategie für mehr Fairness und Sicherheit im Straßenverkehr“ (Drucksache 18/1632) vom 03.03.2014 (s. auch Plenarprotokoll 18/51, Seiten 4179 ff.)	Ein Teil der im Bericht vorgeschlagene Maßnahmen wird fortlaufend umgesetzt (z.B. finanzielle Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit, Verkehrsschauen [hier: Prüfung von Anordnungen von Tempolimits von 130 km/h, von Überholverbots für Lkw, von Maßnahmen zur Verhinderung von Falschfahrten], polizeiliche Verkehrsüberwachung).  Andere Maßnahmen sind zur Umsetzung geplant (z.B. Zentralisierung der Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte beim LBV-SH).	In einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsausschuss Schleswig-Holstein und des Verkehrsausschusses der Hamburger Bürgerschaft am 27.11.2015 erfolgte ein Austausch zum Projekt. Aus Sicht von Minister Meyer, Senator Horch und Verkehrscoordinator Fuchs gibt es eine hohe Akzeptanz bei den Betroffenen. Auch aus der Wirtschaft erfolgt eine positive Resonanz auf die
189	18/877	24.01.2014	Notwendigen Ausbau der A7 optimal vorbereiten	Vorstellung des gemeinsamen Verkehrsleit- und Informationskonzeptes der beiden Länder Schleswig-Holstein und Hamburg am 27. August 2014 durch Verkehrskoordinator Gerhard Fuchs im Wirtschaftsausschuss. Folgende Säulen beinhalten vielfältige Maßnahmen, die überwiegend umgesetzt sind, um die Belastungen abzufedern: 1. Sichere und leistungsfähige Verkehrsführung im	Derzeit steht noch die Optimierung der Netzbbeeinflussungsanlage A7/B205/A21/A1 aus. Umsetzung in 2016/2017.  Des Weiteren werden je nach Problemlage Anpassungen vorgenommen, wie z.B. kurzzeitige Aufhebung des Rechtsfahrgebots.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Baustellenbereich 2. Groß- und kleinräumige Verkehrslenkung im Korridor A 7 3. Verkehrsverlagerung auf Alternativen 4. Umfassende und aktuelle Informationsbereitstellung 5. Einsatz des Verkehrskoordinators Herrn Fuchs		getroffenen Maßnahmen.
190	18/1455 (neu)	24.01.2014	Wohnraumversorgung für Flüchtlinge verbessern	Erbetener Bericht wurde in der 18. Tagung gegeben (Drs. 18/1543).		
191	18/885	24.01.2014	Gesetz zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundgesetzes	Gesetz wurde am 27.01.2014 verkündet (GvOBl. Schl.-Holst. S. 8).		Keine. Vorgang abgeschlossen.
192	18/1612	19.02.2014	Gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen schaffen	Mit dem Beschluss wurde die Landesregierung aufgefordert, dass Sie sich bundespoltisch um weitere Mittel für den qualitativen und quantitativen Ausbau der Infrastruktur frühkindlicher Bildung bemüht und sich dafür einsetzt, dass die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern ein stimmiges familienpolitisches Gesamtkonzept entwickelt und umsetzt. Die Beteiligung des Bundes		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				am Ausbau der Infrastruktur der frühkindlichen Bildung wurde und wird auf allen Ebenen kontinuierlich durch diese Landesregierung eingefordert. Über die Finanzierungsbeiträge des Bundes an dem Kitaausbau wird der Landtag regelmäßig informiert. Auch die Forderung nach einem familienpolitischen Gesamtkonzept, das insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien gute Voraussetzungen schafft, wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien thematisiert. Unter anderem hat die JFMK am 21./22. Mai 2015 mit dem Beschluss „Monetäre Leistungen für Familien“ wesentliche Aspekte einer Umstrukturierung der familienpolitischen Leistungen formuliert.		
193	18/1613	20.02.2014	Förderung der Wiederaufforstung sturmgeschädigter Flächen	Der größere Teil der sturmgeschädigten Flächen wird bis Ende 2016 wieder aufgeforstet sein.		Für die restlichen Flächen wird bis Ende 2018 noch eine Förderung erforderlich sein.
194	18/1479	20.02.2014	Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer	Ein Urteil des BVerfG über die grundsätzliche Rechtmäßigkeit der Kernbrennstoffsteuer steht immer noch aus. Eine Initiative für eine Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer erscheint daher		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				derzeit daher nicht zielführend. Die Landesregierung unterstützt eine Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer und hat diese Position auch in verschiedenen Gremien	Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes über die Nichtzulassungsbeschwerde.	
195	18/1616	20.02.2014	Zukunft für Friedrichskoog	Einziehungsverfügung vom 7.7.2014 Bestätigende Urteile des Verwaltungsgerichtes Schleswig vom 19.05.2015 und des Oberverwaltungsgerichtes Schleswig vom 28.04.2016	Abhängig vom Termin einer möglichen Unterzeichnung der transatlantischen Freihandelsabkommen wird sich der Bundestrat damit befassen (falls diese Freihandelsabkommen weiterhin als gemischtes Abkommen gewertet werden)	
196	18/1458	21.02.2014	Umwelt- und Gesundheitsstandards durch Transatlantisches Freihandelsabkommen nicht aufweichen	Befassungen und Beschlüsse auf verschiedenen Fachministerkonferenzen u.a.: - TOP 35 a/b/c der Agrarministerkonferenz 4. April 2014 - TOP 30 a/b/c der Agrarministerkonferenz am 5. September 2014 - Umlaufbeschluss 1/2014 der Verbraucherschutzministerkonferenz - TOP 8 der Umweltministerkonferenz am 09. Mai 2014 - TOP 5 der Umweltministerkonferenz am 16. Juni 2016	Fortführung der Umsetzungsschritte im Bereich der außerschulischen politischen Bildung im Rahmen der Demokratiekampagne SH wie im LT-	Die im Umsetzungskonzept Umdruck 18/2991 aufgeführten Maßnahmen im Bereich der außerschulischen politischen Bildung wurden durchgeführt.
197	18/1281 18/1556	21.02.2014	Demokratie- und Partizipationsoffensive zur politischen Jugendbildung	Einsetzung einer AG unter Federführung MSGWG mit dem MSB, dem LJR SH, der AKJS SH, der LandeszentralspolBildg. SH und dem Landtag.		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Umsetzung des Landtags- auftrages –Umdruck 128/2296 v. 06.02.2014- gem. Umset- zungskonzept Umdruck 18/2991 v. 04.06.2014.	Bericht DS 18/4722 dargestellt.	Die Federführung der AG hat zu Beginn 2016 zum Landes- beauftragten f. politische Bil- dung gewechselt.
198	18/1615	21.02.2014	Verbraucherschutz in Schleswig- Holstein gemein- sam mit der Ver- braucherzentrale SH solide ausge- stalten	05.02.2016: Unterzeichnung einer Zielvereinbarung für zwischen der Verbraucherzent- rale SH und dem MWAVT mit einer erhöhten Basisfinanzie- lung von 870,0 T€ p.a. und 25,0 T€ p.a. für Kleinprojekte. Definition der Kernbereiche der Verbraucherarbeit und verbind- liche Finanzierungszusagen sichern eine unabhängige, niedrigschwellige und qualifi- zierte Verbraucherberatung durch die Verbraucherzentrale SH für 5 Jahre.		
199	18/1542	21.02.2014	Mobilität für Kinder und Jugendliche in SH	Am 8. Oktober 2014 erfolgte die Gründung eines Aufgaben- trägerverbundes (NAH.SH GmbH)		Der Aufgabenträgerverbund soll dafür Sorge tragen, dass Defizite im Bereich der Mobili- tät für Kinder und Jugendliche behoben werden, die Zusam- menarbeit aller Akteure ver- bessert und die verschiedenen Verkehrsträger besser mitei- nander vernetzt werden.
200	18/1544	21.02.2014	Stärkung des bar- rierefreien Touris- mus in SH	Im Zeitraum vom 15.4.2013 bis zum 14.4.2015 wurde in Trä- gerschaft der Tourismusagen- tur Schleswig-Holstein (TA.SH) das Förderprojekt „Barriere- freier Tourismus“ aus dem Zu-		Derzeit wird geprüft, ob Be- standteile des Anfang 2015 abgeschlossenen Projektes im Rahmen der Initiative Ser- viceQualität Deutschland fort- geführt werden können.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				kunftsprogramm Wirtschaft erfolgreich durchgeführt. Die für die neue Förderperiode relevante Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung investiver touristischer Projekte sowie investiver Maßnahmen zur Inwertsetzung des Natur- und Kulturerbes wurde am 26. Oktober 2015 veröffentlicht und definiert ebenfalls als eine Fördervoraussetzung die diskriminierungs- und barrierefreie Nutzung der öffentlichen Einrichtungen.		
201	18/1563	21.02.2014	Berichtsantrag - Schulsozialarbeit	Drs. 18/2061 wurde in der Juni-Tagung 2014 beraten. Das Land Schleswig-Holstein hat wie beschlossen seit dem 01.01.2015 die bisherige – auf die Jahre 2011 bis 2013 befristete – Bundesfinanzierung übernommen und stellt den Kreisen zur Weiterleitung an die Schulträger bzw. den kreisfreien Städten jährlich insgesamt 13,2 Mio. Euro für Maßnahmen der Schulsozialarbeit zur Verfügung (§ 28 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes vom 10.12.2014 (FAG)). Darüber hinaus gewährt das Land auf der Grundlage von § 6 Abs. 6 SchulG jährlich wei-	Derzeit werden die erstmals von den Kreisen und kreisfreien Städten eingereichten Sachberichte und Verwendungsnachweise über die Verwendung der im Jahr 2015 zugewiesenen FAG-Mittel (13,2 Mio. Euro) geprüft.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				tere 4,6 Mio. Euro vorrangig für die Schulsozialarbeit an Grundschulen, so dass ländseitig insgesamt 17,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Die Leitlinien zur Förderung von Schulsozialarbeit an Grundschulen bestehen fort.		
202	18/1566	21.02.2014	Recht auf anonymes Fernsehen - Massenüberwachung von Zuschauern verhindern	Am 25.05.2016 ist die EU-Datenschutzgrundverordnung in Kraft getreten. Mit ihr werden Regelungen zur informellen Selbstbestimmung zum Schutz persönlicher Daten weitestgehend europaweit harmonisiert. Auch nach deutschem Datenschutzrecht gilt bereits, dass die Nutzerinnen und Nutzer im Sinne der Datensouveränität selbst über die Verwendung ihrer Daten entscheiden können. Vor der Einholung einer Zustimmung ist die Nutzerin/ der Nutzer verständlich und umfassend über die mögliche Verwendung der Daten zu informieren. Auch wenn in den unionsweiten Datenschutzregelungen nicht explizit die Rede vom anonymen Fernsehen in Bezug auf Smart-TVs ist, so sind die Vorschriften dennoch auf diesen Bereich anwendbar. Erwä-		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				gungsgründe für die Schaffung der VO waren der Schutz personenbezogener Daten sowohl bei der Datenübermittlung als auch der Datenverarbeitung.		
203	18/1477	21.02.2014	Einheitliche Kennzeichnung bei Scripted Reality Formaten	Des Themas „Scripted Reality“ haben sich die Medienanstalten angenommen. Inzwischen hat die Gremienvorsitzendenkonferenz der Medienanstalten gemeinsam mit dem Verband des privaten Rundfunks und der Telekommunikationsanbieter (VPR) Leitlinien für die Kennzeichnung und deren Wahrnehmbarkeit bei eigenproduzierten Scripted-Reality-Formaten entwickelt, um die Zuschauer auf die Fiktionalität der geschilderten Ereignisse hinzuweisen. Diese Leitlinien, zu finden auf <a href="http://www.diemedienanstalten.de/themen/programm/scripted-reality.html">http://www.diemedienanstalten.de/themen/programm/scripted-reality.html</a> , beschreiben sowohl sprachliche Module als auch gestalterische zur Kennzeichnung von „Scripted Reality“-Sendungen. „Scripted Reality“-Formate privater Sender sollen eine deutliche Kennzeichnung in Schriftform im Abspann enthalten, optional auch zu Beginn der Sendung.		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
204	18/1687	12.03.2014	Demokratische Grundstrukturen bei Verwertungsgesellschaften	Minister Meyer hat die GEMA, das Deutsche Patent- und Markenamt als Aufsichtsbehörde und das BMJ schriftlich aufgefordert, die Interessen der Musikveranstalter, ehrenamtlich Tätiger und Vereine ausreichend bei der Tarifgestaltung zu berücksichtigen und dabei dargelegt, dass die Ausgestaltung der Tarifsysteme nicht dazu führen darf, dass eine wirtschaftliche Betätigung von Musikveranstaltern nicht bzw. kaum noch möglich ist.		
205	18/1710 (neu)	19.03.2014	Kinderpornografie konsequent bekämpfen - Strafbarkeitslücken schließen	Von SH mitgetragen wurde die Stellungnahme des Bundesrats vom 10. Oktober 2014 (TOP 16: Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht", BR-Drs. 422/14[B]), mit der die Bundesregierung aufgefordert wurde, „erkannte Strafbarkeitslücken bei nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen rasch zu schließen.“		Von SH mitgetragen wurde der Beschluss des Bundesrats vom 19. Dezember 2014 (TOP 11: „... Gesetz zur Änderung

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				des Strafgesetzbuches - Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht", zu dem vom Deutschen Bundesrat am 14. November 2014 verabschiedeten Gesetz einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen. Damit wurden die §§ 184 ff. StGB neu gefasst (vgl. BGBl. 2015 I, S. 10).	Siehe im Übrigen zu Drs. 18/851.	Zuständigkeit Bund / Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung(WSV).
206	18/1712	20.03.2014	Der Ausbau und die Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals bleibt oberste Priorität	Besuch Bundesminister Dobrindt und Minister Meyer in Brunsbüttel – Schleusenanlagen am 28. 02.13 ; Schreiben Minister Meyer an Bundesminister Dobrindt vom 26.05.14.	Begleitung des Themas „Ausbau NOK“ durch die Landesregierung.	Gemäß Plenarprotokoll 18/62 wurde der Bericht 18/1808 abschließend zur Kenntnis genommen.
207	18/1650	21.03.2014	Berichtsantrag – Fluthilfen nach der Elbe-Flut und geplante Hochwasserschutzmaßnahmen in Lauenburg	2014-05-06 Bericht der Landesregierung Fluthilfe nach der Elbe-Flut und geplante Hochwasserschutzmaßnahmen in Lauenburg Drucksache 18/1808		
208	18/408	21.03.2014	Blaues Wachstum-Zukunft Meer	Handlungskonzept Ostsee vorgelegt im Rahmen des Ostseebereichs 2016 (Drs. 18/4397), 46. Tagung des Landtages	Das Ministerium für Soziales,	Die AG Diabetes hat auf fol-
209	18/1597	21.03.2014	Landes-			Dem Landtag wird im Novem-

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
			Präventionsinitiative Diabetes Typ 2	Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung (MSGWG) erarbeitet derzeit in enger Zusammenarbeit mit der seit 1990 bestehenden Diabetes-AG eine Landes-Präventionsinitiative Diabetes Typ 2.	gende Projektgruppen gebildet: - Einführung einer Schul-Krankenschwester an „Grund-schulen“ - Wasser statt zuckerhaltige Getränke an Schulen - Etablierung einer Schulung von Angehörigen, die Menschen mit insulinbehandeltem Diabetes und Demenz betreuen - Optimierung der Nachsorge von Frauen mit einem stattgehabten Schwangerschaftsdiabetes	ber 2016 der Ergänzungsbericht zum Stand der Diabetes-Erkrankungen in Schleswig-Holstein sowie zu den präventiven und nach-haltigen Maßnahmen zur Krankheitseindämmung sowie der Zwischenbericht zur Landes-Präventionsinitiative Diabetes mellitus Typ 2 vorgelegt werden.
210	18/1654	21.03.2014	Berichtsantrag – Realisierung der westlichen Elbquerung der A20 durch eine staatliche Infrastrukturgesellschaft	Bericht (18/1809) wurde zu dieser Tagung vorgelegt.		
211	18/1658 und 18/1952	21.03.2014	Berichtsantrag der FDP-Fraktion: HSH Nordbank	Drs. 18/1952 vom 03.06.2014, Plenarsitzung vom 20.06.2014		
212	18/1671	21.03.2014	Barrierefreien Haushalt im offenen Format veröf-	Erledigt	Vorführung für Finanzaus-	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
		fentlichen		schuss – Sitzung des Finanz- ausschusses 14.02.2014 Umdruck 18/2501		
				Die Landesregierung stellt den HH seit Sommer 2014 (HHE 2015) elektronisch im Internet ( <a href="http://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/HH-haushalt_landeshaushalt.html">http://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/HH-haushalt_landeshaushalt.html</a> ) und SHIP bereit. Die Frakto- nen werden über die Einstel- lung in den SHIP jeweils schriftlich informiert.		
213	18/1738	25.03.2014	Landesliegen- schaften: Parken und Laden für Fahrzeuge mit Elektroantrieb	Einrichtung einer IMAG erfolgt	Zuleitung Bericht an den Land- tag für das 4. Quartal 2016 angestrebt	
214	18/1727 (neu)	11.04.2014	Schlachtkapazitä- ten in Schleswig- Holstein	2014-06-06 Bericht der Landesregierung Schlachtkapazitäten in Schleswig-Holstein Drucksache 18/1953		
215	18/1683	11.04.2014	Schutz der Be- rufsbezeichnung "Restaurato- rin/Restaurator"	Seit 2012 befindet sich das MJKE in der Abstimmung mit dem Verband der Restaurato- ren (VDR) in Kiel und der Handwerkskammer Flensburg (HWK). Die letzten intensiven Gespräche fanden in einer Arbeitsgruppe im Januar, am 11. April und zuletzt am 16. Juni 2016 statt. Ziel der Ge-	Weitere Gespräche sind zeit- nah anberaumt.	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				spräche war die Abstimmung offener Diskussionspunkte unter Vorlage konkreter Gesetzesentwürfe.  Am 30. Juni 2016 hat sich der Bildungsausschuss mit der Thematik befasst.	Mit Schreiben vom 29.09.2016 an VDR und HWK sehen auch die Fraktionen SPD, SSW und Grüne keine Möglichkeit, momentan ein Gesetz durch den Landtag zu bringen, das von allen Seiten getragen wird.	
216	18/1560 (neu)	11.04.2014	Umsetzung des Arbeitsprogramms 2014 der Europäischen Kommission in Schleswig-Holstein	Übernahme in die Informationspflichten der Landesregierung gemäß § 9 PIG (vereinbarung zwischen dem Landtag Schleswig-Holstein und der Landesregierung Schleswig-Holstein über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union – Drs. 17/1849 (neu))	- entfällt - ersetzt durch Drs. 18/2502	
217	18/1735	11.04.2014	Eigenbeteiligung der Schülerinnen und Schüler an Lehr- und Lernmitteln an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen			
218	18/1765	11.04.2014	Landesweiter	Mit Umdruck 18/3794 wurde		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			Schulentwick- lungspan	der erbetene Bericht zur Schulentwicklungsplanung dem Bildungsausschuss übermittelt; die bildungspoliti- schen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen erhielten am 03.03.2015 Gelegen- heit, an einer Präsentation des im Bericht beschriebenen zent- ralen IT-Systems teilzuneh- men.		
219	18/1870	14.05.2014	Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes	2016-5-27 Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein Gesetz zur Änderung des Lan- desnaturschutzgesetzes und anderer Vorschriften	GVOBl. Schl.-H., 2016, S. 162 v. 27.05.2016 in Kraft getreten am 24.06.2016	
220	18/1898	14.05.2014	Verkehrsinfra- struktur solide fi- nanzieren	Zum 1. Juli 2015: Ausdehnung der Mautpflicht auf weitere circa 1.100 Kilometer der vierstreif- gen Bundesstraßen. <u>Ab 1. Oktober 2015:</u> – Absenkung der Maut- pflichtgrenze von derzeit 12 Tonnen zulässiges Ge- samtgewicht auf 7,5 t so- wie – Erhöhung der Anzahl der Achsklassen von zwei auf vier und – neue Mautsätze. Für die Jahre 2016, 2017 und 2018 hat der Bund zusätzliche Mittel im Rahmen eines Infra- strukturprogramms für den	Der Bund plant auch über das Jahr 2018 die Bundesmittel auf erhöhtem Niveau bereitzustel- len.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
221	18/1857	14.05.2014	Privatsphäre von Autofahrern schützen, Zwangsausstattung von Fahrzeugen mit elektronischem Ortungssystem eCall stoppen	Keine Zuständigkeit der Landesregierung Beschlussvorschlag: "bittet der Landtag die Bundesregierung dringend, den eCall-Verordnungsentwurf (COM(2013)0316 – C7-0174/2013 – 2013/0165(COD)) im Ministerrat der EU abzulehnen, solange nicht sichergestellt ist, dass Fahrzeugführer das System jederzeit und ohne Nachteile ausschalten können. Der Landtagspräsident wird ersucht, diese Entschließung der Bundesregierung zu übermitteln."	Neu- und Ausbau sowie die Sanierung von Bundesfernstraßen bereitgestellt.	
222	18/1793	14.05.2014	A20 sorgfältig planen	Die Landesregierung hält an ihrem Vorsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ fest. Die zuletzt erfolgten und noch geplanten Umsetzungsschritte können der Antwort zur Drucksache 18/111 entnommen werden.		
223	18/1851 und 18/1900	15.05.2014	Neufassung des Antrages Drs. 18/1851: HSH Nordbank – Schutz des Landesvermögens hat oberste Priorität	Nicht erforderlich, weil Selbstverpflichtung des Landtages		

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
224	18/1869	15.05.2014	Notwendige Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen auf breite Grundlage stellen	Die Vertreter der Landesregierung haben die Anliegen des Landtags in den Verhandlungsprozess zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs eingebracht.		Drs. 18/1549 (Ursprung) Drs. 18/1807 (angenommen)
225	18/1549	15.05.2014	Altschulden des Landes tilgen	s. auch Drs. 18/744. Der strukturelle Haushaltsausgleich wird gem. der aktuellen Finanzplanung im Jahr 2018 erreicht sein.	Sobald die Ergebnisse der Verhandlungen zur Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen feststehen und rechtlich verankert sind, werden die weiteren Umsetzungsschritte zur Etablierung einer Schuldentilgung unter Berücksichtigung des Herausforderungen zur Lösung des Sanierungsstaus sowie der Vorsorge für die Versorgungsausgaben beraten.	
226	18/1818	16.05.2014	Bericht Konzept für Familienzentren	Konzept wurde erstellt. Finanzierung der Familienzentren ist seit Mitte 2014 sichergestellt. Sozialräume sind definiert. 100 Familienzentren sind installiert und werden landeseitig mit 25.000 € je Zentrum unterstützt.	Stärkung der Familienzentren ist geplant, insbesondere zur Integration von Flüchtlingsfamilien. Evaluation der Familienzentren für Anfang 2017 vorgesehen	
227	18/1901 (neu)	16.05.2014	Finanzierung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig stabilisieren			Der Umgang mit dem demografischen Wandel und die Einstellung auf diese Veränderungen zählen zu den wichtigsten Aufgaben, die es zu meistern gilt. Das Gesundheitssystem muss trotz dieses Strukturwandels nachhaltig gesi-

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
					<p>chert und zukunftsfest gemacht werden. Denn die umfassende Absicherung von Krankheitsrisiken ist in seiner Tragweite ein nicht zu unterschätzender gesellschaftlicher Stabilitätsfaktor, der den sozialen Frieden stützt.</p> <p>Der Landesregierung bereitet es zunehmend Sorge, dass die Zusatzbeiträge der Krankenversicherungen die Geringverdiener und die Mittelschicht stärker treffen als die Beiserverdienenden, die von der Beitragsbemessungsgrenze profitieren. Hier möchte die Landesregierung künftig mehr soziale Gerechtigkeit erreichen und sich für eine vollständige paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge durch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und Versicherte einsetzen. Die Landesregierung möchte keinen Hehl daraus machen, dass sie die Bürgerversicherung nach wie vor für das bessere Modell hält.</p> <p>Unabhängig davon setzt sich die Landesregierung dafür ein, die Finanzierung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig zu stabilisieren.</p>	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
228	18/1730	18.06.2014	Auch in Zukunft sicher über den Nord-Ostsee-Kanal	Gesprächskreis „Infrastruktur NOK“ am 01.07.14 bei der GDWS ASt. Nord in Kiel – Teilnahme Staatssekretär Dr. Nägels (Vorrangige Themen: Schienen- / Straßenquerungen).	Begleitung des Themas „Ausbau NOK“ durch die Landesregierung.	Zuständigkeit Bund / Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung(WSV).
229	18/2044	19.06.2014	Verantwortlichkeiten für Minderheiten auf EU-Ebene verbindlich regeln und die Förderung der Europäischen Union Europäischer Volksgruppen unterstützen	- Briefe MP an EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker im Oktober 2014 mit der Bitte um Prüfung, ob neben der Einsetzung eines eigenständigen Kommissars eine Anbindung an ein bestehendes Kommissariat möglich sein und zudem bat MP sich zu stellen, dass erneut eine „Intergruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen“ im EP eingerichtet wird.	- Im EP wurde, wie von MP angeregt, in der laufenden Legislaturperiode eine Intergroup Minderheiten eingerichtet. - Mit dem Bundeshaushalt 2016 wurde die Förderung der FUEN von 100.000 Euro auf 500.000 Euro p.a. erhöht. - Gleichzeitig wird eine Institutionalisierung der Förderung im Geschäftsbereich des AA geprüft.	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				ierlich über den Bundesrat Anträge eingebracht, die Bundesförderung für FUEN zu erhöhen und zu instituti- onalisieren. - MB hat bei BA Koschyk und im AA um Unterstüt- zung der Anliegen der FUEN geworben.		
230	18/1937	20.06.2014	Bericht über die Planung von Su- edLink	2014-06-24 Drucksache 18/2081 Bericht über die Planung von SuedLink Kennthiznahme		
231	18/1980	20.06.2014	Netzneutralität stärken	2014-06-12 Bericht und Beschlussempfeh- lung des Innen- und Rechts- ausschusses Netzneutralität stärken 18/1980		
232	18/1991	20.06.2014	Ehrenamt in Schleswig- Holstein stärken - Ehrenamtskarte attraktiver gestal- ten	durch Drs. 18/2281 erledigt (23.9.2014)		
233	18/1992 (neu)	20.06.2014	Arbeit für alle: In- klusive Arbeits- marktpolitik in Schleswig- Holstein	1. Im „Aktionsbündnis Schleswig- Holstein – Inklusive Jobs“ ar- beiten unter Beteiligung fol- gender Projektpartner: Landesbeauftragter für Men- schen mit Behinderung, Integ- rationsfachdienste, UV-Nord, RD Nord, Agenturen für Arbeit,	Evaluationsergebnisse bilden die Grundlage für Umstee- rungsprozesse bei angedach- ter Projektverlängerung ab März 2017. Das „Aktionsbünd- nis Schleswig-Holstein – Inklu- sive Jobs“ soll dann landesweit mit einheitlichen Standards installiert werden.	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
			Verein zur Förderung der betrieblichen Eingliederung im Handwerk, Jobcenter, Kreis NF, Fachhochschule Kiel-Betriebswissenschaftliche Fakultät, MSGWG	<p>Fachberatungen und Integrationscoaches mit dem Ziel, Unternehmen und Betriebe im Land für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren, Rechtsfragen in diesem Zusammenhang zu erläutern sowie Fördermöglichkeiten und Unterstützungsleistungen aufzuzeigen. Insbesondere werden die Unternehmen in Zeiten des Fachkräftemangel durch Umschichtung von Arbeit und Änderung von Betriebsabläufen über die Schaffung neuer Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung beraten und die Arbeit suchenden Menschen mit Behinderung gezielt für die freien Arbeitsplätze qualifiziert.</p> <p>2. Seit dem 01.01.2016 besteht in S-H das landesweite Projekt „Budget für Arbeit“, das mit Kommunen und Verbänden, am individuellen Teilhabeplan orientiert, entwickelt wurde. Die Erfahrungen der anderen Länder im Hinblick auf eine</p>	<p>Die gezielte Qualifizierung der Menschen mit Behinderung für neu geschaffene Arbeitsplätze im Rahmen der IFD-Leistungen durch speziell eingesetzte Qualifizierungsmodelle soll die Integration in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern.</p> <p>2. Nach Inkrafttreten des Bundes-Teilhabegesetzes wird die Anpassung des „Budget für Arbeit“ an die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu prüfen sein.</p>	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
			größtmögliche Individualität der Teilhabeförderung wurden dabei berücksichtigt. Bislang sind 21 Fälle bewilligt und kein einziger von den Kommunen vorgeschlagener Fall abgelehnt worden.	3. Aus dem Sondervermögen „Ausgleichsabgabe“ sind die 18 Integrationsunternehmen in S-H (Gründung, Modernisierung, Erweiterung) und 7 Modellprojekte für die dauerhafte Integration, und Beratung von ArbeitnehmerInnen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt gefördert worden. Die Ausgaben des Integrationsamtes für Leistungen an Arbeitgeber, Integrationsunternehmen, schwerbehinderte Menschen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben, Aufklärungs- und Schulungsmaßnahmen sowie Forschungs- und Modellvorhaben haben sich von rund 12,1 Mio Euro im Jahr 2014 auf rund 14,6 Mio Euro im Jahr 2015 erhöht. Angaben für 2016 sind noch nicht möglich.	Ausbau der Seminarangebote für Integrationsunternehmen (z.B. erfolgreiche Marktstrategien, Management), neuer Internetauftritt des Integrationsamtes im MSGWG mit verbesserten Serviceleistungen für Arbeitgeber und Beschäftigte mit Behinderungen Öffentlichkeitskampagne für die Integrationsunternehmen	Hinweis auf Drs. 18/4240 „Mehr stationäre Plätze und eine umfassende finanzielle
234	18/1647 i.V.m. 18/1999	20.06.2014	Rahmenkonzept für die Hospizversorgung in Schleswig Holstein“ (18/2481)	Der Bericht „Hospize und palliativmedizinische Versorgung in		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
		Schleswig-Holstein fort-schreiben	wurde dem Landtag am 20.02.2015 vorgelegt. Der Bericht wurde am 26.03.2015 abschließend im Sozialausschuss beraten.			Unterstützung für ehrenamtlich Tätige im Hospiz- und Palliativwesen“
235	18/1968 (neu)	20.06.2014	Berichtsantrag Landesstraßen-Zustandsbericht	Mit Bericht 18/2066 vom 26.06.2014 erledigt.	Das Erhaltungsprogramm 2014 – 2017 (Anlage zum Zustandsbericht 2014) wird schriftweise gemäß den Vorgaben des Zustandsberichtes abgearbeitet. Die gemäß Erhaltungsprogramm in 2014, 2015 und 2016 vorgesehenen Fahrbahnneuerungen werden bzw. werden planmäßig durchgeführt.	Die nächste turnusmäßige Zustands-Erfassung und -Bewertung (ZEB) ist in 2017 durchzuführen und anschließend auszuwerten. Auf Grundlage der Ergebnisse der ZEB ist das Erhaltungsprogramm ab 2018 festzulegen und er Bericht fortzuschreiben.
236	18/2038	20.06.2014	Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA – transparent machen und europäische Standards nicht absenken	In den Bundesratsverfahren zu den Bundesratsdrucksachen 628/14 (17.12.14), 295/14 (3.7.14), 500/15 (15.10.15), 510/15 (28.10.15), 363/16 (1.7.16), 301/16 (2.6.16); 443/16 (9.9.16) hat sich die Landesregierung im Sinne des Landtagsbeschlusses eingesetzt.	Befassung der Landesregierung im Rahmen des Bundesratsverfahrens zur Ermächtigung der Bundesregierung zur Unterzeichnung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und Kanada andererseits	1958 ging die Kompetenz zum Abschluss von Handelsverträgen an die EU über. Ausschließlich dem Bund obliegt die Gesetzgebungskompetenz über die Einheit des Zoll- und Handels-wesens und über Handelsverträge. Schleswig-Holstein ist in die Verhandlungen nicht direkt eingebunden.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
237	18/2000	20.06.2014	Verbraucherschutz und Qualitätsstandards sichern – Freie Berufe stärken	schlusses eingesetzt.		
238	18/1846	20.06.2014	AKN – Elektrifizierung zügig weiterplanen, zeitnah bauen und bis 2018 fertigstellen	Umsetzung ist ein laufender Prozess und erfolgt im Rahmen entsprechender BR-Verfahren.		<u>S 4 Ost:</u> Planung und Planfeststellungsverfahren weiterführen, Realisierung <u>S 21:</u> Planfeststellungsvorfahren abschließen, Realisierung
239	18/2042 18/2048	20.06.2014	Abschiebestopp in die Balkanregion aufgrund der Flutkatastrophe und der Gefahr durch aufgeschwemmte Landminen	Der Antrag wurde im Rahmen der der Sammeldrucksache 18/2013 einstimmig am 20.06.2014 angenommen. S 4 Ost in 2016 teilweise im Entwurf des BVWP, bzw. BSchWAG in der Kategorie „potenzieller Bedarf“ aufgenommen; Planung der Leistungsphasen 3 – 4 durch DB Netz AG in 2014 aufgenommen, regelmäßige Gespräche mit BMVI über Finanzierung S 21. In 2014 AKN mit Planung Leistungsphase 3 und 4 beauftragt, BMVI zur GVFG-Bundesförderung regelmäßig eingebunden.		
240	18/1737 18/2004	20.06.2014	Anerkennungsfonds Schleswig-Holstein	Am 2. Dezember 2014 trat ein befristeter Winterabschiebungstop bis zum 31.03.2015 in Kraft. Betroffen waren davon auch Serbien und Bosnien-Herzegowina	Es ist kein weiterer Abschiebungstop vorgesehen.	Die Entlastung von Antragsteller*innen erfolgt nicht mehr – wie ursprünglich vorgesehen – in Form einer Zuwendung son-

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
241	18/1145	20.06.2014	Ausbildungsförde- rung für Flüchtlin- ge erleichtern	Beteiligung im Rahmen der Bund-Länderverhandlungen zum Bundesintegrationsgesetz	und anschließender Start der Förderung.	dern auf Anregung des Lan- desrechnungshofs und in Ab- stimmung mit dem Finanzmi- nisterium in Form einer nach- träglichen Kostenerstattung.
242	18/1981	20.06.2014	Erstellung eines Raumordnungsbe- richts	Der Raumordnungsbericht 2014 wurde dem Landtag mit Schreiben vom 25.06.2014 übersandt. In der 23. Tagung des LT vom		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
243	18/2099	09.07.2014	Gewässer vor Nährstoffeinträgen besser schützen, Düngeverordnung des Bundes re- formieren!	09. - 11.07.2014 hat die LR berichtet.	Die Verantwortung für die Novellierung des Düngerechts, u.a. der Düngeverordnung, ist auf Bundesebene festgelegt. Die Kommission hat im April 2016 Klage gegen DE wegen unzureichender Umsetzung der Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen eingeleitet. Mithin hat die Landesregierung nur mittelbaren Einfluss auf die Ausgestaltung düngerechtlicher Regelungen. Die Landesregierung hat sich mehrfach sowohl auf politischer Ebene (z.B. auf mehreren Agrar- und Umweltministerkonferenzen) als auch auf Fachebene mit Nachdruck für eine Novellierung des Düngerechts eingesetzt, die die Anforderungen des Gewässerschutzes deutlich stärker gewichten als die bisherigen Entwürfe des Bundes. So hat das Land SH u.a. als Vorsitz der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser am 10.Juli 2015 in einem Schreiben an das BMUB klar die Mindestanfor-	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
244	18/2127	09.07.2014	Parlamentsmitbe- stimmung bei Staatsverträgen sicherstellen	Der Beschluss wird als laufen- des Geschäft im Rahmen der bestehenden PlG-Regelungen umgesetzt.	derungen an eine Novellierung benannt.	
245	18/2122	10.07.2014	Gemeinsam für ein modernes Lehramt	Umgesetzt durch <ul style="list-style-type: none"><li>- die Zielerreichung mit der EUF für 2014-2018 und die dazugehörige ergän- zende Zielerreichung über</li><li>- die Landesverordnung über die Erstattung von Fahrt- kosten für Lehramtsstudie- rende im Praxissemester nach § 1 Absatz 3 des Lehrkräftebildungs- gesetzes an den staatli- chen Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein (Praxissemester- Fahrtkostenentlastungsver- ordnung - PSFVO) vom 03.07.2015</li></ul>	Das Praxissemester an der CAU wird mit der Umstellung der Lehramtsstudiengänge zum Wintersemester 2017/18 eingeführt. Erstmalige Berück- sichtigung des Reisekosten- budgets für Fahrten im Praxis- semester wird im Haushalt 2019 erfolgen.	
246	18/2107	10.07.2014	Lehrereinstel- lingsbedarf und Lehrereinstel- lingsangebote sowie Lehreraus- bildungskapazitä-	Im Sinne des § 7 LehrIBG wur- de am 23.11.2015 der Beirat für Lehrkräftebildung in Schleswig-Holstein konstituiert.	Drs. 18/4841 wurde in der September-Tagung 2014 bera- ten.	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
			ten an den lehrerbildenden Universitäten in Schleswig-Holstein			
247	18/2059	11.07.2014	Bericht über die Inspektion der Kavernen im Kernkraftwerk Brunsbüttel	2014-7-8 18/2117(neu) Bericht angenommen		
248	18/2014	11.07.2014	Tötung von männlichen Eintagsküken stoppen	14-06-12 Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses Tötung von männlichen Eintagsküken stoppen 18/2014		
249	18/1744 18/2144	11.07.2014	Mehr Leichte Sprache nutzen	Der Entwurf des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK benennt verschiedene Handlungsfelder, darunter auch das Handlungsfeld „Barrierefreie Kommunikation und Information“, hierzu gehört auch die Anwendung „Leichter Sprache“	Die Anwendung „Leichter Sprache“ war eines der Themen des Beteiligungsprozesses zum Entwurf des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK. Die Ergebnisse werden derzeit ausgewertet.	Eine Zusammenfassung des Entwurfes des LAP UN-BRK in Leichter Sprache wurde auf der Internetseite des Landes veröffentlicht.
250	18/2128 (neu)	11.07.2014	Geburthilfe in Schleswig-Holstein sichern	Pkt. 1: Die Forderung des Landtages an den Sanakonzern die Geburthilfe in Oldenburg nicht zu schließen, war nicht erfolgreich. Pkt. 2: Siehe hierzu Bericht der Landesregierung „Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Schleswig-Holstein“ (Drs. 18/3338). Pkt. 3: Die Landesregierung		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				hat sich im Verfahren zum Krankenhausstrukturgesetz für die genannten Punkte eingesetzt. Die Regelungen des Gemeinsamen Bundesausschusses zur zukünftigen Ausgestaltung von Sicherstellungszuschlägen in der stationären Versorgung sollen vom GBA bis zum 31.12.2016 vorgelegt werden.		
251	18/1762 Ziff. 2	11.07.2014	Geeignete Methodik zur Ermittlung des Trendsteuerpfades einführen	Erledigt	Die Landesregierung hat die Methodik der Ermittlung des Trendsteuerpfades mit wissenschaftlicher Begleitung überprüft und den finanzpolitischen Sprechern vorgestellt. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2016 wurde das Gesetz zur Ausführung von Artikel 61 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein grundlegend überarbeitet. Bei der Ermittlung der Konjunkturkomponente wird an das Verfahren angeknüpft, das auch im Rahmen der Haushaltsumverwaltung auf europäischer Ebene Anwendung findet. Dieser Wechsel von der Landes- zur Bundesmethode bewirkt einen Gleichlauf der Einschätzungen zur konjunkturrellen Lage von	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Bund und Land und schafft auf diese Weise Konsistenz im haushaltspolitischen Überwachungsregime der Bundesrepublik Deutschland. Grundlage der Haushaltsplanung ist zukünftig die Konjunkturprognose des Bundes, die unter Berücksichtigung der unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstitute erstellt wird.		
252	18/2140	11.07.2014	Norddeutsche Allianz für eine Olympia- und Paralympics-Bewerbung von Hamburg...	Bericht im IR-Ausschuss am 29.10.2014	Beschlussgrundlage obsolet wg. negativem Olympia-Referendum am 29.11.15.	
253	18/2105 (neu)	11.07.2014	Bericht des Innernministers über die Arbeitsergebnisse zum Personalabbau und zur Struktur der Landespolizei	Erbetener Bericht wurde in der 24. Tagung gegeben (Drs. 18/2162).		Die Landespolizei ist vom weiteren Stellenabbau ausgenommen. s. auch Drs. 18/3115
254	18/2126	11.07.2014	Verantwortung wahrnehmen – Syrische Kriegssopfer weiterhin schützen			s. Drs. 18/2141
255	18/1588	11.07.2014	Europäische Solidarität notwendig - Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam bekämpfen		Mündlicher Bericht in der Februar-Tagung 2014.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
256	18/2261	10.09.2014	Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen nicht ohne Beteiligung der Landesparlamente	Die Landesregierung hat sich zu Beginn der Gespräche um eine formelle und aktive Einbindung der Landesparlamente bemüht. Dies konnte nicht durchgesetzt werden, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass keine Kommission eingesetzt wurde.  Landesintern hat die Landesregierung das Parlament und die Vertreter der KLV stets eingebunden und umfassend über Zwischenstände informiert.		
257	18/2174 (neu)	10.09.2014	In SH ist kein Platz für Antisemitismus	Antisemitismus ist eine Facette der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und wird präventiv im Rahmen des Landesprogrammes zur Demokratiestärkung und Rechtsextremismus-bekämpfung (siehe Ziffer 16) und des Bundesprogrammes Demokratie leben! bekämpft. Durch Förderung von Einzelprojekten wird dabei auch die Zivilgesellschaft über das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus eingebunden.  Im Zuge des damals aktuellen Gaza-Konfliktes wurden die Versammlungsbehörden mit Schreiben vom 23.07.2014		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				aufgefordert, bereits bei der Anzeige von Israel kritischen Versammlungen das Zeigen und Mitführen einschlägiger Embleme sowie entsprechende Wortbeiträge und Parolen durch strikte Auflagen zu untersagen. Das VersFG-SH, das zum 01.07.2015 in Kraft trat, sieht in § 13 Möglichkeiten vor, Versammlungen, zu beschränken, zu verbieten oder aufzulösen.		
258	18/2214	11.09.2014	Strategie für die Entwicklung des ökologischen Landbaus in Schleswig-Holstein	2014-11-5 Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses 18/2258 MELUR: Auf Basis der Gesamtstrategie sind seit 2015 im Zuge der LPLR-Aufstellung unter anderem die Ökolandbau-Flächenförderung erhöht, ein Kompetenznetzwerk Ökolandbau eingerichtet, die Umstellungsberatung intensiviert und ein Verbund von Öko-Leitbetrieben etabliert worden. Im Zuge von (ELER-finanzierten) Europäischen Innovationspartnerschaften werden grundlegende Öko-Fragestellungen wissenschaftlich bearbeitet und praktisch umgesetzt. Derzeit werden die		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Möglichkeiten zur Bildung einer Ökolandbau-Fachschulklassen geprüft. Die Novellierung der EU-Ökoverordnung steht nach wie vor noch aus; die Auswirkungen auf SH sind derzeit nicht bewertbar.		
259	18/2270	11.09.2014	Bauliche Sanierung des UKSH	Seit dem 01.11.2014 permanente Begleitung des Projektes durch die eingerichtete Projektgruppe. Die Projektgruppe ist beim FM angesiedelt.		
260	18/2266 18/2215	11.09.2014	Humanitäre Katastrophe im Irak – Flüchtlinge jetzt aufnehmen	In politischen Gesprächen auf Bund-/ Länderebene hat es für eine humanitäre Aufnahmeaktion für Flüchtlinge aus dem Irak bislang keine Anzeichen für eine sich abzeichnenden Mehrheit gegeben. SH wird sich – sobald sich die Möglichkeit einer bestehenden Mehrheit für eine humanitäre Aufnahmeaktion für Flüchtlinge aus dem Irak abzeichnet – aktiv in den Gestaltungs- und Umsetzungsprozess einsetzen.	SH hat sich mit einer Aufnahmeanordnung gem. § 23 Abs. 1 AufenthG vom 23.11.2015 an der Aufnahme von schutzbedürftigen Frauen und Kindern aus dem Nordirak beteiligt. Über ein von Baden-	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
				<p>Württemberg initiierte und durchgeführtes Aufnahmeverfahren aus dem Ausland konnten im Januar 2016 insg. 32 Personen (darunter 11 Kinder) in Schleswig-Holstein aufgenommen werden.</p> <p>Das für den Zeitraum in den Jahren 2012 – 2014 laufende erste 3-Jahres-Programm „Resettlement Deutschland“ wurde ab 2015 in ein dauerhaftes Aufnahmeprogramm mit aktuell 800 Aufnahmestätzen pro Jahr (für 2016 und 2017) überführt.</p>		
261	18/2139	12.09.2014	Evaluierung des Meeresschutzes	<p>2015-2-3 Bericht Minister für Energie-, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Drucksache 18/2687</p> <p>Wesentliche Schritte seit dem Bericht vom Februar 2015 (jeweils gemeinsam vom Bund und den fünf Küstenländern):</p> <p>1.4.-30.09.2015 Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf der Maßnahmenprogramme für Nord- und Ostsee gemäß MSRL Art. 13</p>	<p>Die im Bericht Drucksache 18/2687 genannte Evaluierung des Verwaltungsabkommens Meeresschutz zur Zusammenarbeit von Bund und Küstenländern bei der Umsetzung der MSRL hat auf Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses nach Ablieferung des Maßnahmenprogramms, also ab 04.2016, begonnen und ist noch nicht abgeschlossen. Die Federführung liegt beim BMUB.</p> <p>Die fachlichen Arbeiten zu Monitoring und Bewertung sowie zum Datenmanagement sind fortlaufend.</p>	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				31.03.2016 Berichterstattung an die EU-KOM zu den Maßnahmenprogrammen gemäß MSRL Art. 13  Alle Dokumente auf <a href="http://www.meeresschutz.info">www.meeresschutz.info</a> zugänglich		
262	18/2143	12.09.2014	Jakobskreuzkraut bekämpfen - Honigqualität in Schleswig-Holstein sicherstellen	14-08-27 Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrausschusses 18/2143	Der im Beschluss enthaltenen Bitte, dem Umwelt- und Agrarausschuss über verschiedene Punkte im Zusammenhang mit dem Jakobskreuzkraut zu berichten, ist die Landesregierung nachgekommen. Dieses ist z. B. im Rahmen der Beantwortung von Kleinen Anfragen und bei Befassungen im Ausschuss erfolgt, so zuletzt bei der Sitzung am 14.9.2016.	
263	18/2206	12.09.2014	Zustimmung zur Benennung eines schleswig-holsteinischen Stellvertretenden Mitglieds der Landesregierung im Ausschuss der Regionen (AdR)	Umgesetzt im Rahmen des Benennungsverfahrens für die 6. Mandatsperiode des (AdR)  Ausschuss der Regionen		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			für die 6. Man- datsperiode			
264	18/2146 (neu)	12.09.2014	Bericht der Lan- desregierung zur Novellierung des Rettungsdienst- gesetzes	Im Plenum am 10.10.2014 wurde der Bericht zur ab- schließenden Beratung in den Innen und Rechtsausschuss verwiesen (Anlage Plenarpro- tokoll Seite 5954). Dort wurde er am 29.10.2014 abschlie- ßend zur Kenntnis genommen (Anlage Ausschussprotokoll Seite 36).	Keine weiteren Schritte, erle- digt.	Der Entwurf Rettungsdienstge- setz wurde in der 45. Tagung des Landtages (21.- 23.09.2016) in erster Lesung ohne Aussprache einstimmig in den Sozial- und den Innen- und Rechtsausschuss über- wiesen.
265	18/2087	12.09.2014	Kooperationsver- bot im Wissen- schaftsbereich aufheben	Änderung Art. 91b GG erfolgt; GWK hat AG auf Staatssekre- tärsebene gegründet zur Aus- gestaltung der neuen Möglich- keiten des Art. 91 b GG		Beschluss über Papier der GWK zur Ausgestaltung des Art. 91 b GG
266	18/2001	12.09.2014	Verbraucherschutz und Qualitätsstan- dards sicher – Meisterbrief stär- ken	Schreiben von Minister Meyer an Mitglieder des Europäi- schen Parlaments aus Schleswig-Holstein im Juli 2014, um Unterstützung für den Erhalt des Meisterbriefes als qualifikationsgebundenen Berufszugang zu bitten. Behandlung und Beschluss- fassung in der Wirtschaftsmi- nisterkonferenz zum Erhalt der dualen Ausbildung und des Meisterbriefes im Dezember 2014 auf Antrag von Schles- wig-Holstein. Gespräch des Wirtschaftsmi- nisters und des Haupige- schaftsführers der Handwerks-		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>kammer Lübeck als Vertreter des Landeshandwerksrates mit Vertretern der EU-Kommission in Brüssel im Juni 2015 über die Bedeutung des deutschen Systems der dualen Ausbildung und des Meisterbriefes als qualifikationsgebundenen Berufs-zugang.</p> <p>Schleswig-Holstein hat sich im Gesetzgebungsverfahren zum Aufstiegsfortbildungs-förderungsgesetz zusammen mit anderen Ländern erfolgreich für deutliche Leistungsverbesserungen beim „Meister-Bafög“ ab 01.08.2016 eingesetzt.</p> <p>Im Bund-Länder-Ausschuss Handwerksrecht wird fortwährend über eine Novellierung der Handwerksordnung diskutiert. Derzeit sind nur einzelne, fachspezifische Änderungen geplant. Eine generelle Novelle wird bis zur Bundestagswahl nicht mehr erfolgen.</p>		
267	18/2195	12.09.2014	Gestaltung des Berichts der Landesregierung zur Unterrichtssituation ab 2015	Drs. 18/2282 wurde in der September-Tagung 2015 beraten.		Ziel wurde erreicht
268	18/2330 (neu)	09.10.2014	Provinzial muss öffentlich bleiben	Konkrete Umsetzungsschritte waren nicht erforderlich. Das Land hat stets öffentlich und	Aktuell stehen keine Umsetzungsschritte an. Bei einer Neustrukturierung der Provin-	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
				gegenüber den Akteuren auf sein Veto-Recht hinsichtlich einer Privatisierung aus dem öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein hingewiesen.	zial-NordWest Holding AG bzw. ihrer Tochtergesellschaften wird die Landesregierung ihre Rechte aus dem öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein wahrnehmen und auf den Erhalt der öffentlichen Bindung, der Arbeitsplätze und des Standortes Kiel dringen.	
269	18/2366	09.10.2014	Mindestlohn in Integrationsunternehmen konsequent umsetzen	Ab 01.01.2015 Gewährleistung im Rahmen der jeweiligen Antragsprüfung und des Monitorings, ab 01.01.2015 Anhebung der Förderleistungen Minderleistungsausgleich.	Monitoring	
270	18/2369	10.10.2014	Kooperation der Bundesländer bei der Frauenhausfinanzierung vereinbachen	Eine bundesweit vergleichbare Frauenhausfinanzierung gibt es nicht. Nur in Hamburg, Berlin und Schleswig-Holstein werden die Frauenhäuser auf Landesebene Zuwendungsfinanziert. Nur in S.-H. ist die Finanzierung durch eine Verankerung im FAG abgesichert. Ansonsten bleibt die Frauenhausfinanzierung kommunale Angelegenheit und bedient sich unterschiedlicher Finanzierungsregelungen, die von Bundesland zu Bundesland, von Kommune zu Kommune, zum Teil sogar innerhalb einer		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
			Kommune variieren.	In 2014 hat Schleswig-Holstein mit Hamburg eine Vereinbarung geschlossen, nachdem Frauen aus dem jeweils anderen Bundesland unkompliziert im anderen Bundesland unterkommen können. Auf Landesebene kommt es zu unbürokratischen Ausgleichzahlungen.	Ebenfalls in 2014 hat die GFMK sich mit den regional unterschiedlichen Niveaus der Schutz- und Beratungslandschaft befasst. Eine Arbeitsgruppe wurde hierzu eingerichtet, die in 2015 eine Bestandsaufnahme vorlegte auf dessen Grundlage sie weiterarbeiten wollte. Es zeichnete sich früh ab, dass kein Bundesland bereit ist, die jeweilige Systematik zu ändern und somit eine Verschlechterung riskieren will. Die Arbeitsgruppe wurde in 2016 beauftragt zu prüfen, wie gleichwohl durch praktische Umsetzungsvorschläge ein Vorgehen möglich ist, damit Frauen nicht an diesen Systemgrenzen scheitern.	Planungsstände: siehe Hinweise links / Verweis auf die
271	18/2262	10.10.2014	B5 sorgfältig und nachhaltig planen	Auch bei der B 5 gilt der Grundsatz der Landesregie-		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			rung „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“. Zu den Planungsständen wird auf die Kleinen Anfragen Drucksachen 18/4677 (Hattstedt-Bredstedt) und 18/4678 (Tönning-Husum) von Oktober 2016 verwiesen. B 5 Itzehoe-Brunsbüttel: Der 1. Bauabschnitt (BA) zwischen der B 5 / Itzehoe und Heiligenstedten ist seit 2014 fertiggestellt, der 2. BA von Heiligenstedten bis Wilster ist im Bau.	Drucksachen. Zum dreistufigen Ausbau bis Brunsbüttel: Mit dem BMVI vereinbart ist vereinbart, die Frage einer Weiterführung der B 5 ab Wister erst nach Fertigstellung der zwei Bauabschnitte und Beobachtung der Verkehrssituation zu erörtern.		
272	18/2349	10.10.2014	Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fit machen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb	Die Umsetzung ist ein laufender Prozess im Rahmen der Wirtschafts- und Mittelstands-politik des Landes.		
273	18/2141	12.11.2014	Syrische Kriegsopfer schützen – Flüchtlinge konsequent und bedingungslos aufnehmen! Resettlement-Programm jetzt!	<b>Landesaufnahmeregelung für syrische Familienangehörige:</b> Der Innenminister hat die mit Erlass vom 28.08.2013 geschaffene Landesaufnahmeregelung für syrische Flüchtlinge, die eine Aufnahme durch ihre in SH lebenden Verwandten beantragten (L-AAO), insgesamt fünfmal verlängert. Aktuell gilt die Regelung bis zum 31.12.2016.	s. auch Drs. 18/4411 (neu)	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>Nach entsprechender Einigung auf der IMK im Juni 2014 wurde mit Erlass vom 10.07.2014 der in der L-AAO geforderte Haftungsumfang für die Verpflichtungsgeber (Familienangehörige oder auch Dritte) deutlich begrenzt, in dem die Kranken- und Pflegekosten von den Verpflichtungserklärungen ausgenommen wurden. Diese Leistungen nach §§ 4, 6 AsylbG werden von den zuständigen Behörden gewährt. Diese Neuregelung gilt auch für Altfälle.</p> <p>Zusätzlich wurde zum Schutz der Familien den Ausländerbehörden mit Erlass vom 14.02.2014 die Möglichkeit eingeräumt, Familiennachzüge zu Personen, denen im Asylverfahren ein Abschiebungshindernis zuerkannt wurde, sehr großzügig zu ermöglichen. Das Gesetz sieht diesbezüglich grundsätzlich nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten vor.</p> <p>Hiervon wurde nach hiesiger Kenntnis reger Gebrauch gemacht.</p> <p>Schleswig-Holstein hat sich gegenüber dem BMI stets dafür eingesetzt, dass der Bund seine Aufnahmekontingente für</p>		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>syrische Bürgerkriegsflüchtlinge nennenswert erhöht.</p> <p>Auf der IMK im Juni 2014 wurde diese Erwartung gegenüber dem BMI konkret erklärt.</p> <p>Am 18.07.2014 (HAP III) ordnet das BMI daraufhin die Aufnahme von weiteren 10.000 syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen an.</p> <p><b>Resettlement:</b></p> <p>Das für den Zeitraum von 2012 – 2014 laufende erste 3-Jahres-Programm „Resettlement Deutschland“ für 3 x 300 Flüchtlinge (Programm zur dauerhaften Neuansiedlung von Flüchtlingen) wurde durch IMK-Beschluss von Dez. 2014 ab 2015 in ein dauerhaftes Aufnahmeprogramm mit aktuell 800 Aufnahmestätzen pro Jahr (für 2016 und 2017) überführt. Die Herkunftsländer, aus denen die Resettlement-Flüchtlinge aufgenommen werden, werden entsprechend der aktuellen Gefährdungs- und Flüchtlingssituationen festgelegt.</p> <p>Seit dem 01.08.2015 ist zudem mit dem neuen § 23 Abs. 4 AufenthG eine „Resettlement-Norm“ in das AufenthG aufge-</p>		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>nommen worden. Die Gesetzesänderung verdeutlicht, dass dieses zusätzliche Element der Schutzgewährung dauerhaft zu dem Katalog der humanitären Aufnahmemaßnahmen Deutschlands zählen wird.</p> <p>SH wird sich auch weiterhin für einen weiteren Ausbau des Resettlement-Programms aussprechen. Eine Abstimmung mit den aktuellen Bemühungen auf EU-Ebene sollte dabei im Vordergrund stehen.</p>	<p><b>Verteilung auf die Kommunen:</b></p> <p>Im Flüchtlingspakt vom Mai 2015 haben Land und Kommunen Einigkeit erzielt, dass die Steuerung der Erstaufnahme und der Weiterverteilung der Flüchtlinge auf allen Ebenen eine entscheidende Voraussetzung für die integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen ist und auch Überlegungen und konkrete Verhandlungen des Verteilerschlusses nach der Aus/Aufn-VO umfasst. Nach Beratungen mit den KLV hat das Land die Verordnung rückwirkend zum 01. Januar 2016 geändert. Danach soll u.a. die kreisinterne Verteilung entsprechend</p>	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				dem Einwohneranteil der Ämter und amtsfreien Gemeinden und unter Berücksichtigung deren Aufnahme- und Integrationsmöglichkeiten erfolgen. Dies ermöglicht, dass die Kreise die Verteilung in den kreisangehörigen Bereich primär an den örtlichen Gegebenheiten und Bedarfen ausrichten und nicht vorrangig am Einwohner schlüssel. Für die Kreise besteht damit ein Handlungsspielraum, den sie zugunsten einer schnelleren Integration nutzen können.		
274	18/2391 (neu) 2. Fassung Abs. 1	13.11.2014	Entschädigung bei Gänsefäßschäden	14-11-26 Bericht im Umwelt- und Agrarausschuss Drs. 18/3668 Der Bericht zu Abs. 1 des Be schlusses ist dem UAA vorge stellt worden (vgl. Umdruck Nr. 18/3668).		
275	18/2454	13.11.2014	Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein	Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der PIRATEN-Fraktion 18/3058 vom 04.06.2015,  Zuwendungsbewilligung aus Zweckerträgen der Lotterie BINGO/ Die Umweltlotterie zum Projekt: Meere der Zukunft - ohne Müll vom 10.03.2016,		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
			Vereinbarung zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen zwischen dem BMUB und dem Handelsverband Deutschland (HDE) am 26.04.2016,			
			Förderung des NABU-Projektes Fishing vor Litter aus Mitteln des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) seit 11.08.2016.			
276	18/2402	13.11.2014	Klare Regeln für Handelsabkommen	Weder zu CETA noch zu TTIP hat es bis dato im Bundesrat Abstimmungen gegeben, in denen die Landesregierung den Handelsverträgen hätte zustimmen oder diese ablehnen können.	Befassung der Landesregierung im Rahmen des Bundesratsverfahrens zur Ermächtigung der Bundesregierung zur Unterzeichnung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens (CETA) zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und Kanada andererseits.	1958 ging die Kompetenz zum Abschluss von Handelsverträgen an die EU über. Ausschließlich dem Bund obliegt die Gesetzgebungskompetenz über die Einheit des Zoll- und Handelswesens und über Handelsverträge. Schleswig-Holstein ist in die Verhandlungen nicht direkt eingebunden.
277	18/2335	14.11.2014	Die Pflegequalität muss im Vordergrund stehen		Mit dem PSG II wird der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff zum 01.01.2017 eingeführt. Gemäß § 113c SGB XI soll ein bundeseinheitliches Personalbemessungsverfahren bis zum 30.06.2020 entwickelt und erprobt werden.	
278	18/2412	14.11.2014	Stärkung der Hochschulen in Schleswig-Holstein		Gründung der Hochschulkommission Januar 2015; Beschluss Zukunftspaket Hochschulen im Juli 2015; u.a. Er-	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
				höhung der Grundfinanzierung ab 2016		
279	18/2390 (neu) 2. Fassung	14.11.2014	Perspektiven für die Westküste	Schriftlicher Bericht der Landesregierung auf Drs. 18/2584. Mündlicher Bericht und Debatte auf der Landtags-Sitzung am 20.03.2015.		
280	18/2461 und 18/2467	14.11.14	Neufassung des Antrages Drs. 18/2461: Gleichberechtigte Standorte Kiel und Hamburg für die HSH Nordbank	Wird regelmäßig im UAB berichtet		
281	18/1935 (neu) i.d.F. der Drs. 18/2409	14.11.2014	Haushaltrecht reformieren - Kaufmännisches Rechnungswesen einführen	- Bericht der Landesregierung vom 24.03.2015 „Haushaltrecht reformieren - Kaufmännisches Rechnungswesen“ Sachstand zu den harmonisierten europäischen Standards für das öffentliche Rechnungswesen - EPSAS - Kenntnisnahme im Finanzausschuss am 11.06.2015	-	-
282	18/2413	14.11.2014	Berichtsantrag zum Digitalfunk	Erbetener Bericht wurde in der 28. Tagung gegeben (Drs. 18/2482).		
283	18/2047 18/1858	14.11.2014	Keine unzumutbaren Einbürgerungsgebühren	Mit Wirkung vom 11.09.2014 wurden die EAH zu den VAH des Bundes zum StAG dahingehend geändert, als dass eine Einbürgerung (EB) unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit erfolgen kann, wenn die bei	BR-Initiative zur Abschaffung von EB-Gebühren	Eine BR-Initiative zur Abschaffung der EB-Gebühren ist derzeit ohne Aussicht auf Erfolg.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				der Entlassung anfallenden Kosten zzgl. EB-Gebühr ein durchschnittliches Bruttomonatseinkommen des EB-Bewerber übersteigen.		
284	18/2404	14.11.2014	Keinen Jugendlichen verlieren - Kooperationen vor Ort unterstützen - Jugendberufsagenturen auf den Weg bringen	Siehe Umdruck 18/4774; Realisierung durch Anschubförderung zur Einrichtung von Jugendberufsagenturen in 5 Kommunen (Beginn 01.08.2015).	Ende der ersten Projektlaufzeit am 31.12.2017. Vorbereitung einer zweiten Förderphase, Vorbereitung Evaluation Sommer 2017, landesweiten Austausch der kommunalen Fachebene intensivieren.	
285	18/2329	11.12.2014	Rehabilitierung verurteilter homosexueller Menschen	Durch SH als Mitantragsteller herbeigeführt wurde der Beschluss der Justizministerkonferenz vom 17./18. Juni 2015 zu TOP II.9 („Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer von Strafverfolgung wegen homosexueller Handlungen“) mit der Forderung nach Rehabilitierung und Entschädigung Be troffener durch zeitnahe bundesgesetzliche Regelungen. Durch SH als Mitantragsteller herbeigeführt wurde zudem die „Einschließung des Bundesrates für Maßnahmen zur Rehabilitation und Entschädigung der nach 1945 und in beiden deutschen Staaten gemäß §§ 175, 175a Nummer 3 und 4 des Strafgesetzbuches und gemäß § 151 des Strafgesetzbuches der Deutschen Demo-	Begleitung des federführend vom Bund zu erarbeitenden Gesetzentwurfs im Bundesrat	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
				kratischen Republik verurteilten Menschen“ vom 10. Juli 2015 (BR-Drs. 189/15[BI]) mit der Aufforderung an die Bundesregierung, einen Gesetzesentwurf vorzulegen.  Von SH mitgetragen wurde der Beschluss der Justizministerkonferenz vom 1./2. Juni 2016 zu TOP II.31 („Rehabilitierung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten gemäß §§ 175, 175a Nr. 3 und 4 des Strafgesetzbuches und gemäß § 151 des Strafgesetzbuches der DDR verurteilten Menschen“) mit der Aufforderung an den Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, „noch in dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages“ einen Vorschlag für ein Rehabilitierungsgesetz vorzulegen.		
286	18/2514 (neu)	11.12.2014	Haushaltsermittlung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2012	Es sind zus. Mittel im Einzelplan 12 und neu 16 (IMPULS) für Brandschutzmaßnahmen bereitgestellt worden. Ferner wurde die Bauunterhaltung aufgestockt.	Zu Ziff. 1 der Drs. 18/2514 (neu) erfolgte eine Veröffentlichung im Amtsblatt SH	Bemerkungsbeitrag des LRH, Tz. 20, Brandschutz in Gebäuden des Landes
287	18/2514 (neu)	11.12.2014	Bemerkungen des LRH	Zu Ziff. 2 der Drs. 18/2514 (neu) erfolgte entspr. Aufforderung an Ressorts	Keine ausstehend	Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2012  Die Umsetzung der Voten liegt in der Verantwortung der betroffenen Ressorts.

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
289	18/2514 (neu)	11.12.2014	Bemerkungen des LRH	Zu Ziff. 6 der Drs. 18/2514 (neu) erfolgte der gewünschte Bericht fristgerecht	Nächster Bericht im FinA im Januar 2017	Betr. SAP – IKS (Internes Kontrollsyste)
290	18/2514 (neu)	11.12.2014	Bemerkungen 2014 des LRH	Zu Ziff. 19 der Drs. 18/2514 (neu) erfolgte der gewünschte Bericht mit Umdruck Nr. 18/4309	Keine ausstehend	Betr. Nachversicherung von Beamten und Beamten
291	18/2391 (neu) 2. Fassung Abs. 2	12.12.2014	Entschädigung bei Gänsefraßschäden	14-11-27 Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses 18/2497 Bis dato (01.10.2016) sind stets ausreichend Landesmittel für den Abschluss „gänselebvanter“ Verträge im Rahmen des Vertragsnaturschutzes bereitgestellt worden.		
292	18/2429 (neu)	12.12.2014	Situation der Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein	Gründung der Hochschulkommission Januar 2015; Be schluss Zukunftspaket Hochschulen im Juli 2015: u.a. Erhöhung der Grundfinanzierung ab 2016		
293	18/2221 i.V.m. 18/2527 und 18/2562	12.12.2014	Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern	Erstellung: LT-Bericht Drs. 18/4721 Zwischenbericht zur Umsetzung der Fortführung und Weiterentwicklung des KJAP (Juni 2015 - Juni 2016)	Fortsetzung des Weiterentwicklungs-prozesses im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Perspektiven der schleswig-holsteinischen Kinder- und Jugendpolitik.	Der zugrundliegende LT-Beschluss sowie das Konzept zu Weiterentwicklung sind berücksichtigt bzw. umgesetzt worden.
294	18/2509	12.12.2014	Volksinitiative „Neue Wege für Schleswig-Holstein – A20	Die zuletzt erfolgten und noch geplanten Umsetzungsschritte können der Antwort zur Drucksache 18/111 entnommen	Die Planungen zur A 20 werden weiter vorangetrieben - ohne die anderen wichtigen Projekte zu vernachlässigen.	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
295	18/2037 und 18/2438	12.12.2014	Gerechtigkeit schaffen – Alleinerziehende steuerlich entlasten	Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags vom 16. Juli 2015, BGBl. I S. 1202, Inkrafttreten 23. Juli 2015		
296	18/2563	12.12.2014	Faire Nachfolgeregelung zum Solidaritätszuschlag – Einnahmen sichern	s. Drs. 18/744 u. 18/2261 Die Vertreter der Landesregierung setzen sich in den Gesprächen zur Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen für eine nachhaltig wirkende Entlastung der Länder und damit Schleswig-Holsteins ein.	In den Verhandlungen konnte eine nachhaltig wirkende Entlastung ab dem Jahr 2020 für das Land erreicht werden. In den kommenden Monaten steht das Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung des Verhandlungsergebnisses an.	
297	18/2539 18/2531	12.12.2014	Resolution zur europäischen Bankenabgabe	- Einbringung des Anliegens über den Bundesrat bei Gesetzgebungsvorhaben (z.B. BRRD-Umsetzungsgesetz, vgl. Entschließung des BR Drs. 516/14(B) v. 28.11.14) - Beratung in der Finanzministerkonferenz der Länder am 08.09.2016; gemeinsames Schreiben der Länder mit dem Beratungsergebnis der FMK an den Bundesminister der Finanzen vom 08.09.2016 zur Schaffung einer Ausnahme für Förderbanken in der EU-Kapitaladäquanzrichtlinie	Die Landesregierung wird sich zukünftig weiterhin im Rahmen der Begleitung von Gesetzgebungsprojekten durch den Bundesrat auf nationaler und auf europäischer Ebene für die Befreiung der Förderbanken einbringen und das Ziel weiterhin gemeinsam mit den anderen Ländern an die Bundesregierung adressieren.	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
298	18/2516	12.12.2014	Berichtsantrag – Bekämpfung der Einbruchskrimina- lität	Erbetener Bericht wurde in der 29. Tagung gegeben (Drs. 18/2585).		Das WED-Konzept wird fort- laufend fortentwickelt und wird seit 2015 ganzjährig durchge- führt.
299	18/2502 18/1735	12.12.2014	Lernmitteelfreiheit in Schleswig- Holstein Eigenbeteiligung der Schülerinnen und Schüler an Lehr- und Lernmit- teln an allgemein- bildenden und berufsbildenden Schulen	Drs. 18/4685 wurde in der Ok- tober-Tagung 2016 beraten.		
300	18/2626	21.01.2015	Bund muss Hin- derlandanbindung und feste Fehmarnbeltque- rung koordinieren	Die Koordinierung erfolgt im Gemeinsamen Ausschuss nach Art. 19 des Staatsvertra- ges aber auch durch regelmä- ßige Abstimmung auf Arbeits- und politischer Ebene zwi- schen Bund und DK.	Die Planungen der Fehmarnsundquerung werden durch die Straßenbauverwal- tung fachlich begleitet. Infor- mation dazu erfolgt in den re- gelmäßigen Kommunalkonfe- renzen.	
				Der Ausbau der B 207 und der Schiene Strecke ist im BVWP 2030 enthalten. Die Finanzie- rungen sind zugesagt. Bun- desmittel stehen zurzeit im ausreichenden Umfang zur Verfügung und verdrängen keine anderen Verkehrsprojek- te in SH. Vorplanungen für die Fehmarnsundquerung sind kürzlich ausgeschoben wor- den. Das Dialogforum hat seine		

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
301	18/2393 (neu)	22.01.2015	Umsetzung der Resolutionen des 12. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kaliningrad und der 23. Oseparlamentarierkonferenz in Olsztyn	Beteiligungsmöglichkeiten um Runde Tische und einen Projektbeirat erweitert.	Unterrichtung im Rahmen des Europaberichts 2014-2015 (Drs. 18/2976), 32. Tagung des Landtages	
302	18/2653	22.01.2015	Kein Ausbluten der Hochschulmedizin	Die Neuordnung der Hochschulmedizin im Zuge der Novellierung des HSG setzt Vorschläge des Wissenschaftsrates um und sichert Forschung, Lehre und Krankenversorgung auf hohem Niveau. Ein Referentenentwurf wurde im Juli 2016 den Beteiligten zur Stellungnahme zugesandt.	Nach Auswertung der Stellungnahmen und Beschlussfassung der Landesregierung wird die Novelle dem Landtag voraussichtlich im Herbst 2016 zugeleitet.	
303	18/2620	23.01.2015	Bericht zur Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein	Bericht vom 5. März 2015, LT-Drs. 18/2751		
304	18/2632 (neu)	23.01.2015	Zukunft der Lehramtsausbildung für Sonderpädagogik	Bericht der Landesregierung vom 20. Januar 2015 s. Drucksache 18/2869	Ablehnung im Bundesrat im ersten Durchgang; Zustimmung verhindern	Keine seitens des Landes Schleswig-Holstein
305	18/2500	23.01.2015	Einführung PKW Maut verhindern			Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommision gegen

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			mung Bundesrat, Enthaltung im zweiten Bundesrats-Durchgang; Unterzeichnung der zugehörigen Gesetze durch den Bundespräsidenten am 8.6.2015	mung Bundesrat, Enthaltung im zweiten Bundesrats-Durchgang; Unterzeichnung der zugehörigen Gesetze durch den Bundespräsidenten am 8.6.2015		Deutschland; Klage der EU-Kommission vor dem EUGH.
306	18/1872	23.01.2015	Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in SH	Das bereits am 28.04.2014 bei der EU-Kommission zur Genehmigung eingereichte Operative Programm des Landes Schleswig-Holstein für den Europäischen Sozialfonds in der Förderperiode 2014 – 2020 enthält zwingend zu beachtende Bereichsübergreifende Grundsätze und Ziele zur sozialen Ausrichtung der Programmstruktur im Hinblick auf Nachhaltigkeit, Antidiskriminierung, Chancengleichheit und Umweltverträglichkeit. Darüber hinaus widmet sich das Programm insbesondere in seinen Aktionen zur Fachkräfteisierung und Existenzgründungen auch dem Ansatz einer Stärkung sozialen Unternehmertums.	Im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des Landes wird auch dem Sozialen Unternehmertum ein ausreichendes Spektrum an Beratungs- und Handlungsmöglichkeiten eröffnet.	Eine Unterstützung sozialer Unternehmen durch im Rahmen des Landesprogramms Wirtschaft (LPW; EFRE- und GRW-Mittel) ist im Einzelfall nicht ausgeschlossen. Die betriebliche Förderung im Rah-

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
307	18/1868	23.01.2015	Tourismusstrategie für SH: In zehn Jahren unter die TOP 3 in Deutschland	Im Juli 2014 wurde der Startschuss für die Tourismusstrategie Schleswig-Holstein 2025 gegeben. Die als für die Strategie wichtig erachteten Punkte werden im Laufe des Prozesses umgesetzt.	Kontinuierliche Aufgabe unter enger Einbindung des Tourismusclusters.	
308	18/2608	23.01.2015	Ausbau der AKN zu S21 aus Regionalisierungsmitteln finanzieren	s. Drs. 18/112	s. Drs. 18/112	
309	18/2457 18/2605	23.01.2015	Humanitäre Flüchtlingspolitik beibehalten!	<b>Personelle Ertüchtigung BAMF:</b> Im Jahr 2015 hat eine Reihe von Konferenzen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sowie der Chefinnen und Chefs der Staatskanzleien zur Flüchtlingspolitik stattgefunden. Vielfach Thema war hier die personelle Situation beim BAMF. SH hat sich hier stets für einen personalen Aufwuchs durch den Bund als nahezu abgeschlossen eingeschätzt.  Zusätzlich hat sich Innensenminister Studt mit Schreiben vom 6. November 2015 in gleicher Sache direkt an Bundesinnenminister Thomas de Maizière gewandt.	<b>Personelle Ertüchtigung BAMF:</b> Die Neustrukturierung des BAMF hat auch in SH inzwischen zur Einrichtung neuer Außenstellen und Ankunftszentren mit entsprechender personeller Ausstattung geführt. Die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen wird inzwischen inklusive des persönlichen Aufwuchses durch den Bund als nahezu abgeschlossen eingeschätzt.	<b>Sprache/Integration:</b> Die Sprachförderrichtlinie des Landes der ersten Förderperiode (2013- Juni 2016) wurde auf Grundlage der bundespoltischen Entwicklungen und nach politischer Zustimmung fortgeschrieben und ist seit September 2016 mit Rückwirkung ab dem 01. Juli 2016 für bereits begonnene Maßnahmen in Kraft. Damit entstehen keine Förderlücken in der Landesförderung.  Die Fortschreibung verfolgt primär das Ziel, Sprachkenntnisse sowie erste Orientierungshilfen insbesondere für Personengruppen, die einer sprachlichen Förderung im

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
			<b>Gemeinsame Europäische Flüchtlingspolitik:</b> Im Mai 2015 hat die Europäische Kommission eine Migrationsagenda veröffentlicht, mit der die dritte Phase der (Weiter-) Entwicklung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems eingeleitet wurde. Dabei werden bereits zuvor entwickelte Maßnahmen integriert (u.a. Weiterentwicklung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, Weiterentwicklung von Frontex und EUROSUR, Europäische Regelungen zur Arbeitsmigration, Europäisches Visaregime). Die Kommission versucht mit der Migrationsagenda, der Debatte um die gemeinsame Flüchtlingspolitik eine konstruktive Wendung zu geben. Dabei geht es auch darum, zwischen ambitioniert vorwärtsdrängenden und bremsenden Kräften zu vermitteln. Die Ziele der Europäischen Migrationsagenda sind geeignet, das Gemeinsame Europäische Asylsystem weiter in den Mitgliedstaaten umzusetzen, die Solidarität der Mitgliedstaaten in diesem Politikfeld zu stärken und flüchtenden Menschen mehr Sicherheit			Rahmen von Ersterorientierung bedürfen, ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein haben und von Maßnahmen der Sprachförderung des Bundes ausgeschlossen sind, zu vermitteln. Zielgruppe der neuen Richtlinie sind insbesondere Personen mit offener Bleibeperspektive, die derzeit nicht von der Öffnung der Bundeskurse profitieren. Die Förderung wirkt als flankierendes und ergänzendes Angebot zu den Programmen des Bundes und setzt zur erfolgreichen Umsetzung voraus, dass der Bund ein adäquates Angebot der Integrationskurse flächendeckend vorhält.

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
310	18/2627	23.01.2015	Umsetzung des Digitalen Lernens	<p>zu ermöglichen. Diese Ziele werden durch SH insbesondere in den entsprechenden Bundesratsverfahren regelmäßig unterstützt.</p> <p>Januar 2015: erster Bericht zur IT-Ausstattung und Medienbildung März 2015 Ausschreibung Modellprojekt Projektschulen Mai 2015: Bekanntgabe der Projektschulen Juni 2015: Bildungsdialog „Lernen in einer digitalen Gesellschaft“ Juni 2015: Start Projekt „Digitale Schulbücher“ (40 Schulen, 212 LK beteiligt) ab August 2015: Beginn der Netzwerkarbeit, Durchführung von Schulmedientagen, Schulbesuche der Ministerin August 2015: Eröffnung der Medienwerkstatt am IQSH September 2015: Medienkompetenztag Oktober 2015: SchulCommSy als Landeslösung November 2015: Auswahl weiterer acht Modellschulen Januar 2016: Sachstandsbericht zum Stand der Arbeit im Schwerpunkt „Lernen mit digitalen Medien“</p>	<p>Oktoberr 2016: Erneute Beschreibung für Modellschulen Lernen mit digitalen Medien November 2016: Grundschultagung „Lernen mit digitalen Medien“ In 2017 erfolgt der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung, wird die Handreichung zur Umsetzung der KMK Strategie erstellt, eine Abschlusstagung zum Modellprojekt „Lernen mit digitalen Medien“ durchgeführt und die Netzwerkarbeit fortgesetzt.</p>	<p>Februar 2016: Start Kooperati-</p>

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>onsprojekts mit der Initiative „Digitale Bildung neu denken“, 3 Tablet-Klassenzimmer für Grundschulen</p> <p>März 2016: Tagung in der Landesvertretung Berlin „Lernen in einer digitalen Gesellschaft: Herausforderungen für Bund und Länder“</p> <p>April 2016: Großveranstaltung BYOD, Landesfachtag Deutsch in einer digitalen Gesellschaft</p> <p>Juni 2016: Start des Projekts „Flipped Classroom“</p> <p>Juli 2016: Evaluation der Modellschulen, Befragung der Schülerinnen und Schüler und Kollegien</p> <p>Juli 2016: Zweiter Bericht zur IT-Ausstattung und Medienbildung</p> <p>September 2016: 10 Medienberater*innen zur Unterstützung der Netzwerkarbeit und Beratung der Schulträger (mit je 5 Std.) eingestellt, Qualifizierung</p> <p>September 2016: Herbsttagung mit den Schulträgern „Digitalisierung von Schulen“</p> <p>September 2016: Medienkompetenztag Schwerpunktthema OER</p> <p>September: Zwischenbericht der Evaluation des Modellprojekts.</p>		

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
311	18/2630	23.01.2015	Digitales Lernen: Offene Infrastruktur gehört auf die Agenda!	Fortlaufend: Einsatz von Open Source Software auf dem Schulrechner SH, zzt. 14 An- wendungen  2015: Integration der OER- Bilderdatenbank des Tiroler Bildungsservers in die Media- thek Schleswig-Holstein September 2016: Medienkom- petenztag mit Schwerpunkt OER  Debatte zu OER in der Okto- ber-Tagung 2016	Dezember 2016 Verabschie- dung der KMK-Strategie zum „Lernen mit digitalen Medien“, in der OER ein Baustein ist.	
312	18/2662	23.01.2015	Dringlichkeitsan- trag zu den Kon- sequenzen aus dem Urteil des OVG Schleswig für den Ausbau der Windenergie, Einberufung eines Runden Tisches zur Zukunft der Windenergie in Schleswig- Holstein	Planungsgespräche („Windgip- fel“) des MP: 02.02.2015 27.04.2015 04.11.2015	Ggf. weitere „Windgipfel“ im weiteren Verlauf des Pla- nungsprozesses.	
313	18/2733	18.02.2015	Konsequenzen aus dem Ausbruch eines multiresis- tenten grammega- tiven Acinetobac- ter baumanii am UKSH, Campus Kiel	Zu den einzelnen Punkten der Drucksache 18/2733: 1. Errichtung des Erweite- rungsbau in Modulbauweise am UKSH. Übergabe an den Nutzer UKSH am 25.04.2016. Finanzierung der Bau-, Bau- nebenkosten sowie Erstein- richtung aus Kapitel 1212 Aus-		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>bau und Neubau von Hochschulen.</p> <p>Errichtung des Erweiterungsbaus in Modulbauweise am UKSH. Übergabe an den Nutzer UKSH am 25.04.2016. Finanzierung der Bau-, Baunebenkosten sowie Ersteinrichtung aus Kapitel 1212 Ausbau und Neubau von Hochschulen.</p> <p>2. Das UKSH hat in eigener Verantwortung die erforderlichen personenwirtschaftlichen Maßnahmen getroffen. Betriebsbedingte Kündigungen von Beschäftigten der Intensivstationen sind nicht beabsichtigt.</p> <p>3. auf Basis eines Erlasses wird das MSGWG zeitnah durch den ÖGD über von Krankenhäusern gemeldete nosokomiale Ausbruchsschehen informiert, parallel dazu informiert das UKSH selbst aktiv über Ausbruchsgeschehen</p> <p>4. BR-Initiative ist erfolgt, BR-Drucksache 99/15 (Beschluss)</p> <p>5. Evaluierung ist abgeschlossen, Ergebnisse sind in ÄnderungsVO zur MedlpVO berücksichtigt, Anhörungsverfahren der geänderten MedlpVO steht kurz bevor</p> <p>6. ist in geänderter MedlpVO abgebildet</p>		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>7. ist hinsichtlich der einrichtungsspezifischen Leitlinien in geänderter MedipVO abgebildet, Verordnungsmanagement im niedergelassenen Bereich entzieht sich den landesgesetzlichen Regelungsmöglichkeiten und wird im Kontext von DART weiterverfolgt</p> <p>8. Im Rahmen des IMPULS-Programms hat die Landesregierung die KHG-Mittel in 2016 um 53 Mio. € erhöht, in Sonderprogrammen wurden seit 2012 zudem 70,5 Mio. € für Investitionen an Krankenhäusern zur Verfügung gestellt.</p> <p>9. Bei den Beratungen zum Krankenhausstrukturgesetz hat sich das Land wieder für einen einheitlichen Bundesbasisfallwert eingesetzt. Nach Beschluss im Bundestag bleibt es jedoch bei einem Korridor mit einer Untergrenze.</p>		
314	18/2735	18.02.2015	Abschiebungshaft und Abschiebungshafteinrichtungen bundesweit abschaffen	<p>Eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, Abschiebungshaft abzuschaffen, findet im Bund derzeit erkennbar keine Mehrheit. Aus diesem Grunde hat die Landesregierung hiervon zunächst abgesehen.</p>		<p>Die LR beschreibt im Rahmenkonzept „Integriertes Rückkehrmanagement in Schleswig-Holstein“ mildere Maßnahmen. U.a. wird zur Zeit mit der Freien und Hansestadt Hamburg über die Mitnutzung des am Flughafen Fuhlsbüttel entstehenden Ausreisegewahrsams verhandelt.</p>

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
315	18/2699	18.02.2015	Öffnung der Migrationsberatung muss auch für Flüchtlinge erfolgen	Bisher wurde keine Bundesratsinitiative zur Öffnung der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) gestartet, aber das Thema der Öffnung der MBE ist regelmäßig Thema sowohl auf der IntMK als auch auf der ASMK. Zum 21.07.2016 ist eine neue Förderrichtlinie des Bundes zur MBE in Kraft getreten. Als Erfolg kann die Öffnung für eine Teilgruppe der Migranten verbucht werden. Mit der Öffnung wurde der Zugang für Personen, die eine Aufenthaltsgestattung besitzen und bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist geöffnet. Außerdem erhalten Ausländer, die eine Duldung nach § 60 a Abs. 2 S. 3 AufenthG besitzen, sowie diejenigen, die eine Aufenthaltslaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG haben, Zugang zur MBE.	Die Öffnung der MBE für noch nicht erfasste Flüchtlingsgruppen wird, gemeinsam mit anderen Ländern, weiter über die IntMK verfolgt.	In Ergänzung zur MBE gibt es die MBSH, die für alle Migranten geöffnet ist. 2016 ist ein neues Konzept umgesetzt worden, welches insbesondere den Zugang für Flüchtlinge zur MBSH verbessert. In 2016 konnten die Stellen der MBSH stark ausgebaut werden, so dass derzeit 58,5 Personalstellen gefördert werden.
316	18/2700	19.02.2015	Meeresverschmutzung durch Paraffin und andere Ladungsrückstände	Die 83. UMK forderte am 24.10.2014 auf Initiative von SH die Bundesregierung auf, sich für eine Änderung des MARPOL-Übereinkommens mit dem Ziel eines generellen schiffsbedingten Einleiterverbots für Paraffin und damit verbun-		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			dene schädliche ölhaltige Mi- schungen und Rückstände in die Meeresumwelt einzusetzen (TOP 21).	Die Bundesregierung hat sich dem UMK-Beschluss entspre- chend als ersten Schritt einer Initiative Großbritanniens an die IMO angeschlossen, das Thema der Behandlung von hochviskosen Stoffen auf die Tagesordnung des Unteraus- schusses (UA) Pollution, Pre- vention and Response (PPR) der IMO setzen zu lassen.  Grundlage der Befassung des UA PPR im Januar 2015 war u.a. eine Übersetzung des deutschen UEG-Papiers zur Paraffinverschmutzungen.	Nach Befassung im UA PPR wurde das Thema auf die Ta- gesordnung der 68. Sitzung des MEPC (MARINE EN- VIRONMENT PROTECTION COMMITTEE) der IMO im Mai 2015 gesetzt.	Entsprechend dem Beschluss von MEPC 68 wurde das Thema beim für die Diskussion und Umsetzung zuständigen Unterausschusses PPR der IMO im Januar 2016 beraten.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
317	18/2706	19.02.2015	Kreisfachberater für Kultur schaffen	Mit beschlussfähigen Ergebnissen ist bis 2018 zu rechnen. Der Bildungsausschuss hat sich mit dem ihm überwiesenen Antrag am 5. Februar 2015 befasst. Zu der Sitzung wurde ein Änderungsantrag vorgelegt (Umdruck 18/4006).		
318	18/2840	18.03.2015	Initiative für einen Bürgerdialog für einen schnellen Ausbau von SuedLink	4. September 2014: Regionalkonferenz zu SuedLink mit Minister Habeck in Moorräge für die Kreise Steinburg und Pinneberg  Kontinuierliche Gespräche der Fachreferate von MELUR und Landesplanung / StK zur Planung von SuedLink mit den Fachkollegen aus Niedersachsen;	Stellungnahme der Landesregierung zu der am 27.9.2016 veröffentlichten Planung möglicher Erdkabelkorridor-Segmente in Schleswig-Holstein im Rahmen der informellen Konsultation der Vorhabenträger im Vorwege der Bundesfachplanung bis Ende November 2016  Unterstützung von Bundesregierung und BNetZA bei Planung und Dialog zum SuedLink	Teilnahme an Plattform SuedLink / Gleichstromprojekte, 1. Termin am 19. Oktober 2016  Anschreiben der Energie-/Umweltminister der SuedLink-Bundesländer an Bundesminister Gabriel mit dem Vorschlag der Einrichtung einer projektbegleitenden Plattform auf Bundesebene (8. Juli 2016)

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
			Unterstützung von Bundesnetzagentur und Vorhabenträger bei regionalen Info-VA zur Erdkabelplanung			
319	18/2810	18.03.2015	„Mit offenen Karten spielen“ – Entgeltgleichheit verwirklichen	<p>2. Treffen des Handlungsfeldes 3 der Fachkräfteinitiative Schleswig-Holstein am 26.8.2015 und 22.10.2015; Handlungsschwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratung von Frauen, die den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben nach einer Betreuungszeit suchen, oder die von Arbeitslosigkeit bedroht sind,</li> <li>• Beratung von kleinen und mittelständischen Unternehmen zu familienfreundlicher Personalpolitik und</li> <li>• Maßnahmen zur Einrichtung von zusätzlichen, ggfs. betrieblichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten, bzw. deren Ausweitung (Erhöhung der Plazzzahlen und Erweiterung der Betreuungszeiten).</li> </ul> <p>Es erfolgte ein Monitoring der Erwerbstätigengquote bei Alleinerziehenden und zur Zahl der Kindertageseinrichtungen.</p>	<p>Große Koalition hat sich 10.2016 auf Eckpunkte für ein neues Gesetz zur Lohngerechtigkeit von Frauen und Männern geeinigt.</p> <p>Beschlussvorschlag Fachkräfteinitiative Schleswig-Holstein: Das Wirtschaftsministerium wird die bestehenden Beratungs- und Qualifizierungsangebote speziell für lebensältere Frauen prüfen und mögliche Veränderungen und Erweiterungen vorschlagen.</p> <p>Der Bedarf an Fachkräften bietet gute Chancen, Frauen für Führungspositionen in Betrieben zu gewinnen.</p>	
320	18/2831	18.03.2015	Flächendeckendes Netz Kriminalpräventiver Räte			<p>Es ist als bundesweites Phänomen erkennbar, dass die Kriminalpräventiven Räte auf</p>

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
		ken		kommunaler Ebene in den letzten Jahren an Bedeutung verloren haben, was auch in Schleswig-Holstein zu beobachten ist.  In einem ersten Schritt wurde die Förderrichtlinie des Landespräventionsrates dahingehend angepasst, dass Hemmnisse in der Förderung von Projekten der Kriminalpräventiven Räte abgebaut wurden. In einem weiteren Schritt werden, basierend auf diesbezüglichen Studien, Maßnahmen des best-practice, sowie landesweite Vernetzungstreffen zur Aktivierung geprüft.		
321	18/2811	18.03.2015	Gesellschaftliche Vielfalt im ZDF – Fernsehrat verbessern	Das BVerfG hatte mit seinem Urteil vom 25. März 2014 über die Verfassungsgemäße Zusammensetzung des ZDF-Fernsehrats entschieden. Mit dem 17. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (Drs. 18/3145), der am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist, wurde dieses Urteil umgesetzt. Seither besteht der ZDF-Fernsehrat aus sechzig Mitgliedern, die gemäß den Prämissen der Pluralität sowie der Staatsferne zusammengesetzt sind.	vgl. Antwort zu Drs. 18/1560	
322	18/2812 (neu)	20.03.2015	Umsetzung des Arbeitsprogramms			

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
323	18/2792	20.03.2015	Bericht zur Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung	Der Entwurf des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK wurde im 1. Quartal 2016 vorgelegt. Danach begann der öffentliche Beteiligungsprozess. Neben schriftlichen Stellungnahmen hatten alle Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Vereine und Institutionen auch die Möglichkeit, sich persönlich an dem Diskussionsprozess zum Aktionsplan in 6 Dialogforen in Husum, Kiel, Rendsburg, Lübeck, Mölln und Itzehoe zu beteiligen.	Auswertung der schriftlichen Stellungnahmen und der Ergebnisse der Dialog-Foren. Prüfung der Ergebnisse auf Übernahme in den Landesaktionsplan. Überarbeitung des Entwurfs des Aktionsplans zu einem Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK	Veröffentlichung des Landesaktionsplans ist für diese Legislaturperiode vorgesehen.
324	18/605 (neu) 18/2759 (neu)	20.03.2015	Vertrauliche Sicherung von Tat- spuren bei sexualisierter Gewalt und anderen Gewaltdelikten	Zum 01.07.2015 wurden UKSH und UKE mit der flächendeckenden Umsetzung der vertraulichen Spurensicherung in Schleswig-Holstein beauftragt. Dabei wird der nördliche Teil Schleswig-Holsteins durch das UKSH und der südliche Teil durch das UKE abgedeckt.		
325	18/2002 i.d.F. 18/2760	20.03.2015	Organspende rettet Leben - Vertrauen durch weitere Aufklärung stärken	1. Das Transplantationsgesetz (TPG) sieht gesetzlich vor, dass die Krankenkassen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes im November 2012 alle Versicher-	1. Öffentlichkeitsarbeit um die Bevölkerung zu erhöhen, sich mit dem Thema Organspende auseinanderzusetzen.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>ten, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, über Organspende informieren müssen. Darüber hinaus ist vielfältiges und umfassendes Informationsmaterial kostenlos erhältlich (BZgA).</p> <p>2. Vor dem Hintergrund der neuen Entwicklungen (TPG, TPG-A-SH und der TxB-Fortbildungsverordnung sollte der Runde Tisch Organspende wieder aufgenommen werden, um mit den am Organspendeprozess beteiligten Institutionen die aktuelle Situation zu analysieren und daraus gemeinsame Strategien zu entwickeln.</p> <p>3. Im Nachichteblatt für Schulen „Schule aktuell“ wurde auf das umfassende Informationsmaterial für Schulen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hingewiesen wird.</p> <p>4. Die Formulierungen sind in den gängigen Patientenverfügungen rechtlich angepasst.</p> <p>5. Das UKSH hat bestätigt, dass die Thematik Transplantationsmedizin in die Ausbildung der Medizinstudenten aufgenommen wurde.</p> <p>6. Ausreichende finanzielle</p>		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Mittel für die Arbeit der Transplantationsbeauftragten zur Verfügung zu stellen, ist die Aufgabe der sog. Vertragspartner nach § 11 TPG (Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Spitzenverband Bund der Krankenkassen, die Bundesärztekammer und die DSO). Die Mittel wurde von 6.Mio.€ (2013) und 12 Mio.€ (2014) auf 18 Mio.€ (2015 / 2016) erhöht.	Seit Einführung der staatlichen Förderung der Kinderwunschbehandlung wirkt die Landesregierung darauf hin, die Situation von kinderlosen Paaren – unabhängig vom Familienstand und Einkommen - zu verbessern. Es besteht weiterhin politischer Handlungsbedarf, um den Einsatz der Fortpflanzungsmedizin für die Zukunft verantwortungsvoll zu gestalten. Aus diesem Grund setzt sich die Landesregierung weiterhin auf Bundesebene für eine Ausweitung der Leistungen ein und wirkt darauf hin, dass es schnell zu einvernehmlichen Regelungen kommt, damit allen ungewollt kinderlosen Paaren (mit und ohne Trauschein	
326	18/2049	20.03.2015	Kinderwunsch darf nicht am Geld scheitern - Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch auch in Schleswig-Holstein helfen!			

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
327	18/2809	20.03.2015	Aufkommen aus der Erbschaftsteuer erhöhen. Zukunftsausgaben in Schleswig-Holstein nachhaltig und gerecht finanzieren!	Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuer-gesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungs-gerichts  Beschluss des Bundestags vom 29.9.2016, die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses anzunehmen  (rückwirkendes Inkrafttreten zum 1.7.2016)	Zustimmung des Bundesrates (vorauss. am 14.10.2016) und Veröffentlichung im BGBI.	und gleichgeschlechtliche Paare geholfen werden kann.
328	18/1747	20.03.2015	Schleswig-Holsteins Dächer frei für drahtlosen Internetzugang (WLAN)-	Das Interessenbekundungsverfahren sowie die Prüfung der technischen Voraussetzungen zur Umsetzung der Vorgaben des Landes ist durchgeführt worden.	Eine genaue Abstimmung mit den Anbietern soll bis Ende 2016 erfolgen.	Annahme des Antrages Drs.18/1747 in der Fassung der Drs. 18/2801
329	18/2793	20.03.2015	Bericht - Vorstellungen der Landesregierung zur Neuordnung der Lehrerbildung	Umgesetzt durch „Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes“ vom 26.01.2016 (GVObI. 2016, S. 32) sowie durch Landesverordnung über die Laufbahngruppe 2 in der Fachrichtung Bildung(LVO-Bildung) vom 19.07.2016 (GVObI. 2016, S. 574).		
330	18/2806	20.03.2015	Bericht zur Entwicklung der Oberstufen an Gemeinschaftsschulen	Mündlicher Bericht in der Juni-Tagung 2015.		

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
331	18/2803	20.03.2015	Mehr Flexibilität für kleine Grundschulstandorte im ländlichen Raum	Information der Schulträger, Schulkonferenzen und den Kreisen sowie die Beratung und Moderation als auch die Beteiligung der Eltern erfolgt im konkreten Fall. Dabei handelt es sich in allen Fällen um Einzelfallberatungen. Die ELER-Mittel werden durch das MELUR in enger Abstimmung mit dem MSB vergeben. Prüfung der standortrelevanten Schulen unter Berücksichtigung des Elternwahlrechts war bisher in keinem Fall notwendig.	Positivkatalog wird im Rahmen der Novellierung der Mindestgrößenverordnung erarbeitet. Information des Bildungsausschusses über Grundschulstandorte und Außenstellen mit weniger als 100 Schülerinnen und Schülern erfolgt alle zwei Jahre (März 2017).	Die Bundesregierung hat das bestehende Aktionsprogramm Ende 2015 zunächst bis zum 31.12.2016 verlängert.
332	18/2968 Ziff. 1	20.05.2015	Arbeit der Mehrgenerationenhäuser für die Zukunft sichern!	03.12.2015 Mitarbeit bei der Gestaltung des neuen Bundesprogramms im Rahmen der Bund-Länder-Kommunale Spitzenverbände-Runde in Berlin	27.07.2016 Zustimmendes Votum zum positiven Auswahlvorschlag für alle Mehrgenerationenhäuser in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	Zum 01.01.2017 startet ein neues Bundesprogramm zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern in Deutschland. Damit wird das bis Ende 2016 laufende Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II in eine weitere Förderung überführt.  Alle bisher geförderten MGHs in Schleswig-Holstein haben sich erfolgreich an dem Interessenbekundungsverfahren

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
333	18/2971	20.05.2015	Anforderungen an ein Bundes teilha begesetz	Schleswig-Holstein hat sowohl in der Länderanhörung zum Referentenentwurf beim BMAS am 23.05.2016 als auch im 1. Durchgang des Bundesrats (Drs 428/17(B) im Sinne des LT-Beschlusses Stellung ge nommen und votiert.	Nach den Beratungen im Bun destag (2./3. Lesung am 02.12.2016) entscheidet 16.12.2016 entscheidet der Bundesrat im 2. Durchgang	beteiligt und wurden aufgefor dert, bis zum 31.10.2016 ihren Antrag über das Förderportal des Bundes beim Bundesamt für Familie und zivilesell schaftliche Aufgaben einzu reichen.
334	18/2978	20.05.2015	Schleswig- Holstein ist auf den doppelten Abiturjahrgang vorbereitet		Beschluss der Hochschul kommission „Zukunfts paket Hochschulen“ im Juli 2015: u.a. Erhöhung der Grundfinan zierung ab 2016; HSP III; Ver stetigung HSP Landesmittel ab 2022; Baumaßnahmen aus HSP Mitteln und Rücklagen der Hochschulen.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
335	18/2807 (neu)	21.05.2015	Kein Flickenteppich in Deutschland beim Gentechnik-Opt-out!	Bundesrat: Einbringung eines Gesetzesentwurfes gemeinsam mit anderen Ländern zur Änderung des Gentechnikgesetzes der durch den Bundesrat am 25.9.2015 angenommen wurde (BR-Drs. 317/15)		
336	18/2628	22.05.2015	Europäisches Jahr der Entwicklung	Befassung und Beschluss Agrarministerkonferenz 15. April 2016 TOP 25 inkl. Protokollklärung SH u.a. Länder  15-05-06 Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses Drs. 18/2957	Ende 2015 Erhöhung des Ansatzes für die institutionelle Förderung des „Bündnis eine Welt“ im Landeshaushalt 2016 auf 40 T€  Ko-Finanzierung des Promotorenprogramms für entwicklungspolitische Inlandsarbeit mit 100 T EUR p.a. (Laufzeit 2016-18)  2016-03-08 Beschluss der Landesregierung zur Implementierung der UN-Nachhaltigkeitsziele in die Landespolitik	Implementation der UN-Nachhaltigkeitsziele in die Landesentwicklungsstrategie und die Fachstrategien des Landes
337	18/2977	22.05.2015	Bericht zum Um-			Erlidigt durch Berichterstat-

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			setzungsstand und zu den weiteren Perspektiven der Open-Access-Strategie der Landesregierung	tung der Landesregierung im August 2015 (Drs. 18/3265)		
338	18/2917	22.05.15	Berichtsantrag zur HSH Nordbank AG	Bericht der Landesregierung erfolgt 18/3052 (neu), Plenarsitzung vom 22.05.2015		
339	18/2970 (neu)	22.05.2015	Mehr Flüchtlings- schutz in Europa!	<b>Nachfolgeregelung zur Mission „Mare Nostrum“:</b> Als Nachfolge der Mission Mare Nostrum sind bereits die Operationen Triton und Poseidon eingerichtet worden. Diese werden durch Aufstockung der finanziellen und operativen Mittel verstärkt. Gleichzeitig wird das Einsatzgebiet ausgeweitet, um im Rahmen des Frontex-Mandats in einem größeren Radius operieren zu können. Zwischenzeitlich sind zwei Schiffe der Deutschen Marine im Rahmen dieser Operationen im Einsatz. Pressemeldungen über Rettungen von Flüchtlingen aus Seenot ist zu entnehmen, dass die Operationen erfolgreich verlaufen. Frontex ist in diese Operationen eingebunden. <b>Bekämpfung des Schleuswesens durch legale Fluchtwiege:</b>	Durch die EUROSUR-Verordnung soll nicht nur allein die Außengrenzüberwachung gestärkt werden. Die ange- dachten Möglichkeiten des Systems sollen entsprechend der EUROSUR-Verordnung auch der Würde des Menschen dienen. Sie räumen den besonderen Bedürfnissen von Kindern, unbegleiteten Minderjährigen, Opfern des Menschenhandels, Personen, die dringend medizinische Versorgung benötigen, Personen, die internationalen Schutz benötigen, Personen in Seenot und anderen Personen, die sich in einer besonders schwierigen Situation befinden, Vorrang ein.	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				<p>Die Landesregierung unterstützt den Gedanken, legale Wege in die Schutzsysteme der Europäischen Union zu schaffen. Wie diese aussehen können, ist aber nach wie vor nicht konkret absehbar. Daneben verfolgt die EU bereits das Ziel, die Schleusertätigkeiten insbesondere in den nordafrikanischen Staaten zu bekämpfen.</p> <p><b>Humanitäre Aufnahmen:</b> Die Landesregierung ist in dieser Hinsicht bereits traditionell sehr aktiv. Seit 2005 hat sich SH an einer Reihe unterschiedlichster Aufnahmeaktionen für Einzelpersonen (§ 22 AufenthG) und Gruppen von Personen (§ 23 AufenthG) beteiligt.</p> <p><b>Abschaffung Dublin-Verordnung:</b> Das Gemeinsame Europäische Asylsystem stellt ein gemeinsames Regelwerk dar, das in der Theorie unter anderem auf dem Grundgedanken der Solidarität und Unterstützung der Mitgliedstaaten basiert. In der Praxis harrt dieser Grundgedanke allerdings der Akzeptanz. Nur fünf Mitgliedstaaten</p>		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				<p>nehmen etwa 75% aller schutzzsuchenden Menschen in der EU auf. Eine Abschaffung des Dublin-Systems wäre daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt das falsche Signal an die in dieser Hinsicht „inaktiven“ Mitgliedstaaten.</p> <p>Eine Abschaffung des Dublin-System wäre erst dann denkbar, wenn sich die Mitgliedstaaten alternativ auf ein Verteilssystem nach einem festgelegten Schlüssel geeinigt haben.</p>	<p><b>Schaffung EU-weiter Standards:</b></p> <p>Diese Standards sind bereits durch die Regelungen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geschaffen worden. Sie müssen allerdings noch durch alle Mitgliedstaaten umgesetzt und angewendet werden.</p> <p><b>Anpassung der deutschen und europäischen Außenpolitik:</b></p> <p>In diesen Bereichen existiert nach der Schaffung einer gemeinsamen EU-Außenpolitik bereits eine gute Zusammenarbeit und es werden erhebliche Leistungen sowohl durch</p>	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				die EU als auch durch die Mitgliedstaaten in der Entwicklungszusammenarbeit erbracht.		
340	18/3003	22.05.2015	Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der LR über die Umsetzung des Flüchtlingsspaktes	Berichte sind erfolgt: Drs. 18/3340 Drs. 18/3906 Drs. 18/4619	Bericht März 2017	
341	18/2804 (neu)	22.05.2015	Aufrüstung der Geheimdienste stoppen	Positionierung der LR bereits in der 933. BR-Sitzung v. 08.05.2015. Hierüber erfolgte Bericht durch die LR mit Schreiben vom 12.05.2015 an den IR-Ausschuss des LT. Das BVerfSchG war <u>nicht</u> zu-stimmungspflichtig. Es ist am 21.11.2015 in Kraft getreten. Damit hat die Angelegenheit ihren Abschluss gefunden.		Der BauNvO-Entwurf regelt die Zulässigkeit von Ferienwohnungen in den einzelnen Baugebietstypen. Die im Referentenentwurf vor-gesehenen Regelungen sind geeignet, Rechtsklarheit und -sicherheit hinsichtlich der Zu-lässigkeit von Ferienwohnun-gen in allen geeigneten Baugebietstypen der BauNvO zu schaffen. Den Kommunen wird ermög-licht, abweichende Regelun-
342	18/2219	22.05.2015	Bundesratsinitiative zur Schaffung größerer Rechts-sicherheit bei der Nutzung von Ferienwohnungen	Es liegt bereits ein Referen-tentenwurf des BMUB zur Än-derung der Baunutzungsver-ordnung vor. Hier sind Regelungen zur bau-planungsrechtlichen Einord-nung von Ferienwohnungen enthalten.		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
343	18/2967	22.05.2015	Bericht zur Errichtung eines Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung (SHIBB)	Gutachten zur Errichtung eines Instituts für Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein, Empfehlungen für eine Rechts- und Organisationsform und den Errichtungsprozess, erstellt durch Prognos AG, veröffentlicht am 22.07.2016.	Es liegt dem Landtag ein Antrag (Drs. 18/4732) vor, der die Konzipierung eines Errichtungszeitplans, eine vorbereitende Gesetzgebung, die Erarbeitung der Organisationsstruktur und die Erarbeitung der Zusammensetzung und der Aufgaben eines Kuratoriums einfordert.	gen in ihren Bauleitplänen zu treffen. Die Bauaufsichten erhalten eine Grundlage zur Entscheidung über Bauanträge. Die LR wird das weitere Gesetzgebungsverfahren fachlich begleiten.
344	18/4245	10.06.2015	Lückenlose Videoüberwachung in Schleswig-Holsteins Zügen verhindern	Gemäß Eckpunktpapier (Umdruck 18-6393) ist eine Videoaufzeichnung im für die Linien RE8/ RE80 vorgesehen. Nicht vorgesehen ist eine Videoaufzeichnung für die Züge nach Puttgarden.	Erledigt	
345	18/3114	17.06.2015	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015		Beschlussfassung über Nachtragshaushalt 2015 (Drs. 18/2998) am 17.06.2015, Plenarprotokoll 18/90 S. 7597 ff.	wie oben zu Drs. 18/581 (neu)
346	18/3076 (neu)	18.06.2015	Beendigung der Verfassungswidrigen Diskriminierung eingetratener			wie oben zu Drs. 18/581 (neu)

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			Lebens- partnerschaften, Ehe für alle - Gleichstellung jetzt!			
347	18/3113	18.06.2015	Ungleichbehand- lung von eingetra- genen Lebens- partnerschaften beenden	wie oben zu Drs. 18/581 (neu)	wie oben zu Drs. 18/581 (neu)	
348	18/2963 (neu)	18.06.2015	Generalangriff auf freie WLAN- Netzwerke und Filehoster stop- pen: Verschärfung der Störerhaftung verhindern	Die Landesregierung hat mit einer Stellungnahme zur 854. Sitzung des Wirtschaftsaus- schuss des Bundesrates am 22.10.2015 (Br-Drs. 440/15) sowie mit der Unterstützung von Länderanträgen zur be- schlossenen Umsetzung bei- getragen.	Mit dem Haushalt 2016 hat die Landespolizei 56 Planstellen und Stellen inkl. eines Budgets von 2,5 Mio. € abgebaut.	Die Landespolizei ist vom wei- teren Stellenabbau ausge- nommen.
349	18/3115	18.06.2015	Strategiekonzept zum Stellenabbau in der Landespoli- zei		Die Planstellen und Stellen sind durch die Auflösung der Polizei-Big-Band, die Zentrali- sierung der Erstellung des Verkehrsunfallagebildes und der Video-Kfz sowie durch die Fusion der Polizeibehörden Flensburg und Husum erwirt- schaftet worden.  Darüber hinaus sind 81 Plan-	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				stellen durch intern untersuchte Bereiche zur Stelenumsteuerung genutzt worden.		
350	18/3121	19.06.2015	Europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie	Die Landesregierung trägt mit ihrer Energiewendepolitik dazu bei, dass ein europäischer Atomausstieg möglich wird. Sie hat zudem immer wieder Forderungen nach einer Europäischen Energiewende unterstützt. Zuletzt auf der Umweltministerkonferenz im Juni 2016 unterstützte sie einen Antrag der die Bundesregierung aufordert, sich für eine raschere Stilllegung grenznaher Atomkraftwerke einzusetzen. Darüber hinaus berät der Bundestag den Antrag "Atomausstieg voranbringen – Euratom-Vertrag reformieren oder aussteigen" (BT-Drs. 18/8242). Der Antrag befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung im Deutschen Bundestag. Die Bundesregierung plant, das Gesetzgebungsverfahren bis Mitte 2017 abzuschließen.		
351	18/2496	19.06.2015	Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln	Antrag als Beitrag zur Strategiediskussion der Norsee-Kommission eingebracht und vertreten	Mit Drs. 18/3133 vom	
352	18/2956	19.06.2015	Bericht - Zukunft			

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache (neu) 2. Fassu- ng</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
			der Rechtsmedizin an den Universi- tätsklinikstandor- ten Kiel und Lübeck	30.06.2015 wurde dem Land- tag berichtet.		
353	18/3064	19.06.2015	Historische Perso- nenumlaufzüge erhalten	Anhang 1 Nr. 4.4 der Be- trSichV von 2014 regelte zu- nächst, dass Personenum- laufzüge nur von Beschäf- tigten benutzt werden durften. Diese Vorschrift wurde im Juni 2015 dahin geändert, dass Paternoster auch wieder von der Öffentlichkeit benutzt werden können Dazu wurden den Betreibern besondere Schutzmaßnahmen vorgege- ben: Neben - soweit möglich - zusätzlichen technischen Si- cherheitsmaßnahmen sind seitdem auch organisatorische Maßnahmen zulässig, durch welche die Benutzer über Ge- fahren, sicherheitsgerechtes Verhalten sowie weiterhin be- stehende Einschränkungen (zum Beispiel Verbot des Transportes von Lasten) auf- geklärt werden.  notwendigen. Damit ist der Erhalt der Personenumlaufzüge möglich gemacht worden.	Jährliche Erstellung des PSMB für das jeweils abgelaufene Jahr: PSMB 2015 für Berichts- 2015	Der PSMB-Berichtsumfang soll im Zuge der Einführung des IT- Verfahrens KoPers schrittwei-
354	18/4219	19.06.2015	Personalstruktur- und Personalma- nagementbericht	PSMB 2016 für Berichtsjahr 2015		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
		(PSMB) des Landes Schleswig-Holstein einführen	jahr 2014 ist erfolgt (LT-Drs. 18/3788).			se erweitert werden. Die bisherigen Berichte des Personalwesens sollen perspektivisch in ein einheitliches Berichtswesen überführt werden.
355	18/3156 i.V.m. 18/3222 und 18/3223	16.07.2015	Erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes und anderer hochschulrechtlicher Vorschriften	Das Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes ist am 29.01.2016 in Kraft getreten. In § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 HSG wurde eine Erprobungsklausel zur Übertragung der Bauherreneigenschaft auf die Hochschulen im Einzelfall aufgenommen (LT-Drs. 18/3596). Zu Drs.18/3223: Grundfinanzierung der Hochschulen wurde ab 2016 erhöht.	Zu Drs.18/3222: Initiative für ein neues Bund-Länder Programm ab 2021. Der Hochschulpakt III läuft 2020 aus. Aufgrund anhaltend hoher Studierendenzahlen ist ein neues Bund-Länder Programm aus Sicht der Landesregierung zwingend erforderlich. Es wird angestrebt, ab 2018 eine politische Initiative gemeinsam mit anderen Bundesländern in Richtung Bund zu starten	Die Kabinettsvorlage „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ ist am 27.09.2016 erstellt worden.
356	18/3226	16.07.2015	Fonds für die Heimerziehung	Es wird eine Stiftung für ein „Hilfesystem für Menschen, die als Kinder oder Jugendliche in den Jahren von 1949 bis 1975 (Bundesrepublik Deutschland) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben (Stiftung „Anerkennung und Hilfe““ errichtet werden. Damit soll das erfahrene Leid und Unrecht gesellschaftliche Anerkennung und Beachtung finden. Zudem sollen die damaligen Geschehnisse auch	Eine entsprechende Verwaltungvereinbarung über die Errichtung eines Hilfesystems für Menschen, die als Kinder oder Jugendliche in den Jahren 1949 bis 1975 (Bundesrepublik Deutschland) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben, soll möglichst von allen Beteiligten (Bund, Länder, Kirchen) bis Dezember 2016 unterzeichnet sein und <b>ab 01.01.2017 soll die Stiftung</b>	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				wissenschaftlich aufgearbeitet werden. So wird ein wesentlicher Beitrag zur Bewältigung und Aufarbeitung des Erlebten geleistet. Auch wird dadurch das erlebte Leid und Unrecht in stationären Behinderteneinrichtungen und stationären psychiatrischen Einrichtungen öffentlich sichtbar.	<p><b>starten</b>, d.h. ab diesem Zeitpunkt sollen Anmeldungen möglich sein. Im Zeitraum von Januar bis April 2017 sollen in jedem Bundesland die Anlauf- und Beratungsstellen errichten werden.</p> <p>Die Betroffenen sollen eine einmalige personenbezogene Geldleistung erhalten, die sie selbstbestimmt einsetzen können. Mit dieser soll zum einen ein weiterer Beitrag zur Anerkennung des erlittenen Unrechts und zur Befriedigung geleistet werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Ansprüche Betroffener gegen die am Unrecht beteiligten Institutionen und Personen heute nur schwer oder gar nicht mehr durchsetzbar sind. Zum anderen sollen dadurch heute noch andauernde Folgewirkungen/Belastungen, die ihre Ursache vermutlich in dem erlittenen Leid und Unrecht haben, gemildert werden.</p> <p>Vor dem Hintergrund einer notwendigen Gleichbehandlung mit den Betroffenen aus Einrichtungen der Kinder- und</p>	162

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Jugendhilfe wird eine pauschale Geldleistung in Höhe von 9.000 Euro für erforderlich gehalten. Darüber hinaus sollen Betroffene - für den Fall, dass sie sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben und dafür keine Sozialversicherungsbeiträge entrichtet wurden - eine Rentenersatzleistung erhalten. Diese soll bei einer Arbeitsdauer bis zu 2 Jahren 3.000 Euro, bei einer Arbeitsdauer darüber hinaus weitere 2.000 Euro betragen.	Mit Umlaufbeschluss 1/2016 vom 23.02.2016 hat die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) den Ergebnissen der AG zuletzt einstimmig zugestimmt. Die vorgeschlagenen Änderungen im Bereich der §§ 45ff SGB VIII bedürfen noch der Umsetzung im Bund. SH wirkt, gemeinsam mit anderen Bundesländern, auf eine schnelle Umsetzung der erforderlichen Neuregelungen hin. Ziel des MSGWG ist es, diese Änderungen im Bund noch in der laufenden Legislaturperiode abschließen zu können.	Sachzusammenhang mit Drs. 18/3212 (neu) i.V.m. 18/3452
357	18/3185	16.07.2015	Kindeswohl sicher stellen: Stärkung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe	Die landesrechtlichen Regelungen im Kontext der Heimaufsicht sind zwischenzeitig (Juni 2016) mit der Landesverordnung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen (KJVO) neugefasst und erweitert worden.  Auch eine unabhängige, niedrigschwellige Ombudsstelle ist Anfang 2016 bei der Bürgerbeauftragten für Soziale Angelegenheiten eingerichtet worden.	Zur besseren Vernetzung von Jugendämtern, Trägern und Landesjugendamt hat das MSGWG im Juni 2016 eine	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			dauerhafte und institutionali- sierte Plattform zum Austausch zu Fragen der stationären Ju- gendhilfe und der Heimerzie- hung eingerichtet. Dazu gehö- ren künftig zweimal jährlich ein Fachtreffen aller Beteiligten sowie ein wiederkehrender anlassbezogener Austausch.	Im Übrigen wird auf die Aus- führungen unten zu Drs. 18/3212 (neu) i.V.m. 18/3452 verwiesen.	Wie im Bericht der Landesre- gierung dargestellt, sind in al- len Gewässern Schleswig- Holsteins Pestizide nachweis- bar. Die Befunde sind ernst zu nehmen, ein akuter Hand- lungsbedarf ist jedoch nicht gegeben. Das MELUR wird die Untersuchungen im Rahmen des Gewässermonitorings fort- setzen und – wenn erforderlich – die notwendigen Schritte zur Fundaufklärung einleiten und Reduzierungsmaßnahmen prüfen. Das MELUR arbeitet dazu eng mit dem Umweltbun- desamt zusammen und setzt sich u.a. für strengere Anforde- rungen in der Grundwasser- richtlinie ein.	Einbeziehung der kommunalen
358	18/3165	17.07.2015	Pestizidrückstände im Grundwasser	2016-06-01 Der Umwelt- und Agraraus- schuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3319 abschließend zur Kenntnis  Zuvor hatte der UAA am 13.01.2016 eine Anhörung der Wasserversorger, Umweltver- bände und Agrarwirtschaft durchgeführt.	Sitzung Runder Tisch ,Strom-	
359	18/3167	17.07.2015	Runder Tisch			

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
		"Stromsperren verhindern" - ein-kommensschwa- che Haushalte besser unterstüt-zen	"Stromsperren verhindern" - ein-kommensschwa- che Haushalte besser unterstüt-zen	sperren verhindern" hat am 21.04.2016 stattgefunden Erarbeitung eines Leitfadens zum v. g. Thema beschlossen sowie Abstimmung mit den Teilnehmern des Runden Ti-sches erfolgt	Ebene und der Job-Center in das weitere Verfahren	
360	18/3219	17.07.2015	Unabhängige Pa-tientenberatung si-cherstellen	Trotz des Appells des Landta-ges hat der Bund die unab-hängige Patientenberatung an Sanvaris vergeben. Sie sichert Unabhängigkeit, Neutralität und Fachkompetenz zu. Gegenteilige Erfahrungen sind bislang nicht bekannt. Eine Änderung von § 65b Abs. 1 SGB V ist bislang nicht er-folgt.		
361	18/3187 (neu) 3. Fassu- ng	17.07.2015	Erhalt der ICE Anbindungen	Ab 11.12.2016: Neue Mittagsverbindung Berlin – Kiel – Berlin mit dem ICE und-zusätzliche Frühverbin-dung am Montagmorgen von Kiel nach Berlin und Sonntag-abend von Berlin nach Kiel mit ICE.		
362	18/3189	17.07.2015	Landesstraßenzu-standsbericht – aktueller Stand	Mit Bericht 18/3267 vom 02.09.2015 erledigt.		
363	18/3168 (neu)	17.07.2015	Konzept für eine neue Fehmarnsund-Querung	Die Vorplanungen für ver-schiedene Varianten eines Neubaus und für Kombinatio-nen von Neubau und Er tüchi-gung der bestehenden Fehmarnsundbrücke sind aus-		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				geschrieben. Die Region wird regelmäßig in Kommunalkonferenzen und im Dialogforum FBQ über den Fortschritt der Planungen informiert. Forderungen zu Belangen der Region können dort formuliert werden.		
364	18/3188 (neu)	17.07.2015	Priorisierung von Infrastrukturprojekten	Das Infrastrukturmodernisierungsprogramm IMPULS ist auf den Weg gebracht worden (2015). Das gleichnamige Sondervermögen wurde mit Errichtungsgesetz (Drs. 18/3501 in der Fassung der Drs. 18/3631 und 18/3680) geschaffen, Plenarprotokoll 18/105 S. 8859.	Fortlaufende jährliche Priorisierung der zur Umsetzung anstehenden Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Haushaltaufstellungsverfahrens. Das Programm IMPULS endet planmäßig 2030.	
365	18/3171	17.07.2015	Kommunalpaket des Bundes sachgerecht und schnell umsetzen	Lt. Landtags-Infothek Antrag und Änderungsantrag abgelehnt, vergl. Plenarprotokoll 18/98 vom 18.09.2015 S. 8324		Beschlussempfehlung – Ablehnung Drs. 18/2916 angenommene Änderung – Drs. 18/3211 (
366	18/3186	17.07.2015	Mietpreisbremse sichert Zugang zu bezahlbarem Wohnraum in SH	Mietpreisbremse wurde in SH umgesetzt. Auf der Basis von insgesamt neun Angebots-, Nachfrage- und Marktindikatoren, die gutachterlich ermittelt wurden, sowie einer kommunalen Selbsteinschätzung, hat die Landesregierung, die unter die Verordnung fallenden Kommunen identifiziert und daraufhin die Verordnung am 01.12.2015 erlassen.		
367	18/2989	17.07.2015	Verbindliche frühe	Der Landtag hat im Rahmen		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
			Öffentlichkeitsbe teiligung bei der Planung von Vorhaben in der Trägerschaft des Landes	der gesetzlichen Regelung einer freiwilligen frühen Öffentlichkeitsbeteiligung (Änderung des § 83a LVwG vom 1.09.2015) durch Planungsträger die Landesregierung aufgefordert, per Erlass zu regeln, dass das Land, wenn es Planungsträger ist, immer eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen hat. Ein Erlassentwurf wurde gefer tigt. Er wird nun noch inhaltlich mit dem Entwurf eines Leitfa ders für frühe Öffentlichkeitsbeteiligung abgestimmt und dann gemeinsam mit diesem veröffentlicht.		
368	18/3086 18/1860	17.07.2015	Zugang des Landtages zur Bundesdatenbank EUDISYS	Die seitens der Landesregie rung mehrfach genannten Hin dernisse für eine Initiative im Sinne des Beschlusses (Bun desratsinitiative zur Änderung des EUZBLG) bestehen weiter. Die ablehnende Haltung der Bundesregierung hat sich nicht geändert. Die Verhandlungen der Länder mit der Bundesre gierung sind zum Stillstand gekommen.	Die Landesregierung wird den Beschluss bei zukünftigen Be ratungen über das EUZBLG im Blick behalten.	
369	18/3161	17.07.2015	Anwendbarkeit des Erlasses zu Windenergie evaluieren	Bericht des Ministerpräsiden ten vom 08.09.2015; Drucksache 18/3266.	Keine. Vorgang abgeschlossen.	
370	18/3225	17.09.2015	Verbot bienenge-	Derzeit gelten für drei Wirksto	AMK 1/2017	

Lfd. Nr.	Druck-sache (neu)	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
			fährlicher Neonikotinoide ausweiten!	fe aus der Gruppe der Neonicotinoide - Clothianidin, Imidacloprid, Thiamethoxam - Anwendungsbeschränkungen bei Kulturen, die für Bienen attraktiv sind. Bis zum Jahr 2017 überprüft die Europäische Behörde für Lebensmittel sicherheit (EFSA), inwieweit diese Teilverbote in der EU auch künftig gerechtfertigt sind. Dann wird entschieden, ob die drei Wirkstoffe weiterhin nur beschränkt zum Einsatz kommen dürfen. Die Landesregierung hat sich u.a. auf Umweltministerkonferenzen wiederholt für ein Verbot ausgesprochen, zuletzt am 16. Juni 2016.		
371	18/ 3372 (neu) i.V.m. 18/3354	17.09.2015	Betreuungsgeld verfassungswidrig: Bundesmittel den Ländern zur Verfügung stellen und Familien stärken	In der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 24.09.2015 wurde beschlossen, die aus dem Betreuungsgeld freiwerdenden Mittel den Ländern zunächst für die Asyl- und Flüchtlingspolitik zur Verfügung zu stellen. Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) hat die Bundesregierung mit Beschluss vom 2./3. Juni 2016 aufgefordert, diese Mittel ab 2019 dauerhaft zur	Die Umsetzung des JFMK-Beschlusses ist bundespolitisch in der Zukunft einzufordern.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
372	18/3313 (neu)	18.09.2015	Berichtsantrag Chronotypen	Verbesserung der Kinderbetreuung und für familienpolitische Leistungen zur Verfügung zu stellen.	Die Zuständigkeit für die mögliche Umsetzung einzelner Empfehlungen aus dem Bericht liegt im Bildungsministerium.	Die Federführung für die Erstellung des Berichtes hatte das MSGWG. Der Bericht ist abgeschlossen.
373	18/3329 (neu)	18.09.2015	Maßnahmen zur Suchtkrankenhilfe in Schleswig-Holstein		Bericht der Landesregierung über die Maßnahmen zur Suchtkrankenhilfe Drucksache 18/3607 vom 01.12.2015	Die im Bericht beschriebenen Maßnahmen werden fortlaufend umgesetzt und den aktuellen Bedarfen angepasst.
374	18/3345 (neu)	18.09.2015	Berichtsantrag zum Breitbandausbau in Schleswig-Holstein sowie zur Umsetzung von Breitband 2030		Die Landesregierung hat den Bericht zum Breitbandausbau in Schleswig-Holstein, insbesondere zur Umsetzung der Breitbandstrategie 2030 abgeben (Drs. 18/3511 vom	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
375	18/3343 (neu)	18.09.2015	Erstaufnahmeeinrichtungen in SH	04.11.2015). Erbetener Bericht wurde in der 100. Tagung gegeben.		Beratung erfolgte im Zusammenhang mit diversen weiteren Anträgen.
376	18/1791 18/3268	18.09.2015	Resolution zum Erhalt der Förderzentren	Die Inhalte der Resolution wurden im Rahmen des im August 2014 dem Landtag vorgelegten Berichts „Inklusion an Schulen“ (Drs. 18/2065) aufgegriffen.		
377	18/2336 18/3269	18.09.2015	Alternativer beruflicher Werdegang von Studienabbrechern in Schleswig-Holstein	Die Drs. 18/2336 wurde in der Fassung der Drs. 18/3269 in der September-Tagung 2015 beraten. Die Aufträge des Ursprungsantrages wurden damit nicht weiterverfolgt.		
378	18/3409	14.10.2015	Moratorium für die Zulassung von Glyphosat!	TOP 31 der AMK 15.04.2016 s. Protokollerklärung SH und anderer Länder		
379	18/3424 18/3463	14.10.2015	Demokratie lebt auch von Wahlbeteiligung	Erbetener Bericht wurde in der 43. Tagung gegeben (Drs. 18/3902).		
380	18/3423	14.10.2015	Unterstützung der Olympia/Paralympics-Bewerbung Hamburgs und der Bewerbung Kiels für die Austragung der Segelwettbewerbe	Beschluss war in die Zukunft gerichtet, mit Blick auf einen positiven Ausgang des Olympia-Referendums		Beschlüsse obsolet wg. negativem Ausgang des Olympia-Referendums am 29.11.2015
381	18/3425	15.10.2015	Medizinische Versorgung von Flüchtlingen sicherstellen	Die „Einführung der Gesundheitskarte“ für Asylsuchende. Ist flächendeckend umgesetzt durch Erlass vom 29.12.2015.	3. Fördermittel sollen bis Dezember 2016 beschieden werden und dann schnellstmöglich in die Umsetzung ge-	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
			Zu den einzelnen Punkten der Drucksache: 1. Sicherstellung med. Versorgung EAE seit Anfang 2016 erfüllt 2. Sicherstellung Impfung gem. StiKo seit Anfang 2016 erfüllt 3. Stärkung Notfallversorgung Sondermittel bedarfsorientiert verplant 4. Förderung von Traumabehandlung in verschiedenen Projekten seit Sommer 2016 5. Anerkennung berufliche med. Qualifikation klar strukturierter Ablauf vorgegeben, wird weiterhin transparent dargestellt und über das LASD vermittelt.	bracht werden 4. Projekte Monitoren und ggf. Anpassen 5. Verbesserung der Schnittstellen durch Fachtagung IQ Landesnetzwerkes mit Teilnahme Ministerin		
382	18/2449 18/3427	15.10.2015	Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in SH, Deutschland und Europa – Asylgesetzgebung anpassen	Umsetzungsschritte erfolgen über die jeweiligen Handlungsfelder des Flüchtlingspaktes in jeweiliger Ressortzuständigkeit und sind z.T. abgeschlossen.		
383	18/3472	16.10.2015	Pflegende Angehörige ausreichend unterstützen und stärken	Die Gesetzesvorhaben PSG I, II u. III sind von Landeseite kontinuierlich begleitet worden. Die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung ist eine Daueraufgabe.	Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, Stärkung der Rolle der Kommunen	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
384	18/3412	16.10.2015	Folgen aus dem Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung für den UKSH-Neubau	Der Bericht wurde im Nov. 2015 zur 37. Sitzung des Landtags vorgelegt - Drs. 18/3512		
385	18/3473	16.10.2015	Sicherung einer qualitativ hochwertigen stationären Versorgung in Schleswig-Holstein	<p>Die Landesregierung hat sich bei der Erarbeitung des Krankenhausstrukturgesetzes (KHSG) für die im Antrag genannten Punkte eingesetzt:</p> <p>Pkt. 1: Das Pflegeförderprogramm wird ab 2016 im Rahmen der Budgetverhandlungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen umgesetzt.</p> <p>Der Umfang der Umsetzung hängt von den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort ab.</p> <p>Pkt. 2: Es sind im KHSG verschiedene Maßnahmen enthalten, die diese Forderung betreffen. Der Zeitplan der Umsetzung ist für die einzelnen Maßnahmen jedoch sehr unterschiedlich. Insgesamt kann mit Ergebnissen nicht vor 2018 gerechnet werden.</p> <p>Pkt. 3. Der Strukturfonds ist im Gesetz so konzipiert, dass der Abbau nicht benötigter stationärer Kapazitäten sowie Konzentrationsprozesse fördertätig sind. Das MSGWG prüft gemeinsam mit den Kranken-</p>	<p>Antragsschluss für Projekte des Strukturfonds ist der 31.07.2017</p>	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				kassen derzeit noch mögliche Projekte. Pkt. 4 Das KHSG sieht Regelungen für eine besondere Vergütung von Zentren unter bestimmten Voraussetzungen vor. Besondere Vergütungen für Maximalversorger und Extremkostenfälle sind weiterhin nicht vorgesehen. Allerdings hat es Anpassungen in der Bewertung dieser Leistungen gegeben, die zu etlichen Fällen zu einer höheren Vergütung führen.		
386	18/3418	16.10.2015	Bericht Regional-sierungsmittel und GVFG	Der Bericht wurde am 16.10.2015 zur Kenntnis genommen – vgl. Sammeldrucksache 18/3429, Plenarprotokoll 18/101 Seite 8557.		
387	18/3163 18/3164 18/3379	16.10.2015	Verlässlichkeit an Förderzentren mit Schwerpunkt Geistige Entwicklung Verbesserung der Elternbeteiligung und Elternberatung an den Schulen	Im Rahmen einer Veranstaltung des Bildungsdialogs im Juni 2016 wurde mit Betroffenen erörtert, auf welche Weise die Beteiligungsrechte und -möglichkeiten der Eltern von Kindern mit Förderbedarf verbessert werden können. In der Folge hat sich auch der LEB GS/FÖZ mit der Thematik beschäftigt und im September 2016 konkrete Vorschläge unterbreitet.	Die Sicherstellung der zeitlichen Verlässlichkeit gehört zu den Eckpunkten der für 2017 beabsichtigten umfassenden Änderung der Landesverordnung über sonderpädagogische Förderung (SoFVO). Im Vorriff bis zum In-Kraft-Treten wird Verlässlichkeit im Sinne des Antrags durch schulaufsichtliches Handeln gewährleistet. Aktuell werden die Vorschläge des LEB zu Beteiligungsrechten und -möglichkeiten geprüft.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
					Außerdem werden an zwei Förderzentren laufenden Schulversuche ausgewertet. Auf dieser Grundlage werden untergesetzliche Regelungen umgesetzt werden; eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes wird ggf. vorbereitet.	
388	18/3410	16.10.2015	Handlungspan Sprachpolitik	Mündlicher Bericht MP im Landtag in der November sitzung des Landtags 2015.		Abgabe des geforderten Be richts.
389	18/3535	19.11.2015	Umsetzung der Resolution des 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Hamburg	Unterrichtung im Rahmen des Europaberichts 2015-2016 (Drs. 18/3911), 41. Tagung des Landtages		
390	18/3589	19.11.2015	Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements	Das bürgerschaftliche Engagement in der Flüchtlingshilfe wird seit Mitte 2016 durch zwei neue Landesprogramme (Beratungsstellen und lokale Koordinierung), zwei neue Personalstellen im MSGWG sowie die Entwicklung eines Fortbildungspools gefördert. Die Bundesregierung hat ein BFD Sonderprogramm „BFD mit Flüchtlingsbezug“ ab November 2015 mit 10.000 weiteren Plätzen bereitgestellt.	Ab 2017: Begleitung der neu entstandenen Beratungsstellen und der Koordinierungsstellen für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe, Weiterentwicklung der Unterstützungsmaßnahmen und der landesweiten Vernetzung für diesen Bereich läuft	
391	18/3507	19.11.2015	Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks in		Der Kaufvertrag ist durchgeführt.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			Lübeck, Kronsfor- der Landstraße, für die Errichtung einer Erstauf- nahmeeinrichtung für Asylbewerber			
392	18/3553	19.11.2015	Für eine bessere Flüchtlings- und Einwanderungspo- litik	<b>Zu Ziffer 2:</b> Das hier beschriebene Prinzip wird seit der Eröffnung der Ankunftszentren (in SH in Neumünster und Glückstadt) durch das Bundesamt verwen- det. Unterschieden werden Herkunftsländer mit hoher (> 50 %, Syrien, Eritrea, Jemen, Irak (relig. Minderheiten)) so- wie geringer Schutzquote (<20 %, Armenien, Afghanis- tan, Türkei, Russische Födera- tion, sichere HKL). Über Asyl- anträge von Personen aus Ländern, die diesen Katego- rien zugeordnet sind, ent- scheidet das BAMF zukünftig innerhalb weniger Tage. Der bestehende Antragsstau soll bis 03/2017 abgebaut sein.	<b>Zu Ziffer 3</b> Im Jahr 2015 hat eine Reihe von Konferenzen der Minister- präsidentinnen und Minister- präsidenten sowie der Chefin- nen und Chefs der Staatskanz- leien zur Flüchtlingspolitik	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>stattgefunden. Vielfaches Thema war hier die personelle Situation beim BAMF. SH hat sich hier stets für einen persönlichen Aufwuchs beim BAMF eingesetzt.</p> <p>Zusätzlich hat sich Innenminister Strudt mit Schreiben vom 06.11.2015 in gleicher Sache direkt an Bundesinnenminister Thomas de Maizière gewandt.</p> <p><b>Zu Ziffer 4:</b></p> <p>Arbeitsmarktverbote werden in SH nicht als „Sanktionsmittel“ angewendet. Die „Ist-Regelungen“ der Bundesnormen (jetzt: § 60a Abs. 6 AufenthG für Geduldete und § 61 Abs. 2 S. 4 AsylG für Asylbewerber) enthalten zwingende Versagungsgründe, bei deren Vorliegen eine Ermessensausübung der Ausländerbehörde von vornherein ausgeschlossen ist.</p> <p>22.01.2015:</p> <p>Im Verfahren zum Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung unterstützte SH im BR-In den Antrag von RP und NI zur Streichung des Arbeitsverbots für Geduldete (damals § 33 BeschV). Der Antrag fand erneut keine Mehrheiten.</p>		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p><b>Zu Ziffer 5 und 8:</b> Umsetzungsschritte erfolgen über die jeweiligen Handlungsfelder des Flüchtlingspaktes in jeweiliger Ressortzuständigkeit und sind z.T. abgeschlossen.</p> <p><b>Zu Ziffer 9:</b> Im Rahmen der Beteiligung an der Erörterung grundsätzlicher Positionen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem wird seitens SH regelmäßig darauf hingewiesen, dass die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingsbewegungen der Solidarität aller Mitgliedstaaten und damit der gleichmäßigen Aufgabenverteilung bedarf. Von einer dahingehenden Einigung sind die Mitgliedstaaten allerdings weit entfernt.</p> <p>Gegenwärtig erfolgt eine Überarbeitung des Dublin-Systems mit dem Ziel, das Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie einen Mechanismus zur Entlastung von Mitgliedstaaten mit einer unverhältnismäßig hohen Zahl von Asylbewerbern. Diese Absicht der EU-Kommission wird von SH als ein Schritt in Richtung mehr Solidarität wahrgenommen und unterstützt.</p>		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
393	18/3426 18/3591	19.11.2015	Rechtsstaat durchsetzen – Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften	<ul style="list-style-type: none"> <li>- In den Unterkünften des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten erfolgt die Aufklärung, insbesondere auch asylsuchender Frauen, über ihre Rechte, auch in Bezug auf geschlechterspezifische Gewalt, durch Betreuungsverbände oder die Polizei.</li> <li>- Schutz vor Misshandlung und jeglicher Form von Gewalt muss für alle Bewohner gewährleistet werden. Entsprechende Präventions-, Interventions- und Schutzmaßnahmen finden sich in den Erstaufnahmeeinrichtungen.</li> <li>- Bei allein reisenden Frauen, ggfs. mit Kindern, aber auch bei anderen besonders schutzbedürftigen Personen werden spezifische Bedürfnisse bei der Unterbringung berücksichtigt.</li> </ul>	<p>Aktuell werden durch das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten (MIB) gemeinsam mit dem Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA), den Betreuungsverbänden sowie dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung (MSGWG) die bestehenden Schutzmaßnahmen der Landesunterkünfte zusammengeführt, weiterentwickelt und als Standards neu ver-schriftlicht.</p> <p>Die Fertigstellung des Schutzkonzeptes für die Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein ist noch im Laufe des zweiten Halbjahres geplant.</p>	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<ul style="list-style-type: none"> <li>- Generell arbeiten die Betreuungsverbände mit qualifiziertem hauptamtlichem Personal, das über spezielle Ausbildungen verfügt.</li> <li>- Asylsuchende, die sich im laufenden Asylverfahren befinden, können nach der aktuellen Rechtslage den Antrag auf Umverteilung in ein anderes Land bzw. die Umverteilung in einen anderen Kreis beantragen. Die Wohnsitzauflage darf aber erst geändert werden, wenn die Zustimmung der Ausländerbehörde des Zugsorts vorliegt.</li> </ul>		
394	18/3460 (neu)	20.11.2015	Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein	2015-12-02 Bericht Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Drucksache 18/3608		
395	18/3547	20.11.2015	Vorratsdatenspeicherung in den Vermittlungsausschuss	SH unterstützte im Bundesrat (Plenum) am 06.11.2016 zu TOP 6 („Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“, BR-Drs. 492/15) den (letztlich unterlegenen) Antrag Thüringens, zu dem Gesetz den Vermittlungsausschuss mit dem Ziel der grund-		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				legenden Überarbeitung einzuverufen. Justizministerin Anke Spoerrendonk gab zudem folgende Erklärung zu Protokoll: „Die Landesregierung Schleswig-Holsteins lehnt die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung als problematischen Eingriff in die Grundrechte grundsätzlich ab. Sie setzt sich daher auch im Bundesrat gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung ein“ (siehe Plenarprotokoll 938, S. 416 [A] und S. 437, dort Anlage 4).		
396	18/3529	20.11.2015	Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen	mündlicher Bericht von VIII M in der LT-Sitzung am 20. November 2015		Außerdem mündlicher Bericht von VIII St im Sozialausschuss am 12. November 2015, dabei auch Vorstellung des ION-Übergangs-konzepts, Umdruck 18/5145
397	18/3212 (neu) i.V.m. 18/3452	20.11.2015	Kindeswohl sicherstellen: Stärkung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die personelle Verstärkung der Heimaufsicht ist zwischenzeitig erfolgt. Mit Stand zum 01.10.2016 sind 12 pädagogische Fachkräfte im Referat Heimaufsicht beschäftigt.</li> <li>2. Die Kinder- und Jugendeinrichtungsverordnung (KJVO) ist zwischenzeitig neu gefasst worden und in Kraft getreten mit Veröffent-</li> </ol>	<p><b>Zu 1:</b> Die personelle Ausstattung der Heimaufsicht und des Landesjugendamtes wird weiter evaluiert. Ziel der Landesregierung ist es, eine dauerhaft leistungsstarke Heimaufsicht für die Aufgaben nach § 45ff SGB VIII beim Landesjugendamt zu sichern.</p> <p><b>Zu 4:</b> Mit Umlaufbeschluss 1/2016</p>	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				<p>lichung im Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28. Juli 2016.</p> <p><b>3.</b> Eine unabhängige Obdus-stelle für Kinder und Ju-gendliche ist Anfang des Jahres 2016 bei der Bür-gerbeauftragten für Soziale Angelegenheiten des Lan-des Schleswig-Holstein eingerichtet worden. Om-budsstelle und MSGWG arbeiten bereits eng und vertrauensvoll zusammen.</p> <p><b>4.</b> Das MSGWG hat sich zwi-schen Juni und Dezember 2015 im Rahmen der Bund-Länder-AG zur Weiterent-wicklung und Stärkung der Regelungen der §§ 45ff SGB VIII aktiv eingearbeitet und sich federführend fol-gender Themen angenom-men:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Erweiterung der Möglich-keiten von nicht-anlassbezogenen Über-prüfungen</li> <li>- Einfügung des Tatbe-standsmerkmals der Zu-verlässigkeit in § 45 Abs. 2 SGB VIII</li> </ul>	<p>vom 23.02.2016 hat die Ju-gend- und Familienminister-konferenz (JFMK) den Ergeb-nissen der AG zuletzt einstim-mig zugestimmt. Die vorge-schlagenen Änderungen im Bereich der §§ 45ff SGB VIII bedürfen noch der Umsetzung im Bund. SH wirkt, gemeinsam mit anderen Bundesländern, auf eine schnelle Umsetzung der erforderlichen Neuregelun-gen hin. Ziel des MSGWG ist es, diese Änderungen im Bund noch in der laufenden Legisla-turperiode abschließen zu können.</p>	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
				<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiterentwicklung der Handlungsmöglichkeiten der Aufsicht bei festgestellten Mängeln in einer Einrichtung</li> <li>- Neufassung der Dokumentationspflichten des Trägers in § 47 Abs. 3 SGB VIII</li> </ul> <p>Die länderoffene AG hat im Zeitraum von Juni bis Dezember 2015 Vorschläge erarbeitet, die nach erfolgter AGJF-Beschlussfassung Ende Januar 2016 zuletzt in ein JFMK-Umlaufbeschlussverfahren zu diesen Arbeitsergebnissen mündeten (JFMK-Umlaufbeschluss 1/2016):</p>		
398	18/2368	20.11.2015	Flächendeckende Geburtshilfe im Krankenhausrahmenplan fortentwickeln	Es wurde ein Unternehmen beauftragt, das Ministerium bei der Erarbeitung eines Maßnahmenkataloges zur Verbesserung der Geburtshilfe in den Kreisen Nordfriesland und Ostholstein zu unterstützen. In beiden Kreisen wurden in 2016 Runde Tisch zu diesem Thema durchgeführt. Bei der Erarbeitung des neuen Krankenhausplanes wird geprüft	<p>Maßnahmenkatalog ist erstellt und befindet sich in der inneren Abstimmung.</p> <p>Der Krankenhausplan wird derzeit erarbeitet und soll zum 1.1.2017 in Kraft treten.</p>	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
399	18/3530	20.11.2015	Berichtsantrag – Integration von Flüchtlingen auf den Arbeitsmarkt in SH	welche planerischen Vorgaben möglich und sinnvoll sind. Schriftlicher Bericht ist mit Drs. 18/3714 vom 13.01.2016 ergangen. Abschließende Kenntnisnahme durch WI am 06.07.2016 und SOZ am 07.07.2016.		Die Umsetzung der Voten liegt in der Verantwortung der betroffenen Ressorts.
400	18/3508	20.11.2015	Bemerkungen des LRH	Zu Ziff. 2 der Drs. 18/3508 erfolgte entspr. Aufforderung an Ressorts.		Die Fragen der Förderung der Medienkompetenz durch die MA HSH und der auskömmlichen Finanzausstattung der Anstalt werden zurzeit im Rahmen eines Sechsten Mediänderungsstaatsvertrages HSH geklärt; es ist geplant, dass dieser StV im Dezember 2016 unterzeichnet wird. Zu diesem StV hat der LRH im Rahmen der Anhörung Stellung genommen.
401	18/3508	20.11.2015	Bemerkungen 2015 des LRH	Zu Ziff. 30 der Drs. 18/3508 liegen die Arbeitsplatzbeschreibungen und Dienstpostenbewertungen der Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein (MA HSH) dem LRH inzwischen vor. Nach einem Schriftwechsel hierzu zwischen der MA HSH und dem LRH hat der LRH der Stabsstelle Medienpolitik Anfang Oktober 2016 mündlich mitgeteilt, dass die Angelegenheit erledigt sei.	Keine ausstehend	
402	18/3524	20.11.2015	Berichtsantrag – Bekämpfung der Einbruchskriminalität	Erbetener Bericht wurde in der 39. Tagung gegeben (Drs. 18/3713).		Das WED-Konzept wird fortlaufend fortentwickelt, insbesondere der Bereich der Spuren- und -auswertung wurde sowohl in der Fläche als auch im Kriminaltechnischen Institut verstärkt und wird im Laufe des Jahres weiter verstärkt werden, siehe hierzu auch Drucksache 18/4573.

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
403	18/3540	20.11.2015	Bericht zur Integregation von Flüchtlingskindern ins Schulsystem	Beratung der Drs. 18/3715 in der Januar-Tagung 2016.		
404	18/3632	18.12.2015	Bewusstsein für die Bedeutung der Deutschen Einheit aufrecht-erhalten - Förderung der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup	Kleine Anfrage der CDU und Antwort der LR = Drs. 18/4046 vom 14.4.16 liegen vor. Begehung mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung ist am 20.5.16 erfolgt.	Derzeit werden länderübergreifende Gespräche im Kreis der Metropolregion Hamburg geführt. Wann mit der Fertigstellung des geforderten Konzeptes zu rechnen ist, kann derzeit nicht prognostiziert werden.	Liegt im Wesentlichen in der Verantwortung des Landesbeauftragten für politische Bildung
405	18/3635	18.12.2015	Die Zukunft des Forschungszentrums Borstel	Erledigt durch Landtagsbericht Drucksache 18/3790 vom 02.02.2016		
406	18/3647	18.12.2015	Situation der Pfeile in Schleswig-Holstein	Auf der Grundlage des ersten Landespflegeberichts – Daten, Analysen und Perspektiven zur Altenpflege – wurde der mündliche Bericht im Landtag am 18.12.2015 abgegeben.		
407	18/3643	18.12.2015	Unabhängige Verbraucherberatung absichern	am 05.02.2016 Unterzeichnung einer Zielvereinbarung für 2016 bis 2020 zwischen der Verbraucherzentrale SH und dem MWAVT mit einer erhöhten Basisfinanzierung von 870,0 T€ p.a. und 25,0 T€ p.a. für Kleinprojekte. Definition der Kernbereiche der Verbraucherarbeit und verbindliche Finanzierungszzusagen sichern eine unabhängige, niedrigschwellige und qualifizierte Verbraucherberatung durch die	Vorlage eines mittelfristigen Digitalisierungskonzeptes mit Mobilitäts- und Reichweitenmaßnahmen bis 30. Juni 2018 durch die Verbraucherzentrale SH.	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
408	18/3350 (neu)	18.12.2015	Freue Berufe in Schleswig-Holstein stärken	Verbraucherzentrale SH für 5 Jahre.	Umsetzung erfolgt im Rahmen entsprechender Bundesratsverfahren.	
409	18/3620	18.12.2015	Planung der S-Bahn-Linie S4 – Fortsetzung der Planung – unter Verwendung von Zuweisungen des Bundes gem. §5 Regionalisierungsgesetz	Die S 4 Ost ist teilweise im Entwurf des BVWP, bzw. BSchWAG in der Kategorie „potenzieller Bedarf“ aufgenommen; Planung der Leistungsphasen 3 – 4 durch DB Netz AG in 2014 aufgenommen, regelmäßige Gespräche mit BMVI über Finanzierung.	Planung und Planfeststellungsverfahren weiter führen, Realisierung.	
410	18/3638	18.12.2015	Bündnis für Industrie.SH	Start des Bündnisses für Industrie.SH (11/2015) Etablierung einer Steuerungsgruppe für das Bündnis (1. Quartal 2016) mit Arbeitsaufträgen an fünf Arbeitsgruppen der wichtigsten Handlungsfelder zur Stärkung der Industrie in SH, diverse AG-Sitzungen aller fünf AG mit der Vorbereitung von Handlungsempfehlungen (2. +3. Quartal 2016).	Erarbeitung eines Kataloges mit konkreten Handlungsempfehlungen 4. Quartal 2016).	
411	18/3728	20.01.2016	Null Toleranz bei sexualisierter Gewalt – gegen politische Instrumentalisierung der Kölner Vorgänge	Hinsichtlich des Antragsteils „Überprüfung der Konzepte der Polizei in SH gegen sex. Gewalt im öffentlichen Raum“ gilt: Einsatzkonzepte werden / wurden kontinuierlich fortentwickelt (Stichwort: fortwährender Prozess). Die Erkenntnisse		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				im Zusammenhang mit den Ereignissen der Sylvester-Nacht 2015/2016 (bspw. in Köln und HH) wurden dabei in den jeweiligen Lagebeurteilungen einbezogen.		
412	18/3768	20.01.2016	Verbesserung der Lehrkräftebesoldung	Darüber hinaus wurde der „Kölner“-Sachverhalt von Arbeitsgruppen im IMK-Gremien auch in einsatztaktischer Hinsicht bundesweit für die Polizeien des Bundes und der Länder ausgewertet, entsprechende Erkenntnisse in den Einsatzkonzepten berücksichtigt.	Umsetzung durch Landesverordnung über die Laufbahnguppe 2 in der Fachrichtung Bildung (LVG-Bildung) vom 19.07.2016 (GVOBl. 2016, S. 574); erster Beförderungstermin nach A 13 geplant zum 01.12.2016.	
413	18/3727 (neu)	21.01.2016	Umsetzung der Resolution der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock		Unterrichtung im Rahmen des Ostseeberichts 2016 (Drs. 18/4397), 46. Tagung des Landtages	
414	18/3771	21.01.2016	„Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen – Vertrauen der Menschen erhalten“		<b>Zu Ziff. 2:</b> Das WED-Konzept wird fortlaufend fortentwickelt, insbesondere der Bereich der Spuren suche und -auswertung wurde sowohl in der Fläche als	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				<p>auch im Kriminaltechnischen Institut verstärkt und wird im Laufe des Jahres weiter verstärkt werden, siehe hierzu Drucksache 18/4573.</p> <p><b>Zu Ziff. 3:</b> Die BAO Flüchtlinge der LaPO wurde mit Wirkung zum 21.04.2016 aufgelöst.</p> <p><b>Zu Ziff. 4:</b> Die Landespolizei Schleswig-Holstein ist seit Oktober 2015 mit einer beamteten Verbindungs person der Landespolizei in der SOKO Castle der Polizei Hamburg vertreten</p> <p><b>Zu Ziff. 5:</b> Im Mai 2016 wurde im MIB die Projektgruppe „Aufenthaltsrechtliche Behandlung straffälliger AusländerInnen“ eingerichtet. Diese begleitet sukzessiv aufwachsend Fälle straffälliger AusländerInnen.</p> <p><b>Zu Ziff. 6:</b> Weder eine Präsenzverring erung der Landespolizei in der Fläche noch ein Personalabbau bei der LaPo sind erfolgt.</p>		Der Drei-Länder-Entschlie ßungsantrag ist im Hinblick auf
415	18/2693 18/3765	21.01.2016	Bundesratsinitiative zur Schaffung	06.03.2015: Die Länder RP, NI und SH		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
		eines modernen Einwanderungsrechts	haben im Bundesrat einen Entschließungsantrag „Einwanderung gestalten – Einwanderungsgesetz schaffen“ (BR-Drs. 70/15) eingebracht, mit dem die Bundesregierung gebeten wird, einen Entwurf eines Einwanderungsgesetzes unter Berücksichtigung von zwölf Eckpunkten vorzulegen. Der Antrag wurde dem BR-In-Ausschuss – federführend – sowie dem AS-A und dem Wi-A – mitberatend – zugewiesen.	03/2015: Der BR-Ausschüsse (In, Wi, FJ, AS) beschließen, die Beratung der Vorlage bis zum Wiederaufruf (Juni 2016) zu vertagen.	23.06.2015: Der BR-Innenausschuss beschließt, die Beratung der Vorlage aufgrund von bestehendem Beratungs-, Prüfungs- und Abstimmungsbedarf bis zum Wiederaufruf zu vertagen. Den gleichen Beschluss fasssten die anderen Ausschüsse (Wi, FJ, AS)	die für eine gelingende Zuwanderungsgestaltung und -verwaltung notwendigen Aspekte umfassender als der Antrag der FDP-Fraktion und beinhaltet darüber hinaus bereits viele der im Antrag genannten Punkte. Für einen eigenen Gesetzentwurf zeichnen sich im Moment keine politischen Mehrheiten ab. Im Ergebnis wird somit der Entschließungsantrag im Bundestag weiter verfolgt.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Übungsantrags mit einigen (sprachlichen) Anpassungen; Neben RP, NI und SH wird nun auch TH Mittragsteller		
416	18/3729	22.01.2016	Pflanzenschutzmittelrückstände in Lebensmitteln	2016-02-02 Bericht Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Drucksache 18/3791		
417	18/3735	22.01.2016	Berichtsantrag - Hochwasserschutz in Lauenburg/Elbe	2016-02-23 Bericht der Landesregierung Hochwasserschutz in Lauenburg/Elbe Drs. 18/3901		Bericht am 11.03.2016 an den Agrar- und Umweltausschuss überwiesen; abschließende Kenntnisnahme des Berichts im UMW A am 18.05.2016
418	18/3741	22.01.2016	Umsetzung des Arbeitsprogramms 2016 der Europäischen Kommission in Schleswig-Holstein	vgl. Antwort zu Drs. 18/1560		

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
419	18/3676	22.01.2016	Bericht zur Situation von qualifizierten Flüchtlingen an den Hochschulen	Erledigt durch Zustimmung / Landtagsbeschluss vom 20.09.2016 / Drucksache 18/4439		
420	18/3674	22.01.2016	Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks in Lübeck, Kronsorter Landstraße – Zukauf – für die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber	Die am 25. Januar 2016 geschlossenen Kaufverträge befinden sich in der Durchführung.		
421	18/3736	17.02.2016	Europäische Dimension der Juristenausbildung	Die Umsetzung des LT-Beschlusses erfolgt in enger Abstimmung mit dem Geschäftsbereich und unter Berücksichtigung bundesweiter Diskussionen/Untersuchungen zur Harmonisierung der Juristenausbildung im Auftrag der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (JuMiKo).		Entkriminalisierung wird im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zum Gesundheitsschutz befürwortet.
422	18/3878	17.02.2016	Drogenpolitik braucht Prävention, Entkriminalisierung von Konsumenten/innen und entschiedene Verfolgung des Drogenhandels	Prävention ist Schwerpunkt der Drogenpolitik Schleswig-Holsteins. Siehe Landtagsbericht über die Maßnahmen zur Suchtkrankenhilfe Drucksache 18/3607 vom 01.12.2015		

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
423	18/3827	18.02.2016	Rechtem Populismus und rechter Hetze entschlossen entgegentreten	Die finanzielle Ausstattung des Landesprogramms zur Demokratiestärkung und Rechtsextremismusbekämpfung wurde nach Kabinettsbeschluss aus dem Mai 2016 deutlich erhöht. Darüber hinaus werden im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus konkrete Maßnahmen, z.B. gegen rechte Hetze im Netz, beraten.		
424	18/3828	19.02.2016	Durchführung der Wahl der Vertrauensleute im Innen- und Rechtsausschuss	23.03.2016: Wahl der Vertrauensleute im Innen- und Rechtsausschuss	durch OVG; nächste Wahl der ehrenamtlichen RichterInnen des Flurberreinigungsgerichts steht ca. Januar 2017 an (neue Amtszeit ab 1.05.2017); die Vertrausleute werden im Oktober / November 2016 über den Wahltermin informiert	
				4.04.2016: Benachrichtigung über die Wahl ans OVG		
				19.04.2016: Benachrichtigung der gewählten Vertrausleute durch OVG		
425	18/2736 (selbstständig)	19.02.2016	Fürsorgepflicht des Dienstherrn - wahrnehmenden Justizvollzugsbeamten nicht allein lassen	Vereinbarung mit der Unfallkasse Nord zur psychologischen Betreuung von Vollzugsbediensteten in Krisensituationen (Juni 2015) Intensivierung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements; wichtige Umsetzungsschritte: Erlass zur Kompetenzübertragung (Dez. 2015) Erlass zum Betriebssport (Juli 2016) Beginn einer umfangreichen Führungskräftefortbildungsreihe (Juli 2016)	Entwicklung eines Leitbildes Weiterer Erlass zur Kompetenzübertragung Verbesserung des sog. Fehlzeitenmanagements (statistische Erfassungen, Optimierung von Verfahrenstellen (z.B. BEM))	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
				Zahlreiche Einzelmaßnahmen in den Vollzugsanstalten		
426	18/3818	19.02.2016	Ergänzung des Hochschulvertrags und der Ziel- und Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2014 bis 2019 zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den Hochschulen in Verbindung mit dem Antrag auf Zustimmung des Landtages zu der Vereinbarung der Zuweisungen an die Hochschulen über mehrere Jahre gem. § 11 Abs. 1 Hochschulgesetz (HSG)	Zielvereinbarungen abgeschlossen im März 2016		
427	18/3839	19.02.2016	Umsetzung der industriepolitischen Eckpunkte	s. Drs. 18/3839		s. Drs. 18/3839
428	18/3693	19.02.2016	Industriestandort Unterelbe stärken und weiterentwickeln	Fraunhofer CML-Studie bestätigt: LNG-Importterminal in Brunsbüttel bietet Potenzial zur Versorgung von Industrie, Verkehrs und Energiewirtschaft Kiel/Brunsbüttel am 03.11.2015. Brunsbüttel empfiehlt sich als Standort für ei-	Die Umsetzung erfolgt durch Brunsbüttel ports, egeb und ChemCoastPark Brunsbüttel.	

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				nen Importterminal für LNG (Liquefied Natural Gas). Neben der Energie- & Rohstoffversorgung der Industrie sowie dem Land- und Schiffsverkehr, dient es der nachhaltigen Versorgungssicherheit Deutschlands.		
429	18/3843	19.02.2016	Übernahme der Schulden des UKSH durch das Land	In der Drucksache selbst wurden keine fristgebundenen Umsetzungsschritte festgelegt. Die zur Umschuldung des UKSH vorgesehene Hilfe des Landes in Form von zinslosen Darlehen würde – unter Einhaltung bestimmter Bedingungen – ab dem Jahre 2018 (bis zum Jahr 2020) erfolgen. Die für eine solche Umschuldung relevante wirtschaftliche Entwicklung wird fortlaufend (i.d.R. quartalsweise) vom UKSH dargestellt und von den Ministerien (MSGWG und FM) analysiert. Des Weiteren ist bezüglich der Optimierung der Trennungsrechnung des UKSH eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Arbeitsebene des MSGWG und des FM etabliert worden. Diese hat sich bereits mit grundlegenden Fragestellungen der Trennungsrechnung befasst.	Im Jahr 2016 und insbesondere im Jahr 2017 wird von den Ministerien (MSGWG und FM) geprüft werden, ob die Bedingungen, die für eine Hilfestellung des Landes zur Umschuldung maßgeblich sind (s. Drs. 18/3843), erfüllt sind.	Soweit kurzfristig umsetzbar, Umsetzungsschritte erfolgen

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
		schafft Perspektiven	umgesetzt, weitere mittel- und langfristige Maßnahmen in der Umsetzung.	<b>Migrationssozialberatung</b> Eine Kooperation zwischen MBSH und Kita findet lediglich als Verweisberatung statt. Die MBSH hält Listen mit Kitas bereit.	<b>Aufnahme und Unterbringung, Schutz von Frauen und Kindern:</b> Neben allgemeinen und auf bestimmte Bedarfe z.B. infolge von besonderer Schutzbedürftigkeit ausgerichteten Beratungs- und Betreuungsangeboten werden in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Abstimmung mit dem BAMF, der BA und den Kreisen und kreisfreien Städten aufnahme- und integrationsrelevante Angebote insbesondere zu den Themenfeldern Sprachförderung, Arbeit und Aufnahme und Leben in den Kommunen erarbeitet und umgesetzt.	<b>Aufnahme und Unterbringung: AGU:</b> Angesichts des Anstieges der Asylbewerberzahlen unter-

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs-schritte	Anmerkungen
				<p>stützt das Land in Revision der Vereinbarungen des Flüchtlingspaktes weiterhin anerkannte Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende der Kreise und kreisfreien Städte und trägt dem von kommunaler Seite vorgetragenen Bedarf an kommunaler Erstaufnahmekapazität durch die Erhöhung der maximal zulässigen Unterbringungskapazität von 100 auf 400 Plätze Rechnung. Dies wurde durch Erlass vom 02.12.2015 umgesetzt. Das Land erstattet den Kreisen und kreisfreien Städten nach Erstattungserlass vom 25.02.2004, in der Fassung vom 24.02.2014 70 % der notwendigen Kosten für die Herrichtung, Einrichtung und des Betriebes anerkannter Gemeinschaftsunterkünfte einschließlich der Personalkosten für Sozialarbeiter und Hausmeister. Dabei wird derzeit von einem Betreuungsschlüssel von 1 : 40, bei letzteren von 1 : 80 ausgegangen.</p>	Aktuell keine weiteren Umsetzungsschritte geplant	Integrationsvorbereitende Maßnahmen werden generell laufend überprüft. In diesem Zusammenhang werden auch die Personen erfasst, die nicht
431	18/3841	19.02.2016	Integration auch im Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen	Den Maßgaben des Beschlusses wird Sorge getragen: Insbesondere stehen auch den Asylsuchenden, die nicht verteilt werden, die allgemeinen		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
			Betreuungsangebote in den Landesaufnahmeeinrichtungen und -unterkünften zur Verfü- gung			auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt werden. Dabei werden die Maßgaben des LT-Beschlusses beachtet.
432	18/3792	19.02.2016	Grenzübergreifende kulturelle Teil- habe: Minderhei- ten schützen, Geoblocking im öffentlichen rechtlichen Rund- funk abschaffen	Das Thema wird im Rahmen einer umfassenden Strategie für einen europaweiten digita- len Binnenmarkt aktuell auf EU-Ebene diskutiert. Hierbei spielt insbesondere die Nut- zung von Online-Plattformen über die Grenzen der Mit- gliedsstaaten hinweg eine Rol- le. Bereits 2015 übermittelte die EU-Kommission dazu ei- nen Verordnungsvorschlag (BR-Drs. 612/15). Dieser Ent- wurf wurde vom Bundesrat weitergehend begrüßt. Dabei hatte der Bundesrat aber auch betont, dass Geoblocking unter besonderen Umständen durchaus berechtigt sei. Dass die Abschaffung von Geo- blocking Minderheiten stärkt, bekräftigte der Bundesrat je- doch ebenfalls.		s. auch Drs. 18/3921 und 18/4241
433	18/3922	10.03.2016	Steuerhinterzie- hung verhindern und fairen Wett- bewerb fördern – Sicherheitskon- zept für Kas- sensoftware vo- ranbringen			

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
434	18/3927	11.03.2016	Bundeseinheitli- ches Netzentge- einführen	Thema war mehrfach Gegen- stand von Gesprächen auf Ebene MPK/CdSK.  Ausführliche Stellungnahme des MELUR in Abstimmung mit MWAVT zum EEG 2016 wurde am 26.04.2016 ans BmWI übersandt.	Unterstützung des Vorschlags der Bundesregierung im Bun- desrat, die VNE zum Jahr 2021 zu streichen (siehe „Ent- wurf eines Gesetzes zur Wei- terentwicklung des Strommark- tes“, BR-Drs. 542/15). Von der Bundesregierung vorgesehene Gesetzesänderung wurde vom Bundestag jedoch gestrichen und verschoben.  Zu verweisen ist außerdem auf die Stellungnahme des MELUR zum Antrag der Frak- tion der FDP (Drucksache 18/2090) „Bundeseinheitliches Netzentgelt einführen“ vom 07.11.2014.	
435	18/3938 (neu)	11. 03. 2016	Nein heißt Nein - Verbesserung des Schutzes der se- xuellen Selbstbe- stimmung	Durch SH als Mitantragsteller herbeigeführt wurde die „Ent- schießung des Bundesrates zur Verbesserung des Schut- zes der sexuellen Selbstbe- stimmung durch grundlegende		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				Reform des Sexualstrafrechts“ vom 18. März 2016 (BR-Drs. 91/16[B]) mit der Aufrichtung an die Bundesregierung, für eine weitergehende Reform des Sexualstrafrechts einzutreten; Anknüpfungspunkt müsse das fehlende Einverständnis der oder des Bevölkerungsteilnehmers sein („im Sinne eines Nein-heißt-Nein“).	Von SH mitgetragen wurde der Beschluss des Bundesrats vom 23. September 2016 (TOP 12: „... Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung“), zu dem vom Deutschen Bundestag am 7. Juli 2016 verabschiedeten Gesetz einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen. Damit ist die „Nein-heißt-Nein“-Lösung nunmehr gesetzlich verankert (vgl. BT-Drs. 18/9097).	Die Präventionsangebote insbesondere der LSSH und des IQSH beziehen die Aufklärung über die Gefahren des „Schnüffelns“ gezielt in ihren Angeboten für Schüler, Eltern und Pädagogen mit ein.
436	18/3868	11.03.2016	Stärker über Risiken und Folgen des „Schnüffelns“ aufklären			

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Druck- sache</b>	<b>Beschluss- datum</b>	<b>Titel</b>	<b>Erfolgte Umsetzungsschritte</b>	<b>Anstehende Umsetzungs- schritte</b>	<b>Anmerkungen</b>
437	18/3939	11.03.2016	Schutz von Frauen und Kindern sowie besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsunterkünften sicherstellen	Erbetener Bericht wurde in der 43. Tagung gegeben (Drs. 18/4248).		
438	18/3879	11.03.2016	Bericht zur schulischen Qualitätsentwicklung in Schleswig-Holstein	Der Bericht zur Bericht zur schulischen Qualitätsentwicklung in Schleswig-Holstein wurde im Januar 2016 vorgelegt (Drs. 18/3719). Das Verfahren Schulfeedback.SH wurde zum 01.02.2016 eingeführt. Berichterstattung zum Schulfeedback im Bildungsausschuss erfolgt wie vorgesehen im März 2017.	Die Auftragsvergabe zur Evaluation des Schulfeedbacks SH ist erfolgt, Ergebnisse liegen voraussichtlich im August 2017 vor.	
439	18/3932	11.03.2016	Handys und digitale Speichermedien an Schulen zulassen	Mitteilung an die Schulen/Schulämter zu Regelungen für die Nutzung von elektronischen Medien am 17./18.02.2016.	Abschlussbericht zur Auswertung des Landesprojekts zum digitalen Lernen.	
440	18/4090	18.04.2016	Ein Glasfaseranschluss für jede Schule	Aus Sicht der Landesregierung ist es weder sinnvoll noch zielführend, die Schulen im Lande beim Breitbandausbau isoliert zu betrachten. Ziel der Landesregierung ist es, den ohnehin bereits geplanten Ausbau öffentlicher Netze (Landesnetz, Polizei, Schulen, kommunale Dienststellen) mit dem Breit-	Diese Überlegungen sind bundesweit Neuland und werden deshalb noch sorgfältig hinsichtlich der rechtlichen (vor allem beihilferechtlichen), wirtschaftlichen und technischen Aspekte untersucht. Dazu soll ein externes Gutachten vorgenommen werden.	83

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				bandausbau in Schleswig-Holstein so zu verknüpfen, dass Synergien entstehen und genutzt werden können. Das „öffentliche Netz“ könnte also an den Standorten der angeschlossenen öffentlichen Verwaltungen in einem separaten Technikgebäude ausgekoppelt und für die allgemeine Breitbandversorgung genutzt werden. Ziel ist es dabei, mit Hilfe dieses Anschlusses die Breitbandversorgung des Ortes bzw. der Region kostengünstig zu verbessern.		
441	18/4131	27.04.2016	Zum Antrag "Keine Fischereiverbote in den Schutzgebieten der AWZ" Zielgenaue Maßnahmen statt Pauschalverboten	Stellungnahmen der Landesregierung vom 16. Februar 2016 sowie 18. März 2016 gegenüber dem Bund zu den Entwürfen der Schutzgebietsverordnungen der acht gemeldeten Natura 2000-Gebiete in der AWZ sowie zu den Vorschlägen für Fischereimanagermaßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik der EU; darin Betonung der Anforderungen des Naturschutzes sowie gleichermaßen der Interessen der Berufs- und Freizeitfischelei	Abstimmungen mit dem Bund zur Umsetzung des Stellnetzverbotes im Walschutzgebiet laufen  Beteiligung bei der Erstellung und Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne für die NSG in der AWZ ist vorgesehen	Beantragung der Umsetzung

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				eines ganzjährigen Ausschlusses der Fischerei mit Stellnetzen zum Schutz von Schweben und Seevögeln im Walschutzgebiet des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattmeer beim Bundeslandwirtschaftsministerium (zuletzt mit Schreiben vom 17. Juni 2016); dies entspricht den Beschlüssen der Nationalpark-Kuratorien Nordfriesland und Dithmarschen		
442	18/4103	27.04.2016	EEG-Novelle 2016: Energiewende weiterentwickeln - Bürgerenergie auch in Zukunft ermöglichen – Windenergie an Land weiterhin auf hohem Niveau ausbauen	„Entschließung des Bundesrates zur Unterstützung von kleinen Akteuren und Bürgerenergieprojekten bei Ausschreibungen hinsichtlich der Förderung von erneuerbaren Energien“ auf Initiative der Länder SH, BY, NW und ST, BR-Drs. 183/16 (B).	Ausführliche Stellungnahme des MELUR in Abstimmung mit MWAVT zum EEG 2016 wurde am 26.04.2016 ans BmWI übersandt.	MELUR und MWAVT haben im BR-Verfahren gemeinsam mit anderen Ländern eine Vielzahl von Anträgen zur EEG-Reform gestellt. Die vom Bundesrat

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
443	18/4075	27.04.2016	Landesregierung bei Verhandlungen über Gastschulabkommen mit Hamburg unterstützen	zum EEG angenommenen Anträge können der BR-Drucksache 310/16 (B) entnommen werden.	Mündlicher Bericht zum Sachstand in der April-Tagung 2016. Unterrichtung des Landtages im Juli 2016 (Unterrichtung 18/226). Unterzeichnung des Abkommens am 2.9.2016. Es tritt 2017 in Kraft.	
444	18/4072	28.04.16	Kreditrahmen der hsh portfoliomanagement AöR senken		In Abstimmung mit dem Hamburger Senat; wird zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg wieder aufgerufen, sobald der konkrete Kreditbedarf feststeht	
445	18/4069	29. 04. 2016	Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit sind nicht verhandelbar	Durch SH als Mitantragsteller herbeigeführt wurde der Beschluss der Justizministerkonferenz vom 1./2. Juni 2016 zu TOP II.14 („Reform der Straftaten gegen ausländische Staaten [§§ 102 ff. StGB]“), durch welchen der Strafrechtsausschuss der JuMiKO zur Erarbeitung eines Vorschlags für eine Gesamtrevision der §§ 102 ff. StGB gebeten worden ist. Voraussichtlich noch im November 2016 wird sich eine Länderarbeitsgruppe unter gemeinsamer Leitung von	Erarbeitung eines Vorschlags für eine Gesamtrevision der §§ 102 ff. StGB im Rahmen der vom Strafrechtsausschuss eingesetzten Länderarbeitsgruppe.	Unterstützung des gemeinsamen, von SH als Mitantragsteller getragenen Gesetzesantrags BR-Drs. 214/16 im Plenum des Bundesrats.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				HH und SH konstituieren.	Zudem hat SH gemeinsam mit HH, HB, NW, TH und NI den Gesetzesantrag „Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des § 103 des Strafgesetzbuches“ in den Bundesrat eingebracht (BR-Drs. 214/16). Rechtsausschuss und Innenausschuss haben jeweils die Einbringung beim Deutschen Bundestag empfohlen (BR-Drs. 214/16). Im Plenum ist der Antrag in der 946. Sitzung vom 17.06.2016 auf Antrag von HH von der Tagesordnung zurückgezogen worden, da sich im Plenum keine Mehrheit abzeichnete. HH hat Mitte August angekündigt, demnächst einen neuen „Anlauf“ zu unternehmen.	
446	18/4105	29.04.2016	Lohndumping in Schlachthöfen verhindern!	Unterstützung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze (BR-Drs. 294/16) im BR (1. Durchgang 08.07.16)	Errichtung einer Beratungsstelle für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen als Projektförderung aus Landesmitteln (Vorzeitiger Maßnahmeebeginn) wurde am 4.10.2016 zugelassen.	
447	18/4093	29.04.2016	Verkehrswegebe- schleunigungsge- setz	Der Bund hat die Länder die Länder im Zuge der Be- schlussfassung der Ausbaugesetze für den Bundesver- kehrswegplan beteiligt. Für die Bundesfernstraßen	Die Landesregierung setzt sich weiterhin beim Bund und über die Verkehrsministerkonferenz dafür ein, dass die Vorschläge der Bodewig II Kommission umgesetzt werden (Ziffern 2-6	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
448	18/4104	29.04.2016	Konsequenzen aus den Panama Papers: Steuerhinterziehung verhindern und Steuervermeidung ein-dämmen	Einsetzung einer Bund-Länder AG unter Beteiligung SH auf Grundlage des Beschlusses der FMK vom 07.04.2016: Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerumgehung mithilfe von Domizilsellschaften  (in Bearbeitung)	erfolgen regelmäßige Abstim-mungen mit dem Gebietsrefe- rat des BMV).	
449	18/3922 und 18/4093	29.04.2016	Steuerhinterzie-hung verhindern und fairen Wett-bewerb fördern – Sicherheitskon-zept für Kas-sensoftware vor-bringen	Der vom BMF am 18.03.2016 veröffentlichter Referentenent-wurf für ein Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen wurde von SH mit Schreiben vom 22.04.2016 umfangreich kritisiert. In diesem Schreiben wurden die zu diesem Zeitpunkt bereits absehbaren For-derungen des LT bereits be-rücksichtigt. Der Referenten-entwurf mündete in einen ge-ringfügig angepassten Gesetz-entwurf, den die Bundesregie-rung am 13.07.2016 beschlos-sen hat. Mit BT-Drs. 18/9535 wurde der Gesetzentwurf am 5.09.2016 an den BR weiterge-leitet. Im FzBR hat SH daraufhin gemeinsam mit HH einen Entschließungsantrag und ei-nen umfangreichen Ände-	<b>12.10.2016</b> Kabinetttsbe-schluss über Gegenäußerung <b>17.10.2016</b> Anhörung im FzBT <b>19.10.2016</b> Beratung im FzBT <b>9.11.2016</b> Abschließende Be-ratung FzBT <b>11.11.2016</b> 2./3. Lesung BT <b>1.12.2016</b> Beratung FzBR <b>16.12.2016</b> 2. Beratung BR	s. auch Drs. 18/4104

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				rungsantrag eingebbracht. Bei- de Anträge wurden vom FzBR beschlossen und so in der 948. Sitzung des BR zu Abstim- mung gestellt (vgl. Punkte A.1. und A.3 der BR-Drs. 407/1/16). Hier fand sich am 23.09.2016 lediglich eine Mehrheit für den Entschließungsantrag (vgl. Punkt 1 der BR-Drs. 407/16 (Beschluss)).		
450	18/4066	29.04.2016	Subventionen re- gelmäßig auswer- ten und überprü- fen	Abstimmung Gliederung durch StB am 27.06.2016 Einhaltung von Beiträgen bis 15.09.2016	Berichterstellung und FM- interne Abstimmung bis Ende Dez. 2016 Kabinettbefassung bis Ende Jan. 2017 Übersendung an LT zur März- Tagung 2017	Umsetzung verläuft derzeit planmäßig
451	18/3654	29.04.2016	Asylverfahren ent- lasten und vo- rübergehenden Schutz durch spe- zifischen Flücht- lingsstatus gewäh- ren – Gesetzen- wurf zur Gewäh- rung vorüberge- henden nationalen humanitären Schutzes beim Bundesrat einbrin- gen	Zu dem FDP-Antrag aus Dez. 2015 zur Einführung eines § 24a AufenthG betr. die Auf- enthaltsgewährung zum vo- rübergehenden nationalen Schutz (Drs. 18/3654) empfahl der IR-Ausschuss am 18.4.2016 dem Landtag, den Antrag der FDP-Fraktion an- zunehmen.  Der Landtag hat per Sammel- drucksache vom 29.4.2016 ohne Aussprache beschlos- sen, der Empfehlung des Aus- schusses zu folgen und den Antrag angenommen.		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				Das weitere Verfahren zur Umsetzung dieses Auftrages wird aktuell noch geprüft.		
452	18/4074	29.4.2016	Bericht zur Metropolregion Hamburg und zur bilateralen Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins und Hamburgs in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik	Antrag durch Bericht der Landesregierung erledigt. Bericht liegt dem Landtag mit Datum vom 20.09.16 vor (Drucksache 4654).		
453	18/4275	08.06.2016	Dem Strukturbrech in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum entgegentreten	Agraministerkonferenz 15.4.2016 Antrag und Beschluss zu TOP 10  Sonder-Agraministerkonferenz in Brüssel am 15.07. TOP 1 (kein Beschluss)	Seit 12. September 2016 können Anträge für Beihilfe beim EU-Milchreduktionsprogramm gestellt werden	
454	18/4101	10.06.2016	Gänsemanagementplan für die schleswig-holsteinische Westküste	Änderungsantrag Umwelt- und Agrarausschuss Drucksache 18/4212; Änderung des Antrags in „Gänsemonitoring und Gänsemanagement in Schleswig-Holstein“; Gesprächskreis „Wildgänse in der Landwirtschaft“ hat getagt.	Gesprächskreis Wildgänse in der Landwirtschaft wird fortgeführt; Gänsemonitoring und Schadensermittlung werden weiterentwickelt; Laufende Weiterentwicklung des Vertragsnaturschutzzangebots und weiterer Maßnahmen	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
455	18/4194 (neu)	10.06.2016	Rehabilitierung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten gemäß §§ 175, 175a Nr. 3 und 4 des Strafgesetzbuches und gemäß § 151 des Strafgesetzbuches der DDR verurteilten Männer	Es wird auf die Angaben zur Drs. 18/4194 (neu) verwiesen.		zur Schadensminimierung
456	18/4140	10.06.2016	Bericht zum Programm "Schule trifft Kultur- Kultur trifft Schule"	Bericht zum Programm „Schule trifft Kultur – Kultur trifft Schule“, Bericht der Landesregierung, 46. Tagung LTHS, TOP 44, Drs. 18/4591	Die Landesregierung hat einen aktuellen Sachstandsbericht am 07.09.2016 dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zur Beratung zugeleitet.	
457	18/4240	10.06.2016	Mehr stationäre Plätze und eine umfassendere finanzielle Unterstützung für ehrenamtlich Tätige im Hospiz- und Palliativwesen	Im Zuge der Beratung des Haushalts 2017 werden Mittel eingeworben, um <ul style="list-style-type: none"> <li>a) eine „Koordinierungsstelle zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen und Stärkung der Hospiz- und Palliativvereine“ einzurichten und</li> <li>b) Maßnahmen zur Angebotsverbesserung im Hospizbereich zu fördern.</li> </ul>		
458	18/3733 i.d.F. 18/4120	10.06.2016	Novelle der Gebührenordnung für Ärzte zügig umsetzen			Mit der Annahme des Antrages in der genannten Fassung fordert der Landtag die Bundesregierung auf, die Novelle der

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
						Gebührenordnung für Ärztinnen und Ärzte unter bestimmten Maßgaben zügig umzusetzen. Da hiermit kein „Arbeitsauftrag“ an die Landesregierung einhergegangen ist, wäre der Antrag in dieser Aufstellung zu streichen.
459	18/4308	10.06.2016	Den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV-SH) für die Zukunft gut aufstellen	Mit Bericht 18/4403 vom 07.07.2016 erledigt.	Zügige Umsetzung des Berichtes durch LBV.SH.	
460	18/4309	10.06.2016	Zukunftsfähige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sicherstellen	Zu 1, 2 und 3: Alle formellen Möglichkeiten, Mittel beim Bund einzuzuwerben, werden wahrgenommen (u.a. Bundesverkehrswegeplan). Politische Einigung über Regionalisierungsgesetz inkl. Kieler Schlüssel wurde erzielt, formelle Verabschiedung steht noch aus. Damit ist eine finanzielle Sicherung des SPNV bis 2031 gewährleistet. Im vor Kurzem verabschiedeten Eisenbahnregulierungsgesetz sind Steigerungen von Tarif- und Stationspreisen entsprechend der Steigerungsraeten der Regionalisierungsmittel begrenzt. Im Rahmen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wurde die	Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen wurden am 14.10.2016 neu geregelt, es gibt keine expliziten Entflechtungsmittel mehr. Eine Regelung auf Landesebene muss erarbeitet werden.	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
461	18/4242	10.06.2016	Unternehmensgründung erleichtern	Seit 2010 haben Firmen und Einzelpersonen die Möglichkeit, ihre Anliegen wie beispielsweise die Gewerbeanmeldung über den Einheitlichen Ansprechpartner Schleswig-Holstein (EA-SH) abzuwickeln. Der EA-SH bietet den Kunden auch die Möglichkeit, ihre Anliegen komplett digital abzuwickeln.	Der Bund hat für die Verbesserung der Angebote der jeweiligen Einheitlichen Ansprechpartner ein Projekt EA 2.0 ins Leben gerufen. Dieses Projekt soll die Verbesserungen der Angebote der EA vorantreiben und ausloten, welche Angebote zusätzlich möglich sind. Das Projekt ist Gegenstand der Wirtschaftsministerkonferenz im November 2016. Das Land hat den EA-SH mit einem integrierten Antrags- und Fallmanagement ausgestattet, so dass 183 Verwaltungsdienstleistungen vom EA-SH vollständig digital angeboten und abgewickelt werden können. Das Portal des EA-SH ist mit dem Relaunch des Landesportals vollständig überarbeitet und beworben worden. Zurzeit befindet sich ein Vernetzungsprojekt in Vorbereitung, das die Einrichtungen der Hochschulen zur Gründungsunterstützung und alle hochschulnahen Initiativen miteinander verbinden soll. Es sollen Maßnahmen entwickelt werden, die sich über den ge-	

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
					samten unternehmerischen Prozess von der Sensibilisierung bis hin zur Etablierung von jungen Unternehmen am Markt erstrecken. Dabei werden auch sozialorientierte bzw. nichtgewinnorientierte Vorhaben berücksichtigt.	
462	18/3912 und 18/4241	10.06.2016	Einführung einer Bargelddobergrenze und Einschränkungen virtuellen Bargelds verhindern	Beschluss des Landtages Sammel-Drs. 18/4288  Bisher liegt keine Gesetzesinitiative zur Einführung einer Bargelddobergrenze vor.		
463	18/4312	10.06.2016	Mieten begrenzen, bezahlbaren Wohnraum schaffen	Wohnraumförderung wird fortgesetzt.		
464	18/1063	10.06.2016	Vertraulichkeit der elektronischen Kommunikation (PRISM)	- Programme wie PRISM werden nicht durch die Verfassungsschutz-behörde Schleswig-Holstein eingesetzt.  - Erkenntnisse ausländischer Nachrichtendienste erhält die Verfassungsschutzbehörde in der Regel über das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), ohne das immer ein Hinweis auf den Informationsgeber und die Erkenntnisquelle gegeben wird. Hierzu wird darauf hingewiesen, dass das Kanzleramt im Juli 2014 einen	Nach Vorliegen von Empfehlungen / Ergebnissen des Untersuchungsausschusses zur NSA-Affäre (offizielle Bezeichnung: erster parlamentarischer Untersuchungsausschuss des 18. Bundestages, eingesetzt am 20.03.2014) erfolgt eine Prüfung in Hinblick auf die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde Schleswig-Holstein.  Eine generelle Ausweitung auf alle Arbeitsplätze ist beauftragt und wird aktuell in einem Piloten getestet. Die Poststellen	<b>zu Ziff 1:</b> Aufklärung elektronischer Kommunikation erfolgt ausschließlich auf der gesetzlichen Grundlage des LVerfSchG und des Artikel 10-Gesetzes und nur zur Abwehr drohender Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes. Die G10-Kommission prüft die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahme.  <b>zu Ziff. 2:</b>

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
				<p>ne Anweisung an alle deutschen Geheimdienste erlassen hat, die Zusammenarbeit mit amerikanischen Partnerdiensten bis auf weiteres auf das Notwendigste zu beschränken. Dies gilt damit auch für das BfV.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Im Landesstandard stehen grundsätzlich alle Funktionen zur Verfügung, um an einzelnen Arbeitsplätzen die verschlüsselte Kommunikation per S/MIME und PGP zu ermöglichen.</li> </ul>	<p>der Häuser werden grundsätzlich mit PGP und S/MIME-Schlüsselpaaren ausgestattet. Die Informationsseiten zur Kommunikation mit der Landesregierung werden angepasst, um Bürgerinnen und Bürger über die erweiterten Möglichkeiten für eine verschlüsselte Kommunikation zu informieren. Der Abschluss dieser Maßnahmen ist für Q1/2017 geplant</p>	<p>Es gibt grundsätzlich keine unmittelbare Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten; diese erfolgt über das BfV. Erkenntnisübermittlungen an die Verfassungsschutzbörde erfolgen nur bei direktem SH-Bezug.</p>
465	18/4474	21.07.2016	Gesundheitliche Risiken durch Windkraftanlagen untersuchen	Ausschreibung zur Messkampagne ist erfolgt. Zuschlag wurde am 27.09.2016 erteilt.	<p>Auftragnehmer hat mit der Durchführung und Planung der Messungen begonnen.</p> <p>Die ersten Messungen werden Ende Oktober / Anfang November erfolgen.</p> <p>Die Messungen werden zum 30.04.2017 abgeschlossen sein.</p>	
466	18/4472	21.07.2016	Krankenhausfinanzierung - gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen	In einer 1. Tranche wurden die Mittel für die Krankenhausinvestitionsförderung durch das IMPULS-Programm um 53,93 Mio. € erhöht. Dieses ermöglicht es 10 Projekte vorzuhaben und den Investitionsstau abzubauen. Von diesen 10 Projekten konnten bereits 5 bewilligt werden, der Baubeginn ist hier erfolgt.		

Lfd. Nr.	Druck-sache	Beschluss-datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungsschritte	Anmerkungen
				Für den kommunalen Anteil von 50% wurde ein Finanzierungsplan erstellt, der für in 2016 zu zahlenden Anteil eine Stundung vorsieht.		
467	18/4467	21.07.2016	Norddeutscher Tarifverband	Erste Gespräche auf Minister-ebene haben stattgefunden.	Verhandlungen werden forgi-setzt.	
468	18/4473 (neu)	22.07.2016	Fracking ausschließen	2016-7-22 Änderungsantrag der Faktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und der Abgeordneten des SSW Fracking ausschließen Drucksache 18/ 4406 Der Landtag bestätigt seine Beschlüsse „Keine Genehmi-gung für Fracking in Schles-wig-Holstein“ (Drucksache 18/386) und „Kein Fracking in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 18/671). 18/4473(neu)	Zum letzten LT-Beschluss (18/4473) keine konkreten Um-setzungsschritte erforderlich und möglich, da Antrag eine Umweltorientierte Modernisie- rung des BBergG einfordert. Diesbezüglich wird auf Bun-desebene u.a. aufgrund der Initiativen aus SH derzeit eine Raumordnungsklausel im BBergG erarbeitet.  Am 4.8.2016 ist u.a. das geän-derte WHG mit Verbotsrege-lungen zum Fracking erlassen worden. SH war im Bundesrat Mitantragsteller für das Verbot auch bei der Erdölförderung (nicht nur Erdgas), ein tiefen-unabhängiges Verbot (nicht nur oberhalb 3000 m) und ein Verbot im Einzugsbereich von Trinkwasserentnahmestellen für die Herstellung von Geträn-ken und Lebensmitteln.	
469	18/4475 (neu)	22.07.2016	Austritt aus Gly-phosat	Wiederholte auf Umwelt- und Agrarministerkonferenzen ge-fordert. Instrument einer Pflan-		

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
470	18/4053 i.V.m. 18/4382	22.07.2016	Bericht zur Situation von qualifizierten Flüchtlingen an den Hochschulen	Erledigt durch Zustimmung / Landtagsbeschluss vom 20.09.2016 / Drucksache 18/4439		<b>Sprachzugang:</b> Die Sprachförderrichtlinie des Landes der ersten Förderperiode (2013- Juni 2016) wurde auf Grundlage der bundespolitischen Entwicklungen und nach politischer Zustimmung fortgeschrieben und ist seit September 2016 mit Rückwirkung ab dem 01.07.2016 für bereits begonnene Maßnahmen in Kraft. Damit entstehen keine Förderlücken in der Landesförderung.
471	18/4411 (neu)	22.07.2016	Integration für alle in SHI!	In Umsetzung.  <b>Wohnsitzzuweisung:</b> Einrichtung einer AG „Umsetzung § 12a Aufenthaltsgesetz“ unter Beteiligung der KLV, kommunaler Akteure und des MIB, die inzwischen drei Mal getagt hat (12.07., 04.08. und 22.09.2016). Die nächste Sitzung ist in Abstimmung mit den KLV für Mitte November 2016 geplant. Geprüft werden soll auf Wunsch der KLV u.a., ob ggf. eine schlankere Lösung empfohlen werden kann.	Umsetzungsschritte erfolgen über die jeweiligen Handlungsfelder des Flüchtlingspaktes in jeweiliger Ressortzuständigkeit und sind z.T. Bestandteil der laufenden Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden.	Die Fortschreibung verfolgt primär das Ziel, Sprachkenntnisse sowie erste Orientierungshilfen insbesondere für Personengruppen, die einer sprachlichen Förderung im Rahmen von Erstorientierung bedürfen, ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein haben und von Maßnahmen der Sprachförderung des Bundes ausgeschlossen sind, zu vermitteln.

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
					<b>Migrationsberatung:</b> SH hat sein Konzept zur Migrationsberatung 2016 den aktuellen politischen Entwicklungen angepasst und substituiert wie im Bereich Sprache auch hier fehlende Bundesangebote für diese Zielgruppen. Die Beratung steht damit jedem Zuwanderten in SH unabhängig vom Aufenthaltstitel offen. In 2016 konnten Mittel für rund 34 weitere Stellen bereitgestellt werden, so dass derzeit aus Landesmitteln 58,5 Stellen gefördert werden, in 2017 können diese auf ca. 64 Stellen erweitert werden.	<b>Integrations- und Aufnahmepauschale umgesetzt:</b> Zum

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
						<p><b>Wohnsitzzuweisung:</b>            Ob und in welcher Form SH von der Möglichkeit der Wohnsitzzuweisung Gebrauch machen wird, ist weiterhin offen. Wichtig ist, eine mit den Kommunen abgestimmte Lösung zu entwickeln. Innerhalb der AG herrscht Einvernehmen zwischen Land und Kommunen, dass große Sorgfalt und damit einige Zeit erforderlich ist, um eine rechtssichere Lösung zu entwickeln. In einigen Ländern bereits getroffene Regelungen stoßen unter diesem Aspekt bei den AG-Mitgliedern auf erhebliche rechtliche Bedenken. Andere Länder (NI, RP, BB, SL) haben bereits im Einvernehmen mit den Kommunen auf einer recht-</p>

Lfd. Nr.	Druck- sache	Beschluss- datum	Titel	Erfolgte Umsetzungsschritte	Anstehende Umsetzungs- schritte	Anmerkungen
						liche Regelung verzichtet. Ebenfalls keine Umsetzung erfolgt mangels praktischer Relevanz in den Stadtstaaten BE, HB und HH.
472	18/4375	22.07.2016	Bericht zur Aner- kennung ausländi- scher Lehramts- abschlüsse	Vorgesehen für die Dezember- Tagung 2016		
473	18/4426	22.07.2016	Bericht - Entwick- lung der neuge- schaffenen Ober- stufen an Gemein- schaftsschulen	Schriftlicher Bericht im Sep- tember 2016 (Drs. 18/4684), den der Landtag im Oktober zur Kenntnis genommen hat.		
474	18/4427	21.09.2016	Infrastrukturbericht fortschreiben		Bericht der Landesregierung erfolgt in der 49. Tagung	Der Infrastrukturbericht 2016 wird dem Landtag zur 48. Ta- gung (Dezember 2016) vorge- legt.
475	18/4616	23.09.2016	Entwicklung des Schiffskreditportfo- lios der hsh portfo- liomanagement AöR			
476	18/4609	23.09.2016	Bericht über die Einrichtung von Jugendberufs- agenturen	Vorgesehen für die März- Tagung 2017. Austausch mit geförderten Kommunen am 13.10.2016 zur Einhaltung von Stellungnah- men.		
477	18/4589	23.09.2016	Berichtsantrag zur Umsetzung parla- mentarischer Be- schlüsse durch die LR in der 18. WP	Bericht erfolgt zur 47. Tagung		